Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

23. Dezember 1976
Jg. 4 Nr. 51

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J. Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Sandhofer Straße 29, 6800 Mannheim – Gedruckt in Hamburg

Wochenzeitung 50 Pfg.
P 21903 C

„Konsolidierung der öffentlichen Haushalte":

Fahrpreis- und Gebührenerhöhungen gegen das Volk

„Wat mutt, dat mutt" (Was sein muß, das muß sein). Unter dieser Überschrift will die Bremer Straßenbahn AG die Fahrpreiserhöhung zum 1. Januar 1977 an den Mann bringen. Außer in Bremen wird die Benutzung der öffentlichen Verkehrsmittel in Hannover, Kiel und Westberlin in den ersten Monaten 77 teurer.

Kanzler Schmidt hat in seiner Regierungserklärung das Stichwort dafür gegeben. „Nunmehr muß die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte fortgesetzt werden. Das gilt für den Bund, die Länder und Gemeinden." Dieser Kurs ist vom Finanzkapital diktiert, das die wachsende Ausplünderung der Volksmassen verlangt zur Sicherung seiner Zinsen und der Rückzahlung der Staatsschulden, und das die Gelder aus dem Staatshaushalt direkt als billige Kapitalquelle nutzen will. Allein je 10 Millionen DM sollen die Erhöhungen in Bremen und Hannover einbringen. Briese, stellvertretender Vorsitzender des Großraumparlaments Hannover, erklärte: „Durch die Erhöhung der Fahrpreise 75 haben wir 14 % des Haushalts für Wirtschaftsförderung und Naherholung verfügbar." Diese Gelder werden den Kapitalisten als Kapital zur Verfügung gestellt.

„Wat mutt, dat mutt." Unter dieser Devise geht der imperialistische Staatsapparat daran, die vom Finanzkapital diktierten Erhöhungen durchzusetzen. Dazu legt er allerlei Schlingen aus, in denen die Bewegung der Volksmassen gefangen, gespalten und aufgerieben werden soll.

„Andernfalls (werden) Gelder für andere Aufgaben, etwa die Förderung von Erholungseinrichtungen (abgezogen)", droht das Großraumparlament zu Hannover.

Die Löhne der Beschäftigten der Verkehrsbetriebe seien so stark gestiegen, heißt es. In Bremen hat der sozialdemokratische DGB-Vorstand die Fahrpreiserhöhungen begrüßt als notwendig, damit die Straßenbahnfahrer höhere Löhne bekommen könnten. Hier soll die Arbeiterbewegung und der Lohnkampf von den Volksmassen isoliert werden, die dem Kampf der Arbeiter die Fahrpreiserhöhungen zu verdanken hätten.

Die „Benutzer" der öffentlichen Verkehrsmittel müßten besonders für die Lasten des öffentlichen Nahverkehrs aufkommen. Ein Ergebnis der kapitalistischen Produktionsweise, das Auseinanderreißen der Produktionsstätten und der Wohnungen der Massen, und der dadurch entstandenen Zwang zum Gebrauch von öffentlichen Verkehrsmitteln oder des Autos, nutzt der imperialistische Staatsapparat zur ständigen Verschärfung der Ausplünderung und Unterdrückung. Mal geht es gegen die „Straßenbahnbenutzer", mal gegen die „Autofahrer".

Keine Spaltungslinie läßt der imperialistische Staatsapparat aus: Die Rentner sollen gegen die Jugend ausgespielt werden. Derselbe Oberbürgermeister von Hannover, der die Fahrpreiserhöhungen mit beschlossen hat, erklärte, aus Solidarität sei er gegen die Erhöhung der Seniorenkarten, während die Erhöhung der Schülerkarten bleibt.

Spalten ist nur die Kehrseite der direkten Unterdrückung. Der Bremer Bürgermeister und stellvertretende SPD-Vorsitzende Koschnik hat schon angekündigt, daß er Anfang Januar bei Protesten gegen die Fahrpreiserhöhungen zusätzlich zu den 5 Hundertschaften Bremer Bereitschaftspolizei Verstärkung aus den andern Bundesländern holen will. In Hannover sind im ganzen Stadtgebiet an den Verkehrsknotenpunkten Fernsehkameras montiert, mit denen die Polizei De-

(Fortsetzung Seite 2)



Regierungserklärung: Neue Noten, alte Leier

Letzte Woche haben zu Bonn 15 ausgesuchte Strolche Stein und Bein geschworen, daß sie entschlossen sind, „den Nutzen des deutschen Volkes zu mehren". 14 haben erklärt, daß sie dabei auf die Mithilfe Gottes rechnen. Bloß der Innenminister, Chef von Polizei, Bundesgrenzschutz und Verfassungsschutz hat auf diese Hilfe verzichtet.

Sogleich nach der Vereidigung strömten alle Größen des achten Deutschen Bundestags zu den frischgebackenen Ministern und gratulierten. Das war feierlich vaterländisch und fast schon weihevoll. Ziemlich spießig war es auch.

Tags drauf droschen die Parteien aufeinander los, ganz wie immer. War die Bekundung der Gemeinsamkeit vom Vortage der bare Schwindel?

Man denkt es leicht. Höchstens, daß die abgeordneten Bourgeois für knappe Zeit ein allgemeines, alle Parteischranken überquellendes Glücksgefühl gehabt hätten, weil ihnen der scheidende siebte Bundestag die Aufgabe der Diätenerhöhung noch abgenommen hat.

Es ist aber wahr, höhere, gewaltigere Gefühle als die der persönlichen Bereicherung beseelen unsere Bourgeoisabgeordneten. Die persönliche Bereicherung, egal woher, ist ihnen nur eine angenehme Begleiterscheinung. Bourgeoispolitiker sein, das heißt sich für die *allgemeine* Bereicherung, überhaupt nicht egal woher, sondern gesetzmäßig auf Kosten der Arbeiterklasse einsetzen. Im Bereicherungsinteresse ihrer Klasse liegt ihre Gemeinsamkeit. Diese ist nicht geheuchelt, sondern goldecht.

Woher dann der zeitweilige Krach? Jetzt zum Beispiel, weil die Regierung Schmidt eine taktische Wendung vollführt hat. Schmidt hat sich vorerst geweigert, als der offensichtliche Rentenvampir dazustehen.

Das kann er erst dann, wenn sicher ist, daß Bourgeoisparteien wie die CDU und die CSU noch einwandfrei Weitergehendes fordern.

Damit das Kabinett Schmidt funktioniert, braucht es eine rechte Opposition. Wer soll sonst das große Übel Schmidt für ein kleines halten?

In den letzten Monaten hat die Sozialdemokratie schnurstracks auf eine offen sozialchauvinistische Demagogie hingesteuert. Sie hat das „Modell Deutschland" und daß sich Kanzler Schmidt sowieso überall einmischen muß zu propagieren versucht. Ums Haar hätte sie das die Mehrheit gekostet. In den Gewerkschaften verfällt ihr Ansehen.

Die Regierung muß jetzt in die Lage kommen, sich wenigstens einen Schein von „Sozialem" anhängen zu lassen. Deswegen will sie für kurze Weile die offen rechte Hetze der Opposition überlassen, um dann – alles unter dem Motto „nur nicht den Bestand der Regierung gefährden" – noch Schlimmeres anzufangen.

Die Bourgeoisie hat keine Geduld mit diesen Winkelzügen der Schmidt-Regierung. Die Bourgeoisie kritteln an dem Schmidt-Versuch, ideologisch Luft zu schaffen, indem Alt gegen Jung, Arbeitend gegen Ledig, Arbeitend gegen Arbeitslos, Kinderreich gegen Kinderlos, Frau gegen Mann ausgespielt werden soll, nicht die ehrenwerte Absicht, die Kämpfe der Volksmassen zu spalten. Sie kritisiert, daß die Regierung nicht kühner einsteigt.

Um diese Kritik in Einsicht der Regierung zu verwandeln, hat die Bourgeoisie allerhand Hebel. Zum Beispiel wird der Bund eine enorme Neuverschuldung aufnehmen müssen. Da läßt sich allerhand drehen.

Dann endlich kann das Kabinett Schmidt wieder auf der alten Leier der SPD „Schlimmes tun, um noch Schlimmeres zu verhüten" antreten.

Die OPEC-Staaten setzen die Erdölwaffe ein

Die OPEC hat getagt und mehrheitlich beschlossen, für die ersten 6 Monate des Jahres 1977 die Preise für das Erdöl um 10 % anzuheben, und nach Ablauf dieser 6 Monate um weitere 5 %.

Die Stellung der Bourgeoisie ist klar.

„Für eine Erhöhung des Rohölpreises gibt es weder nach dem Verlauf der Weltkonjunktur noch nach der Finanzlage der erdölexportierenden Staaten einen akuten Anlaß. Zwar sind in den letzten Monaten einige OPEC-Länder an den Rand von Zahlungsbilanzschwierigkeiten geraten. Doch sie sind nicht auf die inflationsbedingte Teuerung in den Investitionsgüter produzierenden Ländern zurückzuführen, sondern auf überhastete und umfangreiche Industrialisierungspläne der OPEC-Länder." (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.12.1976)

Die Imperialisten haben die Pariser Konferenz eigens nach der OPEC-Konferenz angesetzt, um die erdölproduzierenden Staaten zu erpressen und von einer Ölpreisanhebung abzuhalten. Zusagen über Lockerung der unverfrorenen Kreditbedingungen und Erleichterung der Schuldentilgung wollten sie ausdrücklich erst *nach* der Konferenz geben.

Die Erhöhung der Ölpreise ist vollständig gerecht. Das Öl ist nicht zu teuer, sondern so billig, daß der imperialistische Staat in der BRD 30 % Steuern darauf veranschlagen kann und die Erdölkonzerne immer noch 10 % Gewinn damit machen.

Es gibt keinen anderen Rohstoff mit dieser vielseitigen Verwendbarkeit, guten Transportmöglichkeit und raschen Förderung zu diesem Marktpreis wie das Erdöl.

Wenn es ihn gäbe, wenn das Öl also tatsächlich zu teuer wäre, denn zu teuer kann es ja nur sein im Verhältnis zu anderen Rohstoffen derselben Qualität, warum kaufen ihn dann die Imperialisten nicht?

Die Imperialisten sind gegen die Ölpreiserhöhung, weil diese die Auswirkung hat, daß die Eigentümer des Öls, die erdölproduzierenden Länder, *selber* den Marktpreis einlösen und dies dazu nutzen, den Aufbau ihrer Länder und die Unabhängigkeit vom Imperialismus zu fördern. Das bedeutet, daß der Bewegungsspielraum aller Imperialisten eingeschränkt wird.

Dagegen, daß die erdölproduzierenden Länder selber investieren und selber industrialisieren, sind die Imperialisten allemal. Das fördert nicht die

„weltweite Arbeitsteilung bei weitgehend freiem Austausch von Gütern, Dienstleistungen, Kapital und Technologie". (Regierungserklärung Schmidt, zitiert nach: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.12.1976)

Es fördert nicht die Aufrechterhaltung der durch koloniale Ausbeutung hergestellten Unterentwicklung der Länder der Dritten Welt und ihre Unterjochung durch die Imperialisten, sondern läuft dem direkt entgegen. „Überhastet" nennen die Imperialisten das Tempo der unwiderstehlichen Strömung der Geschichte: „Staaten wollen die Unabhängigkeit, Nationen die Befreiung, Völker die Revolution."

Mit dieser Entwicklung müssen sich die Imperialisten schon lange herumschlagen.

Seit 1960 existiert die OPEC, die Organisation erdölproduzierender Länder. Über die OPEC koordinieren die Länder ihre Politik, um der Ausplünderung und Ausbeutung durch das imperialistische Monopolkapital ein Ende zu machen. In die OPEC traten nach und nach fast alle erdölproduzierenden Staaten der Dritten Welt ein; deswegen, weil sie durch objektive Interessen zusammengeschlossen sind. Sie sind von den Imperialisten unterdrückt, und da helfen alle Bestechungsversuche der Imperialisten, die darüber hinwegtäuschen sollen, nichts: Der Zusammenschluß der OPEC-Staaten begründet sich in objektiven Interessen, und deshalb war schon bei der Gründung und bei dem Aufbau der OPEC die Einheit gegen die Zersetzung durch die Imperialisten das vorherrschende Moment und wird es auch immer bleiben.

Seitdem sich die Staaten der Dritten Welt immer enger zusammenschließen, bemühen sich die Imperialisten, ein Bündnis der „Verbraucherstaaten" zustandezubringen. 1975 haben sie in Rambouillet dazu einen neuen Anlauf genommen und zu den Forderungen der Länder der Dritten Welt nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung folgendes festgestellt:

„Der Augenblick sei nicht günstig, um von der Schaffung einer neuen Weltwirtschaft zu sprechen."

Das war zu der Zeit, als die arabischen Staaten im Krieg zum ersten Mal das Öl als Waffe gegen die zionistische Aggression einsetzten, worauf die Imperialisten mit offenen Interventionsdrohungen geantwortet hatten.

Zu derselben Zeit erhoben die Staaten der Dritten Welt unüberhörbar ihre Forderungen. Präsident Boumedienne (Algerien) vor der UN-Rohstoffkonferenz, Mai 1974:

„Eine Stabilisierung der Rohstoffpreise

(Fortsetzung Seite 2)

Die OPEC-Staaten setzen die Erdölwaffe ein

(Fortsetzung von Seite 1)
zu akzeptieren und das ständige Senken der Preise gewisser Primärprodukte hinzunehmen, während gleichzeitig die Preise für Anlagen in äußerstem Maße steigen, das bedeutet, sich zu einer stetigen, unkontrollierbaren Verarmung zu verdammen, das bedeutet, in einer Art den Kolonialpakt für immer hinzunehmen, nachdem unsere Ressourcen nicht der Befreiung unseres Volkes von der ererbten Armut und Unwissenheit dienen sollen, das bedeutet, zu helfen, die reichsten Länder noch reicher zu machen.

Der in Washington gemachte Versuch, ein Kartell für die Kontrolle der Energiequellen von Ländern der Dritten Welt und in naher Zukunft auch noch ihrer Rohstoffe zu gründen, kann nur zur Folge haben, die Widersprüche zwischen den entwickelten und Entwicklungsländern zu verschärfen."

Die Imperialisten begründen ihren Anspruch auf freien Zugang zum Öl damit, daß es alle bräuchten. Alle seien davon abhängig, und deshalb sei es so gut wie internationales Eigentum.

Sie lieben es, von der Erpressung durch die Ölstaaten zu reden.

Tatsache ist, daß die „Abhängigkeit" der Imperialisten von den Rohstoffen der Staaten der Dritten Welt nur einen Grund hat: Die Planlosigkeit und Verschwendung der kapitalistischen Produktionsweise, die eine ungeheure Verschwendung von Rohstoffen mit sich bringt, und die Tatsache, daß die Förderung von Rohstoffen in den imperialistischen Ländern wesentlich unprofitabler für die Imperialisten ist, als die Ausplünderung der Staaten der Dritten Welt.

Der Kohlebergbau liegt in den meisten kapitalistischen Ländern darnieder, obwohl er eine wichtige Energiequelle ist. Die Möglichkeit, aus Ölsand und Ölschiefer Öl herzustellen, wird nicht genutzt.

80 Prozent des Ölverbrauchs der wichtigsten europäischen Staaten und Japans werden von den OPEC-Staaten gedeckt.

Die USA, die bis zu Beginn der sechziger Jahre einen Ölüberschuß hatten, importieren seit 1972 vorwiegend aus dem mittleren Osten. Der Ölimport beträgt seit 1972 27 %. In den nächsten Jahren schon weit darüber.

Es wird geschätzt, daß die USA noch heute ein Erdölvorkommen von 400 000 Millionen Barrel Öl (1 Barrel gleich 159 l) haben.

Schmidt hat in seiner Regierungserklärung gesagt:

„Ich schließe diesem Abschnitt (zu den OPEC-Staaten, Red.) mit dem Ausdruck der Erwartung einer Gegenleistung ab: Alle an der Weltwirtschaft Beteiligten sollten für mehr Stetigkeit der Entwicklung und für mehr Stabilität eintreten. Wir hoffen, daß auch die OPEC-Staaten zu einem Erfolg der Pariser Konferenz über internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit aktiv beitragen."

Die Imperialisten spielen in der Unterdrückung der Staaten der Dritten Welt gut zusammen.

Shafei, Vizepräsident Ägyptens, sagte zur Zusammenarbeit der Imperialisten im Nahen Osten:

„Alle Anzeichen sprechen dafür, daß ihre Interessen in der Bekämpfung unserer zukünftigen Existenz zusammentreffen. Das Spiel ‚Einer schlägt zu, der andere heimst den Profit ein' ist nichts Neues. (...) Unsere Selbstachtung läßt es nicht zu, daß wir uns jemals in die Hände der Russen oder der Amerikaner begeben."

Die Erkenntnisse der Staaten der Dritten Welt und ihren Zusammenschluß beantworten die Imperialisten mit Drohungen, Spaltung und heftigen Interventionsvorbereitungen:

„Es wird jetzt erwogen, insbesondere Saudi-Arabien stärker in die Finanzierungsfragen der westlichen Länder einzubeziehen." (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 1.12.1976)

Das war die Vorbereitung der Imperialisten auf die OPEC-Konferenz. Der Druck der Imperialisten, vor allem der US-Imperialisten, hat erreicht, daß kein einheitlicher Beschluß zustandekam. Saudi-Arabien und die Emirate erhöhen nur um 5 %. Die Preiserhöhung konnten die Imperialisten nicht verhindern und die Einheit der OPEC-Länder nicht sprengen.

Die neue Regierung tritt laut Regierungserklärung Schmidts ein für:

„Schutz vor entschädigungsloser Enteignung, damit zugunsten der Entwicklungsländer eine Intensivierung der Investitionen und des Kapitalverkehrs erreicht wird."

Khadafi, Vorsitzender des Revolutionären Kommandorates Libyens, sagte:

„Das Recht auf Nationalisierung ist ein Teil der Souveränität eines Landes, das Erdöl besitzt."

Der Kampf der erdölexportierenden Länder wird selbstverständlich lang, gewunden und kompliziert sein. Bei diesem Kampf haben sie die Unterstützung der internationalen Arbeiterklasse. Die Arbeiterklasse hat kein Interesse daran, daß das Eigentum der Staaten der Dritten Welt vom imperialistischen Staat und den Erdölkonzernen eingesackt wird.

Fahrpreiserhöhungen

(Fortsetzung von Seite 1)
monstrationen und Versammlungen überwacht.

„Wat mutt, dat mutt." Die Arbeiterklasse und die Volksmassen bereiten sich auf große Kämpfe gegen die staatliche Ausplünderung vor.

In Hannover und in Bremen finden seit Wochen Demonstrationen und Schienenblockaden gegen die Fahrpreiserhöhungen statt, die große Unterstützung in der Arbeiterklasse und unter den Volksmassen haben. In Bremen hat der Vertrauensleutekörper der Vulkan-Werft gefordert, daß die Fahrpreiserhöhungen zurückgenommen werden.

Die Finanzbourgeoisie zieht die Schrauben der Ausbeutung der Arbeiterklasse und der Ausplünderung und Unterdrückung der Volksmassen fester an. Die Fahrpreiserhöhungen sind Teil davon und sind fester Bestandteil der Reproduktionskosten, die die Massen nicht beliebig wegfallen lassen können. Die Arbeiterklasse und die Volksmassen nehmen dagegen den unvermeidlichen Kampf gegen die Kapitalistenklasse und ihren Staatsapparat auf.

per der Vulkan-Werft gefordert, daß die Fahrpreiserhöhungen zurückgenommen werden.

Die Finanzbourgeoisie zieht die Schrauben der Ausbeutung der Arbeiterklasse und der Ausplünderung und Unterdrückung der Volksmassen fester an. Die Fahrpreiserhöhungen sind Teil davon und sind fester Bestandteil der Reproduktionskosten, die die Massen nicht beliebig wegfallen lassen können. Die Arbeiterklasse und die Volksmassen nehmen dagegen den unvermeidlichen Kampf gegen die Kapitalistenklasse und ihren Staatsapparat auf.



Demonstration gegen die Fahrpreiserhöhungen in Hannover


Demonstration gegen die Fahrpreiserhöhungen in Hannover

Geburtstagsgeschenk

Rechtzeitig zu seinem siebzigsten Geburtstag hat Breschnew mit Pinochet ein Geschäft gemacht. Luis Corvolan, den die chilenischen Faschisten in Gefangenschaft gehalten haben, liess er gegen Bukowski, den der neue Zar selber in Gefangenschaft gehalten hat, austauschen. Es ist ein normaler Agententausch zwischen zwei imperialistischen Lagern. Der US-Imperialismus hat bei dem Geschäft „vermittelt". Die Revisionisten in aller Welt stellen die Auslieferung Corvolans als grossen Erfolg ihrer „Solidaritätskampagne" für Corvolan hin. Die UZ, Zeitung der westdeutschen Revisionisten, erwähnt den Austausch gegen Bukowski mit keinem Wort.

Vermögen der Rentenversicherung: Kapital für die Bourgeois

Die Auseinandersetzung um die Rentenversicherung hat öffentlich bekannt gemacht, was sonst nur in Bilanzen versteckt ist: Die Kapitalisten benutzen die Sozialversicherungen als Sparkasse, die ihnen billiges Geld gibt, mit dem sie Arbeiter ausbeuten oder als Grund- und Wohnungsbesitzer sich per Miete bereichern können. Das meiste des von den Lohnabhängigen einbezahlten Geldes ist „langfristig angelegt" und kann gar nicht ausgegeben werden. So waren Ende 1975 allein 4,7 Milliarden DM in Wohngrundstücken angelegt. Weitere etwa 16 Milliarden DM waren als Darlehen vergeben an Bund, Länder, Gemeinden, Bundesbahn, Bundespost, öffentliche Unternehmen, Kreditinstitute usw., der Rest in langjährig laufenden Wertpapieren. Lediglich etwa 9 Milliarden DM der 48 Milliarden waren Ende 1975 innerhalb eines Jahres verfügbar. Und nicht einmal das ist sicher. Mehrere Milliarden DM gesetzlich festgelegter Zuschüsse hat die Bundesregierung als bezahlt verbucht, obwohl nie ein Pfennig dafür bezahlt wurde.

Das Mißtrauen der Kapitalisten in ihre Zukunft treibt den Goldpreis hoch

Innerhalb des letzten halben Jahres haben die Imperialisten den Goldpreis vom Tiefstand von 103 Dollar je Unze auf 135 Dollar hochgetrieben. Die internationalen Finanzbarone haben wenig Vertrauen in ihre Zukunft. Zu Beginn des Jahres haben sie auf der Konferenz des Internationalen Währungsfonds in Jamaika verkündet, das Gold hätte seine Rolle als Geld und Weltgeld

Das Mißtrauen der Kapitalisten in ihre Zukunft treibt den Goldpreis hoch

Innerhalb des letzten halben Jahres haben die Imperialisten den Goldpreis vom Tiefstand von 103 Dollar je Unze auf 135 Dollar hochgetrieben. Die internationalen Finanzbarone haben wenig Vertrauen in ihre Zukunft. Zu Beginn des Jahres haben sie auf der Konferenz des Internationalen Währungsfonds in Jamaika verkündet, das Gold hätte seine Rolle als Geld und Weltgeld ausgespielt und der Fonds müsse sein Gold verkaufen. Tatsächlich sank zunächst der Goldpreis drastisch. Allerdings bloß, weil sich die Imperialisten das Gold, das sich noch in den Tresoren des Währungsfonds befand, im Billigstangebot holen wollten, um hernach die Länder der Dritten Welt und die schwächeren Konkurrenten in ihren eigenen Reihen damit zu erpressen. Inzwischen ist es wieder von den Kurszetteln abzulesen, daß das Vertrauen der Kapitalisten in die wirtschaftliche Entwicklung und in ihr Papiergeld gering ist, ihre Gier nach dem echten Baren aber groß.

Mineralölsteueraufkommen

Immer mehr Geld holt der bürgerliche Staatsapparat über die Mineralölsteuer aus den Massen heraus. Heute bringe die Mineralölsteuer allein auf Motorenbenzin dem bürgerlichen Staatsapparat um 0,5 Milliarden mehr als 1970 noch alle Mineralölprodukte zusammen, geht aus einer Mitteilung der Aral AG hervor. Damals waren das rund 11,5 Milliarden. Das ist der Vorteil der indirekten Steuern für die Kapitalistenklasse. Erhöht die Kapitalistenklasse die Preise, so steigen die Steuern gleich mit. Vom Staatsapparat können dann um so mehr Gelder an die Kapitalisten zurückfließen in Form von Zinsen und Subventionen. Die Kapitalisten gewinnen so zweimal, und die Massen werden doppelt geschröpft.

Kampf dem Schulgesetzentwurf des Hamburger Senats!

Bürgermeister Klose hob in seiner Haushaltsrede hervor, die Schule sei weiterhin Schwerpunkt der Politik des Hamburger Senats. Jeder, der objektiv die Lage beurteile, müsse sehen, daß in den letzten Jahren im Schulbereich was geschafft wurde. Was geschafft wurde, ist unter anderem: über 20 % Schulabgänger ohne Abschluß, Lehrerarbeitslosigkeit, Stundenausfall, Schulschließungen, Klassenzusammenlegungen. Schüler, Eltern und Lehrer haben diese „Leistung" auch richtig beurteilt, indem sie gegen dieses Schulelend den Kampf führen. Im letzten Jahr haben sie durch den großen Schulstreik den Hamburger Senat heftig angegriffen und ihn in ziemliche Schwierigkeiten gebracht.

Mit dem neuen Schulgesetzentwurf will der Senat jetzt die Schulen in den Griff kriegen und sie stärker „den Erfordernissen der Wirtschaft anpassen." Die kapitalistische Wirtschaft braucht billige Lohnsklaven und hörige Staatsdiener. Unterwerfung unter die Ausbeuterordnung muß das Ausbildungsziel sein. Das wird in § 2 des Schulgesetzes festgelegt. Es soll gelernt werden, politisch und sozial verantwortlich für die freiheitlich-demokratische Grundordnung einzutreten, die Kapitalistenherrschaft zu achten und zu dulden bzw. mit „Toleranz" und „Solidarität" zu ertragen, wie es jetzt in dem zweiten Entwurf heißt.

Die kapitalistische Wirtschaft braucht billige Arbeitskräfte verschiedener Art, die in jeweils entsprechender Anzahl aus den verschiedenen Ausbildungsgängen und -stufen geliefert werden müssen. Dazu heißt es in § 30: Die Eltern entscheiden, welche Schule ihr Kind besuchen soll, aber „erforderlich ist, daß der Schüler die Voraussetzung für eine erfolgreiche Mitarbeit in der gewählten Schulstufe oder Schulform erbringt. Diese Voraussetzung bestimmt der Senat durch Rechtsverordnung ..."

Die Leistung ist dabei das entscheidende und dies wird gemäß § 27 durch Noten bewertet, die auch das Arbeits- und Sozialverhalten des Schülers berücksichtigen. So gelten die Noten als Maßstab für die Unterwerfung der Schüler und als Druckmittel um dies zu erreichen. Wer keine vier in Deutsch haben will, muß fleißig, sauber und ordentlich arbeiten, darf im Deutschaufsatz keine sogenannten undifferenzierten Ausdrücke wie Kapitalistenklasse und Ausbeutung benutzen. Letzteres ist für die Oberstufe der Gymnasien in einer gesonderten „Ausdrucks- und Rechtschreiberegelung" erlassen worden, die ab Sommer 77 gelten soll für alle Fächer.

Auf der Grundlage des Schulgesetzes wird der Hamburger Senat ermächtigt oder aufgefordert mit Rechtsverordnungen flexibel jeweils entsprechende Unterdrückungsmaßnahmen zu ergänzen.

Z.B. erlaubt der Ermächtigungsparagraph 42 dem Hamburger Senat, die allgemeine Schulpflicht bis zum 18. Lebensjahr anzugreifen.

„Der Senat wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung Bestimmungen zu erlassen über:
1. Ausnahmen von der Schulpflicht mit abgeschlossener Berufsausbildung (das sind die 16 jährigen nach einem Jahr Anlernzeit) für Jugendliche ohne Ausbildungsvertrag (das sind die Jugendlichen, die ohne Hauptschulabschluß und die Sonderschüler, die nach Meinung des Leiters des Hamburgerf Arbeitsamtes sowieso nicht für eine Berufsausbildung in Betracht kommen) und für Absolventen der Berufsfachschulen.
2. Ausnahmen von der Schulpflicht für Ausländer und Staatenlose."

Dies Schulgesetz und die daraus folgenden Anordnungen müssen gegen die Schüler und Eltern durchgesetzt werden. Dazu werden die Lehrer in § 40 zwangsverpflichtet: „Der Lehrer gestaltet Erziehung und Unterricht nach den geltenden Vorschriften und Anordnungen der zuständigen Behörde in eigener pädagogischer Verantwortung. Er ist verpflichtet, sich zur Erhaltung seiner Unterrichtsfähigkeit in der unterrichtsfreien Zeit fortzubilden." Er soll auch noch unbezahlte Überstunden ableisten.

Die Eltern sollen für ihre Kinder haften, für regelmäßigen Schulbesuch und fleißige Mitarbeit ihrer Kinder sind sie verantwortlich. Geldstrafen und polizeiliche Hausdurchsuchung nach ihrem Kind werden im § 30 angedroht.

Auf Schulstreik stehen hohe Strafen, wenn die Schulbehörde Strafantrag stellt. „Wer sich oder einen anderen der Schulpflicht dauernd oder wiederholt entzieht, wird mit Freiheitsstrafe bis zu sechs Monaten oder mit Geldbuße bis zu 180 DM bestraft." (§35)

43 Paragraphen braucht der Hamburger Senat, um genau festzulegen, wie die Schulunterdrückung funktionieren soll. So schwierig ist es für die herrschende Klasse, sich die Jugend der Arbeiterklasse und des Volkes zum Zweck der Ausbeutung zu unterwerfen.

Wo aber dieser Schulgesetzentwurf bekannt wurde, ist er sofort auf Widerstand gestoßen. Von Schülerräten in verschiedenen Stadtteilen in Hamburg werden Kampfschritte vorbereitet. In Langenhorn rufen Schülerräte zu einer Veranstaltung auf, um Vertreter der Bürgerschaft und des Senats zur Rede zu stellen. An der Julius-Leber-Schule fand letzte Woche ein Schulfest statt zu dem Zweck, den Streik gegen den Schulgesetzentwurf vorzubereiten. Über 1 000 Schüler von ungefähr 14 Schulen, Eltern und Lehrer nahmen daran teil. Die Landesvertreterversammlung der GEW (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft) hat am 8.11. den Schulgesetzentwurf zurückgewiesen. Die Lehrer der Schulkreiskonferenz Süderelbe hat beschlossen, alle Lehrer aufzufordern, gegen Streikmaßnahmen der Hamburger Schüler im Kampf gegen den Schulgesetzentwurf nicht disziplinarisch vorzugehen, wie es der Hamburger Senat von ihnen verlangt.

Der Kampf gegen den Schulgesetzentwurf entwickelt sich und Schüler, Lehrer und Eltern schließen sich gegen den Hamburger Senat zusammen.

Kommunistische Volkszeitung – Ausgabe Nord – Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J. Hager – Erschein im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Postfach 5129, Sandhofer Straße 29, 6800 Mannheim, Telefon 0621 / 75 20 15 – Gedruckt in Hamburg – Redaktion: Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Telefon: 0511 / 81 40 45 – Zu bestellen über Buchvertrieb Hager GmbH, Postfach 5129, Sandhofer Straße 29 6800 Mannheim – Jahresabonnement incl. Porto: 36 DM – Gesamtauflage der Kommunistischen Volkszeitung Nr. 51 / 1976: 32 000

Kämpfe der palästinensischen Massen im Westjordanland

Seit dem 10. Dezember finden in Nablus, Ramallah und Hebron Demonstrationen und Aktionen gegen die zionistische Besatzermacht statt, die weiteren arabischen Boden enteignen will; „Demonstrationen von einer bisher nicht gekannten Größe", wie die französische Nachrichtenagentur AFP berichtet. Die Kolonialmacht plant einen weiteren Raubzug gegen die palästinensischen Massen durch die Einführung der Mehrwertsteuer. Die arabischen Kaufleute und Händler im Westjordanland haben darauf am Mittwoch, dem 15. Dezember, mit Boykott geantwortet, alle Läden geschlossen.

Zum Boykott haben die arabischen Stadtverwaltungen aufgerufen. Diese waren im Frühjahr gewählt worden. Gegen jede Form der Schikane, Verfolgung und Intrige durch die Zionisten waren bei diesen Wahlen in der großen Mehrheit nur solche Kandidaten gewählt worden, die entschlossen für die Befreiung Palästinas eintreten. Ohne die Unterstützung der imperialistischen Mächte wäre der Kolonialstaat längst am Ende.

Am 10. Dezember haben die USA-Imperialisten die ersten F-15-Kampfflugzeuge an Israel geliefert. Sie haben eine Reichweite von über 2 000 Kilometern. Die Imperialisten bauen Israel zum Flugzeugträger aus, von dem aus sie Aggression gegen die Staaten des Nahen und Mittleren Ostens durchführen können. Der Kauf „entspricht der Hälfte der Verteidigungsausgaben des laufenden Fiskaljahres 1976/77 oder einem Sechstel des jährlichen Bruttosozialprodukts". (Neue Zürcher Zeitung, 11. Dezember 1976) Im neuen vorgelegten Staatshaushalt sind drastische Kürzungen der Subventionierung von Nahrungsmitteln, der Renten, der Krankenversicherung, der Arbeitslosenversicherung beschlossen. Die Nettolöhne der jüdischen Arbeiter sollen um 3 bis 4 Prozent steigen, die Teuerungsrate wird um 30 bis 32 Prozent steigen. (Nachrichten für Außenhandel, 3. Dezember 1976) Die jüdischen Arbeiter haben eine Streikbewegung organisiert. Der Zusammenhalt der Siedlergesellschaft zerbricht unter den Schlägen des Befreiungskampfes des palästinensischen Volkes. Die Bedeutung der Streikbewegung ersieht man, wenn bedacht wird, daß Israel nichts anderes als ein großer, ausgebauter Stützpunkt, ein Hort des Imperialismus im arabischen Land ist.

In Damaskus hat am 14./15. Dezember der Palästinensische Nationalrat, die höchste politische Körperschaft der PLO, getagt. Die imperialistischen Bourgeois wollen, daß das palästinensische Volk und seine Befreiungsorganisation, die PLO, das Existenzrecht des eigenen Unterdrückers anerkennen. In der Regierungserklärung nennt Schmidt so etwas eine „gerechte und dauerhafte Friedensregelung im Nahen Osten". Die Massenerhebungen im besetzten Westjordanland sind die passende Antwort der Massen gegen diese Absichten der Imperialisten. „Im Schlußkommunique des 42köpfigen Gremiums wurde die Möglichkeit baldiger Verhandlungen mit dem jüdischen Staat noch nicht einmal angedeutet." (Süddeutsche Zeitung, 16. Dezember 1976)

Zweck dieses Staates ist die Sicherung der ungezügelten Ausbeutung der palästinensischen Arbeiter und Bauern. Sofern nicht die zionistischen Kapitalisten und Siedler selber Land geraubt und sich Arbeitskraft des palästinensischen Volkes unterworfen haben, ist es Aufgabe der zionistischen Staatsmacht, die Ausbeutung der palästinensischen Arbeiterklasse durch die imperialistischen Monopole zu sichern.

„Die Gemeinschaft ist wichtigster Lieferant und wichtigster Abnehmer Israels. 1974 lieferte sie 47,2 % der Gesamteinfuhr des Landes und übernahm 38,3 % des Exports." (Denkschrift, in: Bundesratsdrucksache 211/76)

Der Export besteht in Zitrusfrüchten, auf palästinensischem Boden von palästinensischen Bauern und Landarbeitern produziert, er besteht in Textilwaren, von palästinensischen Arbeitern geschaffen. Zu den wichtigsten bundesdeutschen Investoren gehören die Bank für Gemeinwirtschaft und die Neue Heimat, zum Beispiel in der Bauindustrie. Daher also die Propaganda der Sozialdemokratie in der Gewerkschaft für die Histadruth.

1973 erhielt ein palästinensischer Arbeiter im Westjordanland ungefähr die Hälfte des Lohns, verglichen mit den Löhnen in der Siedlergesellschaft. Im Schnitt wurden 40 % durch Besteuerung geraubt, um die Kriegskasse der Zionisten zu füllen. Krankenkasse, Rentenversicherung, Arbeitslosenversicherung gibt es für die palästinensischen Arbeiter nicht. An- und Abfahrtszeit zum Arbeitsplatz betrugen oft zwischen drei und 6 Stunden. Gewerkschaftliche Rechte sind unterdrückt, die gewerkschaftliche Organisierung wird verfolgt. Die Arbeitslosigkeit ist gestiegen, denn über 50 % der palästinensischen Arbeiter im Westjordanland sind in der Bauindustrie beschäftigt. Diese hatte lange Zeit Konjunktur, solange der Einwandererstrom aus den USA, dann vor allem aus der anderen Supermacht Sowjetunion, die so den Zionistenstaat mit Menschen unterstützt, floß. Durch die Erfolge des Befreiungskampfes geht er zurück, die Bauindustrie steckt in der Krise.

Die Imperialisten beuten über den Kolonialstaat das palästinensische Volk aus. Er ist Mittel zum Zweck. Am Beispiel des Abkommens der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) mit Israel. Es hält im Artikel 12 fest:

„Wenn die Angebote israelischer Unternehmen das Funktionieren des Gemeinsamen Marktes beeinträchtigen können und wenn diese Beeinträchtigung auf unterschiedliche Wettbewerbsbedingungen in bezug auf die Preise zurückzuführen ist, so können die Mitgliedstaaten gemäß den in Artikel 16 festgelegten Modalitäten und Verfahren geeignete Maßnahmen treffen."

Im Paragraph 16 Absatz b ist festgelegt, daß die EG-Staaten machen können, was sie wollen.

Genscher hat Mitte dieses Jahres erklärt:

„Mit besonderer Freude werde ich morgen meine Unterschrift unter den deutsch-israelischen Investitionsförderungsvertrag setzen, weil mir dieser Vertrag den Weg zu zeigen scheint, auf dem wir am besten vorankommen werden: indem wir, die Regierungen, der Privatinitiative die bestmöglichen Voraussetzungen schaffen." (Bulletin der Bundesregierung)

Der Genschersche Liberalismus stellt eine internationale Völkerzuchthausordnung dar. – (hjh)



Nablus: Die zionistischen Besatzertruppen können sich bloß bewaffnet in der Stadt bewegen.

Regierungserklärungen

1961 Adenauer

„Von den Sozialpartnern erwartet die Bundesregierung Unterstützung durch eine maßvolle und besonnene Lohnpolitik. Diese muß den Produktivitätsfortschritt berücksichtigen ..."

„Soziale Sicherung ist notwendig. Ihre Grenze liegt aber dort, wo die persönliche Freiheit des einzelnen gefährdet ist und durch ein Übermaß an Forderungen die Grundlage der sozialen Sicherheit, die Währungsstabilität bedroht wird."

1965 Erhard

„Eine weiter fortdauernde Aufblähung der Einkommen und eine anhaltende Kostensteigerung müßten unsere Wettbewerbsfähigkeit ernsthaft gefährden ... Wir müssen unsere Ansprüche zurückstecken oder mehr arbeiten.

Das gleiche Maß an Disziplin, das das deutsche Volk mit Recht vom Staat verlangt, muß auch von den Sozialpartnern hinsichtlich der Preis-, Lohn- und Arbeitspolitik gefordert werden."

1966 Kiesinger Große Koalition

„Nachdem die innenpolitische Unsicherheit gewichen ist, können sich die spontanen Kräfte des Marktes wieder entfalten ...

Der Spielraum der Expansionspolitik hängt entscheidend von dem Erfolg einer freiwilligen und gemeinsamen Aktion der Gewerkschaften und Unternehmerverbände zu einem stabilitätsgerechten Verhalten im Aufschwung ab."

1969 Brandt

„Eine stetige Wirtschaftsentwicklung ist die beste Grundlage des gesellschaftlichen Fortschritts. Sie schafft das Klima, in dem sich private Initiative, Risikobereitschaft und Leistungsfähigkeit entfalten können."

„Diese Ziele sind zu erreichen, wenn sich manches ändert im Verhältnis des Bürgers zu seinem Staat und seiner Regierung."

1973 Brandt

„Wer nur neue Forderungen stellt, ohne zu neuen Leistungen bereit zu sein, der wird der Lage, auch der eigenen Interessenlage nicht gerecht. Und er kann nicht erwarten, ernst genommen zu werden. Wem es wirklich am Herzen liegt, daß die Gemeinschaftsaufgaben vorangebracht werden, und wer den sozialen Fortschritt will, der muß im Zuwachs des persönlichen Verbrauchs auch einmal langsamer treten.

Reformgerede, hinter dem sich nur Gehaltsforderungen tarnen, taugt nichts."

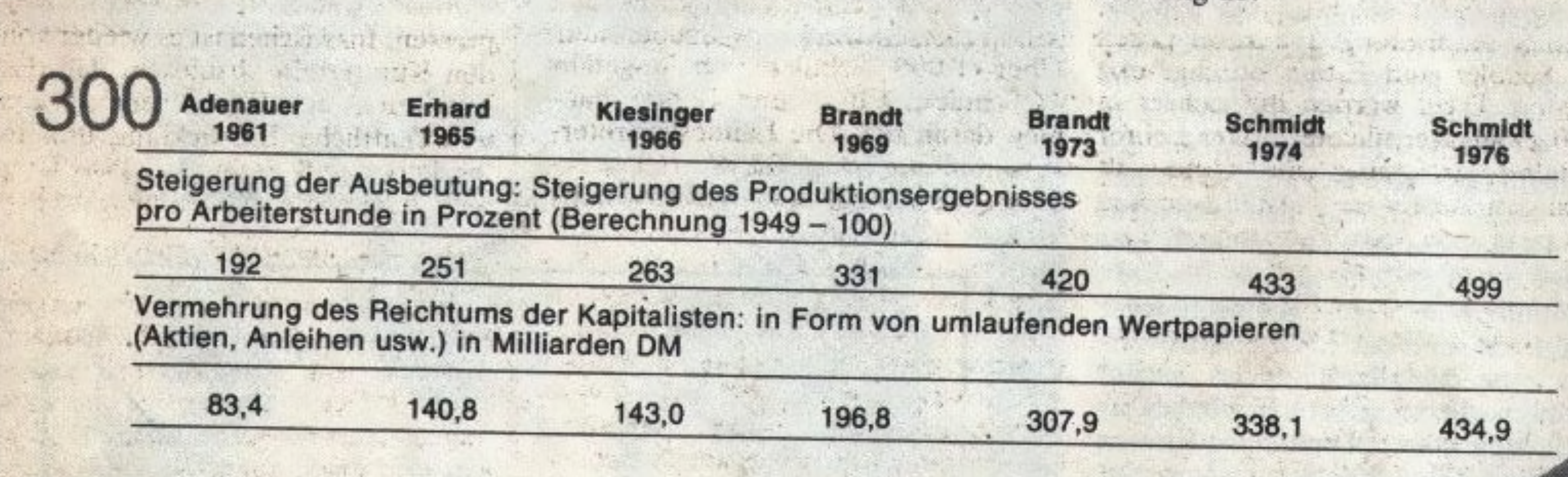
1974 Schmidt

„Ohne Investitionen kein Wachstum, ohne Investitionen keine Arbeitsplatzsicherheit, keine höheren Löhne und kein sozialer Fortschritt ...

Deswegen müssen wir bei der Ausgestaltung der öffentlichen Haushalte ... für 1975 alle übertriebenen Forderungen abwehren. Das gilt auch für den öffentlichen Dienst.

1976 Schmidt

„Das Augenmaß in den Tarifverhandlungen der letzten Jahre hat es bei uns ermöglicht, eine günstigere Kombination von Preisstabilität, Wirtschaftswachstum, Beschäftigungsstand und internationaler Wettbewerbsfähigkeit zu verwirklichen als anderswo in der Welt. Eine Kombination auf die manch anderes Land mit Achtung blickt.... Die Erträge haben sich verbessert. Auch die Voraussetzungen auf der Kostenseite sind günstiger geworden. Die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie ist insgesamt gut."



	Adenauer 1961	Erhard 1965	Kiesinger 1966	Brandt 1969	Brandt 1973	Schmidt 1974	Schmidt 1976
Steigerung der Ausbeutung: Steigerung des Produktionsergebnisses pro Arbeiterstunde in Prozent (Berechnung 1949 – 100)	192	251	263	331	420	433	499
Vermehrung des Reichtums der Kapitalisten: in Form von umlaufenden Wertpapieren (Aktien, Anleihen usw.) in Milliarden DM	83,4	140,8	143,0	196,8	307,9	338,1	434,9











„Wir können nicht einfach sagen, der Metallarbeiter muß 600 DM bekommen, sondern wir müssen auch zeigen, daß diese Steigerung wirtschaftlich vertretbar ist“

Otto Brenner 1963 im „Spiegel“

Die Devise, daß die Interessen der Kapitalistenklasse, die die „Öffentlichkeit“ beherrscht, allemal den Rahmen setzen, in den die Interessen der Metallarbeiter gezwängt werden müssen, bestimmt die sozialdemokratische Lohnpolitik seit eh und je.

„Was wir erreicht haben, sind gute Ergebnisse, wenn man Umfang und Struktur, materielle und immaterielle Teile als Ganzes wertet“,

kommentiert Hans Mayr, 2. Vorsitzender der IG Metall, den Tarifabschluß in der Metallindustrie 1976 aus sozialdemokratischer Sicht. (Der Gewerkschafter, Nr. 5/1976)

Das „gute Ergebnis“ besteht in seinem materiellen Teil darin, daß die Reallöhne in der Metallindustrie gegenüber dem Vorjahr gesunken sind. Der „immaterielle Teil“ des guten Ergebnisses mag für den Sozialdemokraten darin bestehen, daß es ihm im Verein mit seinen Klassenversöhnlerbrüdern vom IG-Metall-Vorstand noch einmal gelungen ist, trotz zahlreicher Streiks die Kraftentfaltung der Metallarbeiter zu unterdrücken.

Die Senkung des Realllohns, die die Kapitalisten in diesem Jahr gegen die Metallarbeiter durchgesetzt haben, ist nicht allein das Ergebnis eines Jahres und kommt auch nicht von ungefähr.

„Die Realeinkommen der Arbeitnehmer sind gestiegen“

Das schreibt Eugen Loderer zum Jahresanfang 1976. (Der Gewerk-
„Die Realeinkommen der Arbeitnehmer sind gestiegen“

Das schreibt Eugen Loderer zum Jahresanfang 1976. (Der Gewerk-
schafter, Nr. 1/1976) Das ist eine wissenschaftliche Unrichtigkeit. *Bewiesen*, nicht behauptet, kann nur das Gegenteil werden. Loderer verwischt Spuren. Verglichen mit dem Jahresanfang 1975 ist das „Realeinkommen“ der Arbeiter um runde 4 Prozent *gesunken.* Warum wagt Loderer, solche Unwahrheiten in die Welt zu setzen? Die sozialdemokratische Herrschaft über die gewerkschaftliche Organisation der Metallarbeiter schafft ihm dafür Raum. Denn: Deutlich genug erfährt der einzelne Arbeiter, die einzelne Abteilung, ja sogar die einzelne Belegschaft eines Betriebes die Tendenz der kapitalistischen Produktionsweise, den Lohnstandard nicht zu heben, sondern zu senken.

Damit aber herauskommt, daß der einzelne Arbeiter, die einzelne Abteilung, die einzelne Belegschaft nicht etwa durch momentane Umstände vom allgemeinen Glück ausgeschlossen sind, sondern es sich um das Schicksal einer ganzen Klasse handelt, ist Bewußtheit erforderlich. Da die Kapitalistenklasse sich wohl beherrscht und die Arbeiter mit Sorgfalt über ihre Klassenlage im Dunkeln halten will, können nur die eigenen Organisationen der Arbeiterklasse, die Gewerkschaften, diese Aufgabe wahrnehmen.

Tun sie es nicht, so bleibt den Arbeitern nichts als das sichere Gefühl, daß sie durchaus nicht nur „Pech“ haben, aber wissenschaftliche Sicherheit, die gebraucht wird, bevor sich Millionen in machtvollen Aktionen zusammenschließen, ist das nicht. Deswegen leistet sich Eugen Loderer diese Unwahrheit mit doppelter Absicht. Ebenso wird das materielle Erfordernis des Kampfes geleugnet wie auch der Aufbau einer Kampffront gehindert.

Ohnehin reicht der Arbeiterlohn nur für das Notwendige zum Leben. Wird er gesenkt, muß die Arbeiterfamilie am Notwendigen sparen, wird die Kost schmaler, der Urlaub gestrichen usw. Das wirkt sich um so verheerender aus, als die kapitalistische Rationalisierung, die Intensivierung der Arbeit, die Verlängerung des Arbeitstages die Arbeitskraft übermäßig verschleißen. Durch die Lohndrückerei wird es dem Arbeiter unmöglich, seine Arbeitskraft wieder in vollem Umfang herzustellen. Wachsende Krankheitsziffern, frühzeitige Verrentung und frühzeitiger Tod sind die unausbleiblichen Ergebnisse dieses Raubbaus. Sie lassen sich durch bloße Lügen nicht verdekken, denn sie sind unwiderlegbare Tatsache. Es gibt nur zwei Lösungen: den Klassenkampf zu führen bis zum Sturz der Ausbeuterordnung und zur Errichtung der klassenlosen Gesellschaft – oder die Klassenversöhnung zu predigen und die Unterwerfung der Arbeiterklasse unter die imperialistischen Ziele zu betreiben, sie einzuspannen für die Jagd nach Höchstprofiten, die die Kapitalisten über die ganze Welt treibt. Die Sozialdemokraten in der Gewerkschaftsführung hassen den proletarischen Klassenkampf. Sie tun das zweite.

Sozialchauvinistische Hetze

„Die deutschen Gewerkschaften sind an einer leistungsfähigen, die Arbeitsplätze sichernden Wirtschaft interessiert.“ (Eugen Loderer auf dem Gewerkschaftstag 1974)

Die imperialistische Bourgeoisie treibt die Expansion voran und verstärkt den Kapitalexport. „Leistungsfähig“ soll der westdeutsche Imperialismus sein bei der Ausbeutung ständig neuer Arbeitermassen in aller Welt, bei der Ausplünderung und Unterjochung fremder Völker, „leistungsfähig“ im Kampf gegen die imperialistischen Mächte, mit denen er um die Weltherrschaft konkurriert.

„Die Bundesrepublik ist in diesem weltpolitischen und weltweiten Geschehen tief eingebettet. Die Bundesregierung muß mitgestalten, mitverantworten.“ (Eugen Loderer, in: Der Gewerkschafter, Nr. 1/1976)

Tief eingebettet in die Klassenherrschaft im Inneren ist die Sozialdemokratie, zumal die führende.

„Wir müssen aber endlich auch mit unseren Pfunden wuchern. Wir haben schließlich einiges zu bieten. Wo ist denn der Lebensstandard der Arbeitnehmer höher als bei uns, wo gibt es eine bessere soziale Sicherung, wo sind die Preissteigerungen niedriger und die Arbeitslosigkeit geringer als bei uns?“

bei uns, wo gibt es eine bessere soziale Sicherung, wo sind die Preissteigerungen niedriger und die Arbeitslosigkeit geringer als bei uns?“

Wenn es schon

„eine ideale Ordnung, die uns von den Übeln der Arbeitslosigkeit und der Inflation befreien könnte, nicht (gibt)“

(Loderer, in: Der Gewerkschafter, Nr. 1/1976), dann stehen die Arbeiter in den weniger „leistungsfähigen Wirtschaften“ noch schlechter da, versuchen die Sozialdemokraten die Metallarbeiter für das imperialistische Programm einzufangen. Tatsache ist:

Innerhalb der letzten 10 Jahre ist es den Kapitalisten dreimal gelungen, den Lohn auch absolut zu senken. Die „Sicherheit der Arbeitsplätze“ liegt jetzt schon seit beinahe zwei Jahren bei einer Million Arbeitslosen. Die Verdienste der Sozialdemokraten sind beträchtlich.

Fest verbunden mit dem Schicksal der kapitalistischen Ausbeuterordnung stellte Otto Brenner 1970 im Rückblick auf die Krise 1966/67 fest:

„Damals stellten sich die Gewerkschaften auf eine stabilitätsorientierte Lohnpolitik ein, um den Aufschwung nicht zu gefährden.“

Die Löhne treiben die Preise, im Grunde sind die Arbeiter für die Inflation verantwortlich, behauptet der Sozialdemokrat. Tatsache ist: 1967 wurden Brutto- und Nettolöhne gesenkt (durch Zulagenkürzung, Wegfall der Überstunden und einen Lohnraubabschluß von 1,9 Prozent). Die Inflation machte muntere Fortschritte und traf vor allem die Arbeiter mit niedrigen Löhnen mit voller Wucht.

Verhöhnung

„Die aktive Tarifpolitik der IG Metall wird fortgesetzt, auch mit dem Ziel, die volkswirtschaftlichen Verteilungsrelationen zugunsten der Arbeitnehmer weiter zu verändern“,

verhöhnt „Tarifexperte“ Mayr die Metallarbeiter auf dem Gewerkschaftstag 1974. Wir haben den Zeitpunkt dieses Mayr-Worts in Schaubild 1 durch einen Pfeil gekennzeichnet. Seit dem Bestehen der Bundesrepublik sind die Sozialdemokraten in der IG-Metall-Führung den Metallkapitalisten dienstbar gewesen. 1963 kann der „Spiegel“ es sich leisten, dem damaligen IG-Metall-Vorsitzenden Brenner vorzurechnen, daß der damalige Nettolohn eines Metallarbeiters von 450 bis 550 DM nicht ausreiche, eine Familie zu ernähren. Der hat darauf nichts anderes zu sagen als:

„Wir stehen doch immer vor der Notwendigkeit, der Öffentlichkeit zu beweisen, daß unsere Forderungen wirtschaftlich tragbar sind. Wir müssen also immer in wirtschaftlichen Größen argumentieren. Wir können nicht einfach sagen, der Metallarbeiter muß 600 DM bekommen, sondern wir müssen auch zeigen, daß diese Steigerung wirtschaftlich vertretbar ist.“ (Der Spiegel, Nr. 18/63)

Zu dieser Zeit befinden sich 350 000 Metaller Baden-Württembergs in einem 14 Tage dauernden Streik. Brenner nutzt die Gelegenheit, die Kapitalisten öffentlich von seinem guten Willen zu überzeugen, ihre Interessen dennoch zu regeln, durch die Zersetzung der Kampfkraft der Arbeiter. Der Streik wird mit einem 6-Prozent-Abschluß (Forderung 8 Prozent) in die Niederlage geführt. 27 Prozent der IG-Metall-Mitglieder Baden-Württembergs und fast 45 Prozent in Nordrhein-Westfalen stimmen gegen den Abschluß.

Spaltung

Durch Spaltung der Arbeiter haben die Sozialdemokraten ihr Geschäft seit eh und je betrieben. Kernstück dabei sind die Prozentforderungen, die sie als eifrige Verfechter „leistungsbezogener Lohn- und Gehaltspolitik“ (Hans Mayr) Jahr für Jahr noch haben durchsetzen können. Die „Leistungsbezogenheit“ gibt den Kapitalisten den Weg frei, die unteren Lohngruppen, in die in Hamburg beispielsweise 63,4 Prozent der Frauen in der Metallindustrie eingruppiert sind, tief herabzudrücken.

„Wir haben in der Vergangenheit mit Erfolg versucht, die Spannen zu verringern, wissen aber gleichzeitig, daß hier gewisse Grenzen gesetzt sind, weil bei der Eingruppierung der Arbeit viele Faktoren zu berücksichtigen sind.“ (Mayr auf dem Gewerkschaftstag 1974)

Der „Faktor“, den Mayr zu „berücksichtigen“ gedenkt, ist das Interesse der Kapitalistenklasse an Spaltung

werkschaftstag 1974)

Der „Faktor“, den Mayr zu „berücksichtigen“ gedenkt, ist das Interesse der Kapitalistenklasse an Spaltung
der Belegschaften zwecks Verstärkung der Antreiberei. „Grenzen“ werden hier gezogen, Barrieren errichtet, aber, wie z.B. am Schaubild 2 ein jeder sehen kann, mitten *durch die Belegschaften* und um sie zu *trennen.*

Auf Spaltung und Fesselung der Metallarbeiter ist die Tätigkeit der sozialdemokratischen Politiker in der IG Metall ausgerichtet. Diese Fesselung verhindert, daß die Lohnabhängigen ihre Kraft entfalten. Aber nie ist es der Sozialdemokratie gelungen, ihren Klassenkampf völlig zu unterdrücken. 1951 streiken in Hessen die Metallarbeiter für 12 Pfennig mehr die Stunde, 1953 14 000 Bremer Werftarbeiter, 1954 mehr als 120 000 Metallarbeiter in Bayern für 12 Pfennig auf den Ecklohn. 1956 führen die Metaller in Schleswig-Holstein den bisher längsten Streik – er dauert vom 24. Oktober 1956 bis zum 14. Februar 1957 – für Urlaubsgeld und Lohnfortzahlung. Vor und während jedem Streik, damals wie heute, beteuern die Sozialdemokraten: „Wir haben ihn nicht gewollt! Er wurde uns aufgezwungen“ usw. Nur zu wahr! Haben sie die Streikkämpfe schon nicht verhindern können, so haben sie stets alles daran gesetzt, sie in die Niederlage zu führen. In keinem Streik konnte die Forderung auch nur annähernd durchgesetzt werden. In Urabstimmungen lehnten jeweils mehr als die Hälfte der Streikenden die Schlichtungsergebnisse ab, 1951 sogar 75 Prozent. Man mag sich ausmalen, wie es ohne die Kämpfe der Metallarbeiter den Kapitalisten und Klassenversöhnlern im Verein gelungen wäre, schon während des „Wirtschaftswunders“ die Metallarbeiter ins nackte Elend zu stürzen. Erst recht gilt dies für die letzten Jahre, in denen die Krisenhaftigkeit des westdeutschen Imperialismus schroff zutage getreten ist. Seit den selbständigen Streiks vor allem der Stahlarbeiter im September 1969 nehmen die Kämpfe zwischen Metallarbeitern und Kapitalisten an Umfang und Schärfe zu. 1970 streiken über 100 000 Arbeiter in Hessen, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Saarland für 15 Prozent, gegen das 7-Prozent-Angebot der Kapitalisten. Der Abschluß von 10 Prozent, den Kapitalisten und IG-Metall-Führung in Hessen durchgedrückt haben, um ihn auf alle Tarifgebiete auszudehnen, und die Niederlagentaktik der Sozialdemokraten stoßen allerorten auf heftige Kritik. Ebenfalls 1970 setzen die Metallarbeiter in zahlreichen selbständigen Streiks Lohnerhöhung durch. Die selbständigen Aktionen sind den Sozialdemokraten verhaßt. Sie fürchten um ihren Einfluß und treten offen dagegen auf:

„Hat eine spontane Arbeitsniederlegung Erfolg, dann macht sich der Eindruck breit, es gehe alles auch ohne die Organisation, ohne die IG Metall.“ (Eugen Loderer, in: Metall, Nr. 19/1973)

Der Heuchler! Was ist denn der Grund dafür, daß die Metallarbeiter selbständig kämpfen, wenn nicht die Tatsache, daß die Herrschaft der Sozialdemokraten verhindert, daß sie ihre Organisation zum Kampf nutzen können. Immer hatte die IG-Metall-Führung die Unterstützung der selbständigen Kämpfe durch die Gewerkschaft unterbunden. Nach dem großen Streik der Metallarbeiter 1971 in Baden-Württemberg für die Forderung von 11 Prozent, der unter schwierigen Bedingungen geführt wurde, nach dem Lohnraubabschluß von 7,5 Prozent, mit fünfzehnmonatiger Laufzeit, setzt sich die Welle der selbständigen Streiks 1973 mit großer Wucht fort. Seit den Streiks 1969 ist die Bewegung für Festgeldforderungen gewachsen. In jedem Tarifkampf gab es scharfe Auseinandersetzungen in der Gewerkschaft, nicht nur um die Höhe, sondern auch um die Art der Forderung. In den selbständigen Streiks 1973 erheben die Metallarbeiter Festgeldforderungen, bei John Deere in Mannheim z.B. 70 Pfennig für alle gleich, weil sie aus den bisherigen Niederlagen gelernt haben, daß ohne die Einheit der Arbeiter kein Kampf erfolgreich geführt werden kann und daß Prozentforderungen die Einheit nicht herstellen können. Der Anstieg der Bruttolohnkurve in Schaubild 1 1973 erklärt sich ganz allein aus diesen Kämpfen. Ohne sie hätten die Kapitalisten breits in diesem Jahr erneut die Senkung des Reallohns durchgesetzt. Der Widerspruch zwischen den Metallarbeitern und der sozialdemokratischen Führung wächst. Die Klassenversöhnler sind besorgt über den „Vertrauensschwund“ und behaupten zur Beruhigung der Kapitalisten, es gebe ihn nicht. 1974 führen die Sozialdemokraten den dreiwöchigen Streik der Bremer Metallarbeiter in die Niederlage. Über 50 Prozent der Bremer IG-Metall-Mitglieder lehnen das Ergebnis von 14 Prozent (Forderung 18 Prozent) ab.

Die Metallarbeiter haben aus den Erfahrungen der vergangenen Tarifkämpfe gelernt. In diesem Jahr haben sie sich früh vorbereitet. In vielen Betrieben wurden Festgeldforderungen beschlossen, dem rührigen Einsatz der Sozialdemokraten zum Trotz. Die Sozialdemokraten wollen den Streik um jeden Preis verhindern. Unter den Metallarbeitern wächst das Bewußtsein, daß ein Streik unumgänglich ist, sollen nicht große Teile ins Elend gedrückt werden. Die Tarifkommissionen der IG Metall haben die Forderungen verabschiedet: Prozent- und Sockel-Prozent-Forderungen. Ihre Absicht ist klar. Sie wollen die „aktive Tarifpolitik“ fortsetzen. Für die Metallarbeiter ist es im wahrsten Sinne des Wortes eine Existenzfrage, diese Absicht zu durchkreuzen. – (cs)

Lohnentwicklung in der Metallindustrie seit 1950

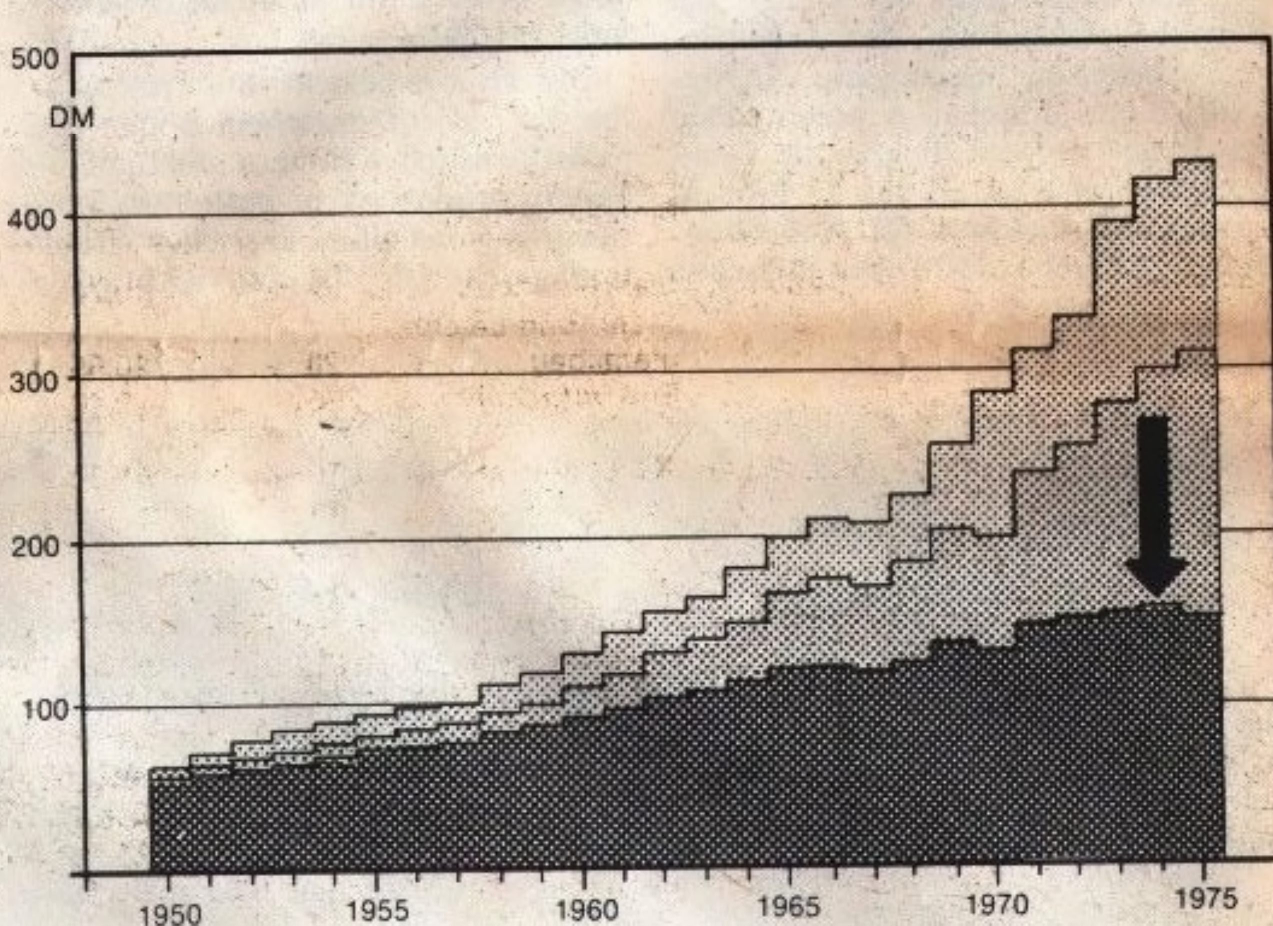
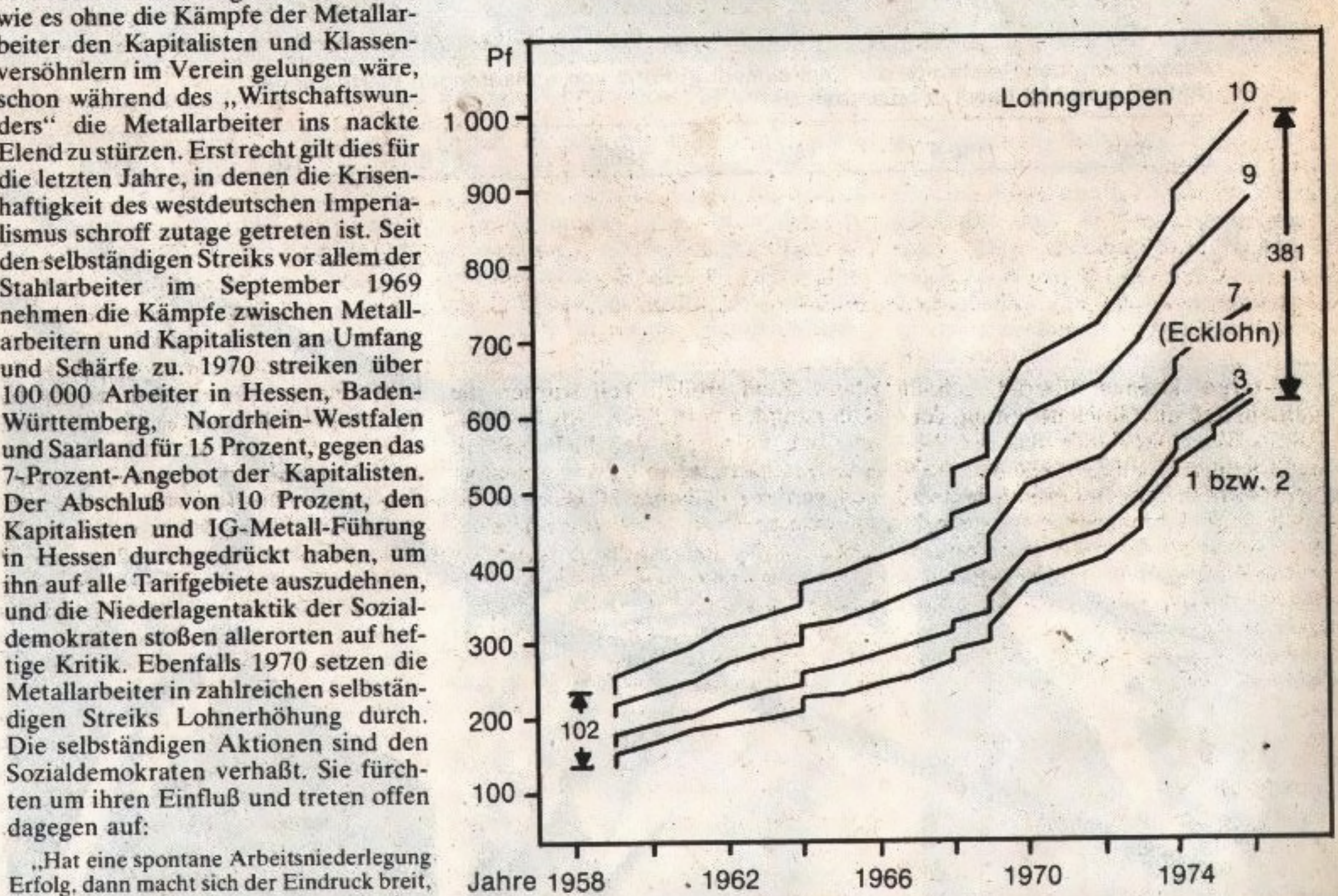


Schaubild 1 zeigt, wie sich das Lebensniveau der Metallarbeiter seit 1950 entwickelt hat. Im einzelnen wurden die Daten folgendermaßen entwickelt:
1. Durchschnittlicher Bruttowochenlohn (Maschinenbau) aus: Statistisches Jahrbuch, Wiesbaden, verschiedene Jahrgänge
2. Der Nettolohn wurde ermittelt durch Abzug von Lohnsteuern und Sozialabgaben anhand der durchschnittlichen Quote, die der Sozialbericht der Bundesregierung 1976 angibt
3. Zur Inflationsbereinigung wurde in Preisen von 1950 (von 1970 umbasiert) der Index „Lebenshaltungskosten für einen 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalt“ des statistischen Bundesamtes herangezogen

Lohngruppenspreizung in der Metallindustrie



Quelle: Lohntarifvertrag Eisen-, Metall- und Elektroindustrie Nordrhein-Westfalen

„Soziale Komponente“

Selbst die Spur einer Festgeldforderung schreckt die Kapitalisten, und sie verfolgen sie mit ihrem ganzen Haß. Im Nordverbund haben die Tarifkommissionen ihre 9,6-Prozent-Forderung mit einer Mindestforderung versehen. Sie ist mit 125 DM viel zu niedrig. In Baden-Württemberg haben die Tarifkommissionen 50 DM plus 7 Prozent gefordert. In beiden Fällen geht es den sozialdemokratischen Mehrheiten darum, ihre Prozentforderungen mit einer „sozialen Komponente“ zu garnieren, um die starke Bewegung für Festgeldforderungen zu unterlaufen. Die „soziale Komponente“ soll von ferne an die Forderung nach 1 DM erinnern, damit sie in den Betrieben und Abteilungen nicht aus der Nähe betrachtet und ihr spalterischer Charakter nicht erkannt wird. An diesem spalterischen Charakter kann gar kein Zweifel sein. Nicht nur daß im Ergebnis eine solche Forderung sich auf die unterschiedlichen Lohngruppen höchst unterschiedlich auswirken würde. Bezirksleiter Steinkühler von Baden-Württemberg rechnet vor, daß die Forderung von 50 DM und 7 Prozent in der untersten Lohngruppe 122 DM brächte, während sie in der höchsten Lohngruppe 245 DM, also gerade das Doppelte, ausmachen würde. Dies in einer Situation, wo die untersten Lohngruppen Gefahr laufen, an den Rand des Existenzminimums und darunter gedrückt zu werden, und die Unterschiede zwischen den Löhnen durch die Kapitalisten in eine qualitative Spaltung umzuwandeln versucht wird. Aber zur Durchsetzung ist die Forderung ja gar nicht gedacht. Mit dieser Forderung haben die Kapitalisten große Spaltungsmöglichkeiten in den Tarifverhandlungen. Sie werden vom Volumen ihrer Kosten ausgehen und wie stets werden ihnen die Sozialdemokraten in den Verhandlungen auf dieses Feld folgen. Sodann werden sie die Mindestforderung gegen die Prozentforderung ausspielen und die Prozentforderung gegen den Sockel. Sie werden sagen: Das und das sind wir bereit zu zahlen, damit sich aber diese Summe für die Facharbeiter einigermaßen lohnt, muß die Erhöhung rein prozentual sein. Und die Sozialdemokraten werden sich auf die Spaltung einlassen, denn sie betreiben sie selber bereits mit der Forderung. Es ist verständlich, wenn sie bei einem Teil der Facharbeiter dafür Zustimmung bekommen. Solange diese nicht vom Klassenstandpunkt an die Sache herangehen, erscheinen ihnen Prozente besser. Von einer niederen Festgeldforderung als „soziale Komponente“ haben sie nichts. Also: Die Forderung ist in beiden Fällen günstig für die Kapitalisten und ihre Spaltungsabsichten.

Trotzdem schreien sie wie die Wilden. Das „Handelsblatt“, das es wissen muß, berichtet: „Vor allem die gemischte Forderung für die rund 800 000 Beschäftigten des Südweststaates stieß bei der Arbeitgeberseite auf heftige Ablehnung.“

Die Lohnstruktur in der Metallindustrie ist äußerst zerklüftet. In der einzelnen Belegschaft nehmen die Kapitalisten jede Gelegenheit zur Spaltung wahr. In den einzelnen Bereichen der Metallindustrie gibt es von Betrieb zu Betrieb und Region zu Region große Unterschiede. Die Löhne in diesen einzelnen Bereichen unterscheiden sich beträchtlich. Die Kapitalisten pflegen diesen Zustand, denn er fördert die Konkurrenz unter den Arbeitern. Die Arbeiter wollen diesen Zustand, der sie im Kampf schwächt,
tern. Die Arbeiter wollen diesen Zustand, der sie im Kampf schwächt,
überwinden. Deshalb die Bewegung für Festgeldforderungen. Die IG Metall muß bereits mit dieser Bewegung rechnen. Daher die Forderungsart im Nordverbund und in Baden-Württemberg. Die Markforderung würde die Verhältnisse umkehren. Leicht könnten sich über ihr die Kapitalisten spalten. Die Arbeiter aber können sich fest zusammenschließen. In diese Richtung geht die Arbeiterbewegung. Die ganze Richtung paßt den Kapitalisten nicht. Daher ihr Zeter und Mordio. Auf die Sozialdemokraten soll das Wirkung zeigen und wird es Wirkung zeigen. Die Arbeiterbewegung aber hat um so mehr Anlaß, an der eingeschlagenen Richtung festzuhalten. – (gs)

Tarifbezirk	Beschäftigte 1975	Hauptzweige der Metallindustrie (Prozent der Beschäftigten)	Durchschnittsbruttostundenlohn (in DM)	Ecklohn	Forderungen der IG Metall
Nordverbund	300 000				9,6 %, mind. 125 DM 1./2. Lehrj. 60 DM 3./4. Lehrj. 50 DM
			S.-H. HH		
– Schleswig-Holstein / Hamburg	173 000	Maschinenbau ..... 25 %	11,20 12,13	7,47	
		Elektroind. .... 24 %	9,34 11,00		
		Schiffbau .... 21 %	10,92 11,91		
– Bremen	60 000	Schiffbau .... 35 %	11,77	7,47	
		Elektroind. .... 21 %	9,76		
		Maschinenbau ..... 14 %	10,73		
– Nordwestl. Niedersachsen	67 000*	Elektroind. .... 28 %	9,49	7,43	
		Maschinenbau ..... 25 %	10,92		
		Schiffbau .... 5 %			
Niedersachsen	201 000	Elektroind. .... 28 %	9,49	7,43	9,5 % für alle Lehrj. 60 DM
		Maschinenbau ..... 25 %	10,92		
		Eisen-, Blech- und Metallwarenind. ..... 6 %	9,79		
Nordrhein-Westf.	1 072 000	Maschinenbau ..... 30 %	11,14	7,47	9,5 % 1./2. Lehrj. 70 DM 3./4. Lehrj. 50 DM
		Elektroind. .... 18 %	9,95		
		Eisen-, Blech- und Metallwarenind. .... 14 %	10,07		
Hessen	336 000	Maschinenbau ..... 26 %	11,18	7,47	
		Elektroind. .... 25 %	9,79		
		Straßenfahrzeugb. .. 14 %	12,31		
Rheinland-Pfalz	97 000	Maschinenbau ..... 43 %	10,71	7,47	
		Straßenfahrzeugb. .. 23 %	11,37		
		Eisen-, Blech- und Metallwarenind. .... 19 %	9,57		
Saarland	54 000	Maschinenbau ..... 27 %	10,70	7,47	9,5 % 1./2. Lehrj. 60 DM 3./4. Lehrj. 50 DM
		Stahl- und Leichtmetallbau .... 20 %	10,55		
		Elektrotechnik ...... 16 %	9,46		
		metallbau .... 20 % Elektrotechnik ...... 16 %	10,55 9,46		3./4. Lehrj. 50 DM
Baden-Württemberg	893 000	Maschinenbau ..... 29 %	11,30	7,47**	7 % und 50 DM für alle Lehrj. 50 DM
		Elektrotechnik ...... 26 %	10,16		
		Straßenfahrzeugb. .. 18 %	12,57		
Bayern	662 000	Elektroind. .... 38 %	9,25	7,47	9,5 % für alle Lehrj. 60 DM
		Maschinenbau ..... 25 %	10,61		
		Straßenfahrzeugb. .. 13 %	11,17		
Westberlin	130 000	Elektrotechnik ...... 58 %	9,53	7,47	
		Maschinenbau ..... 17 %	11,34		
		Stahl- und Leichtmetallbau .... 7 %	12,36		
VW	93 000			8,93	

* Handelsblatt, 15.12.1976
** Südbaden und Südwürttemberg 7,45 DM

Quelle: Statistisches Jahrbuch 1976; Statistisches Bundesamt: Preise, Löhne, Wirtschaftsrechnungen, Juli 1976

AEG

„Schwarze Zahlen“ durch Akkordhetze und Entlassungen

Oldenburg. Auf der Betriebsversammlung in der letzten Woche wurden die Absichten der AEG-Manager heftig angegriffen. Der AEG-Vorstand will sich „weiterhin von unrentablen Beteiligungen oder von solchen Interessen trennen, die nicht direkt in die Palette passen. Dies gelte auch für die Stillegung von Kapazitäten, die sich nicht mehr rentieren“, so Vorstandssprecher Cipa vor Wirtschaftsjournalisten.

Motoren können überall gebaut werden, ließ die Geschäftsleitung verlauten. Sie droht damit, daß die Produktion in die „Billiglohnländer“ verlagert werden kann. Innerhalb der letzten beiden Jahre ist die Belegschaft schon um 800 auf 2 350 Arbeiter abgebaut worden. Die Arbeitshetzte hat überall so zugenommen, daß die Frauen noch nicht einmal den Kopf heben können, um ihren Akkord zu schaffen. Der Akkorddurchschnitt beträgt 147,7 % und ergibt gerade einen Lohn von 8,93 DM in der Stunde. An einem der Montagebänder wurde der Akkordsatz von 650 auf 800 Stück heraufgesetzt. Jetzt schafft man bei größter Anstrengung höchstens 120 bis 125 %, das ist ein Lohnverlust von ungefähr einer Mark in der Stunde. Außerdem sind die Kapitalisten daran gegangen und stellen Zeitlöhnerinnen ein, die 6,09 DM für die Zeit bekommen, in der sie sich in den Akkord „einarbeiten“ sollen. Oft werden sie dann vor Beendigung der Einarbeitungszeit umgesetzt und fangen auf dem neuen Arbeitsplatz wieder mit 6,09 DM an. Dazu kommt, daß mit Hilfe der Sozialdemokraten die Normalschicht in einer Abteilung auf 12 Stunden ausgedehnt werden sollte, das haben die Arbeiter verhindert. In der Halle C wurden wiederholt Überstunden angesetzt, dort wächst der Widerstand. Zum großen Teil wurden die Überstunden verweigert. Als im Sommer bekannt wurde, daß die Fabrik mit 150 Beschäftigten in Vechta geschlossen werden soll, haben 800 Einwohner Vechtas gegen die Schließung demonstriert, 200 AEG-Arbeiter waren zur Unterstützung des Kampfes aus Oldenburg gekommen.

Diese ganzen Angriffe hatten die Arbeiter gut im Gedächtnis, als die Geschäftsleitung auftrat und aufforderte, sich anzustrengen, damit die Fabrik aus den roten Zahlen rauskomme. In der Ackerstraße in Westberlin sei das auch geschafft worden. Mehrere Arbeiter sind gegen die Pläne der Geschäftsleitung aufgetreten, ein Betriebsrat stellte heraus, wie man in der Ackerstraße in die „schwarzen Zahlen“ gekommen sei: durch verschärfte Antreiberei, wachsende Akkordhetze und Schließung der Kantine usw. Jetzt wird die Fabrik in der Ackerstraße geschlossen. Die Arbeitsbedingungen seien heute in Oldenburg schon so, daß mehr nicht drin sei, Dieser Beitrag fand die volle Unterstützung der Arbeiter und Angestellten.

Westberlin, AEG Ackerstraße. Die Stillegung des Werks Ackerstraße wird seit einem Jahr geplant. Das Jahr 1976 haben die Kapitalisten genutzt, um die Gesamtproduktion dort um 50 % zu steigern: 100 Arbeiter sind von Januar 1975 bis Januar 1976 entlassen worden. An einem Band für Asynchronmotoren arbeiteten früher elf Frauen, jetzt sechs. Eine Arbeiterin, die vorher geschweißt hat, muß heute schweißen und zusätzlich Gußteile spritzen. Teilweise müssen die Gabelstaplerfahrer oft auch noch als Transportarbeiter arbeiten. Akkordsteigerungen von bis zu 50 % sind durchgesetzt worden. In mehreren Abteilungen ist Schichtarbeit eingeführt worden. Es gab Überstunden und Sonderschichten, z.B. den letzten Samstag im November mußten mehrere Werkstätten arbeiten. Als im September der Gruppenakkord gekürzt werden sollte, haben die 25 Arbeiter der Akkordgruppe in der KfZ-Werkstatt eine Stunde gestreikt.

Die Spaltungsmanöver der Kapitalisten, die einzelnen Werke gegeneinander auszuspielten, greifen immer weniger. Arbeiter der Ackerstraße sind den Spaltungsabsichten entgegengetreten und haben einen Solidaritätsbrief an die Arbeiter in Oldenburg und Vechta geschickt.

AEG Brunnenstraße. Montag, den 13.12., wurde bekannt, daß in der Bahnfabrik im Laufe des nächsten Jahres 298 der zur Zeit 691 Arbeiter entlassen werden sollen. Am Dienstag war deshalb eine außerordentliche Betriebsversammlung. Der Betriebsrat hat erklärt, daß er jetzt keinen Überstunden mehr zustimmen werde.

Die Pläne der Kapitalisten stoßen auf immer größeren Widerstand. Die AEG-Kapitalisten wollen ihre Pläne auf jeden Fall durchsetzen, sie versuchen es jetzt mit neuen Managern. „Berliner AEG-Manager ‚gefeuert‘ “, berichtet die „Frankfurter Allgemeine“ vom 17.12.. Der Grund liege in der „unterschiedlichen Auffassung zu den Grundsätzen des Vorstands über die Handhabung personalpolitischer Entscheidungen.“ Der bisherige Diener des Kapitals war nicht scharf genug. – (AEG-Zellen Oldenburg und Westberlin/Red.)

Hannover. Bei Westinghouse wird seit über einem Jahr 10 Stunden täglich gearbeitet, gleichzeitig wird die Arbeit verdichtet. Trotz der Drohung mit der Arbeitslosigkeit steigt der Krankenstand, der schon 1974 und 1975 bei 9,3 % lag. Seit einiger Zeit läßt die Geschäftsleitung spätestens nach drei Krankentagen vor den Vertrauensarzt laden. Die Krankenberichte gehen direkt an die Geschäftsleitung. Das hat der Betriebsrat auf der letzten Betriebsversammlung herausgelassen. Er unterstützt diese Maßnahmen, weil sonst durch das Krankfeiern die Krankenkassenbeiträge hochgeschraubt würden.

Peine. Auf mehreren Teilversammlungen der Belegschaftsversammlung von Peine & Salzgitter wurde der 6 %-Abschluß scharf angegriffen. „Für Leute mit 3 000 DM und mehr mag das einen Ausgleich bringen, für uns ist es glatter Lohnabbau.“ Die Lehrlinge stellten heraus, daß sie kampfbereit waren und noch am Montag eine Aufforderung, nicht zuzustimmen, mit über 100 Unterschriften an die Tarifkommission geschickt haben. Ein Arbeiter sagte: „Wir haben in den Tarifauseinandersetzungen gesehen, wo eine Gewerkschaftspolitik hinführt, die nicht von unseren Interessen ausgeht, sondern von der Sozialpartnerschaft ausgeht und von der Verantwortung fürs Ganze, sprich für die Profite. So eine Politik paßt ins Rathaus, wo sie sich gut mit den Gebührenerhöhungen trifft, die der Kollege Heinze mitbeschließt. Die Gewerkschaften brauchen wir als Kampforganisationen.“ Heinze ist erster IGM-Bevollmächtigter und Bürgermeister in Peine.

Verstärkte Ausplünderung durch die Kfz-Versicherungen im Jahr 1977. Das Bundesaufsichtsamt genehmigte den 99 Kfz-Versicherungen, die im Verband der Haftpflicht-Unfall- und Kraftverkehr-Versicherer e.V. (HUK) zusammengefaßt sind, die Anhebung der Prämie für Haftpflichtversicherung um 3,7 bis 6,7 Prozent. Die Volksmassen, die in der Haftpflichtversicherung zwangsversichert sind, sollen noch stärker dazu herangezogen werden, für die Verschlechterung der Produkte und die chaotische Verkehrsregelung des bürgerlichen Staates zu zahlen. Ab 1977 werden die Haftpflichtversicherten in 6 Regionalklassen aufgeteilt, die nach Schadenshöhe eingeteilt sind. Ebenso soll die Staffel für Schadensfreiheitsrabatt geändert werden. Je schlechter das Auto und je schlechter die Verkehrsregelung in der Stadt, je länger der Anfahrtsweg zur Fabrik, desto höher die Prämie für die Versicherung.

„Fehlverhalten in der Ernährung“ nannte Abgeordneter Dr. Schwörer

„Fehlverhalten in der Ernährung“ nannte Abgeordneter Dr. Schwörer (CDU/CSU) die Tatsache, daß sich immer weniger Lohnarbeiter gesund ernähren können aufgrund von Lohnraub und steigenden Lebensmittelpreisen. Dies, so stellte er fest, würde die Krankenkassen 17 Milliarden DM im Jahr kosten („ernährungsbedingte Krankheiten“). Die Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Zander lautete: „Es ist jedoch sehr schwierig, bereits fixierte Ernährungsgewohnheiten beim Erwachsenen zu ändern. Trotzdem konnten schon beachtliche Erfolge erzielt werden. So zeigt sich deutlich, daß die Zahl der Verbraucher, die an Fragen einer gesunden Ernährung interessiert sind, immer mehr zunimmt.“ Den Volksmassen riet er zu der Aktion „Essen und Trimmen – beides muß stimmen“, die das Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit als Kampagne durchgeführt habe. (Aus: Bundestagsdrucksache 7/5926) So kann man mehr Arbeit für weniger Lohn auch nennen. Im letzten Jahr stiegen die Preise für Nahrungs- und Genußmittel zwischen 7 und 8 Prozent, für Kartoffelprodukte um 25 Prozent, für Hülsenfrüchte um 10 Prozent, der Kaffeepreis zwischen 30 und 100 Prozent.

Kabelmetal in Afrika, Südostasien, Nord- und Südamerika. Um 20 Prozent konnte die Kabelmetal in Afrika, Südostasien, Nord- und Südamerika ihren Umsatz auf 75 Millionen DM im Jahre 1976 steigern. Die „Ertragssituation der Kabelmetal insgesamt“ habe sich dadurch stark verbessert. Die Belegschaft sei insgesamt um 13 Prozent auf rund 9 900 Beschäftigte reduziert worden, „die Marschrichtung“ auf weitere Rationalisierung und Umstrukturierung abgesteckt. Noch in den nächsten Monaten soll entschieden werden, ob im Mittleren Osten für ein weiteres Werk investiert wird. Die billige Lohnarbeit in Afrika, Südostasien und im Nahen Osten wollen die Imperialisten nutzen, um ihre Profite zu erhöhen und hier den Arbeitern mit billiger Lohnarbeit in diesen Ländern zu drohen. (Süddeutsche Zeitung, 16. Dezember)

VW in Kenia. Der VW-Konzern hat am 14. Dezember in Kenia ein Zweigwerk in Betrieb genommen. Dies ist nach der Inbetriebnahme von Werken in Nigeria und Südafrika das dritte Zweigwerk von VW in Afrika. Rund 60 000 Arbeiter beutet der Konzern im Ausland aus, rund doppelt soviel im Inland. 374 Millionen DM des den Arbeitern abgepreßten Mehrwerts wurden im letzten Jahr für die imperialistische Expansion im Ausland investiert, 594 Millionen im Inland. Die steigenden Investitionen im Ausland haben ihren guten Grund. In Kenia beuten die Imperialisten die afrikanischen Arbeiter zu Niedrigstlöhnen aus. Die Löhne betragen durchschnittlich 264,74 DM im Monat.

Göttingen. In der Druckerei Hubert und Co. sind an den Setzmaschinen und an den Leuchttischen die Arbeitsbedingungen unerträglich. Alle, die schon länger dort arbeiten, klagen über eine starke Verschlechterung der Augen, weil diese Arbeitsplätze mit einfachen Leuchtstoffröhren ausgestattet sind. Anders sieht es bei den Tiefdruckmaschinen aus, dort müssen die Arbeiter auf die Qualität der Drucke achten, dazu ist gutes Licht erforderlich. Die Arbeiter haben den Kampf aufgenommen. Auf der letzten Betriebsversammlung haben sie den Betriebsrat aufgefordert, gegenüber der Geschäftsleitung folgende Forderungen zu vertreten:

- Regelmäßige augenärztliche Untersuchung durch einen Augenarzt, der von der Arbeitervertretung bestimmt wird.
- Überprüfung der Lichtverhältnisse unter Kontrolle des Betriebsrats.
- Eine Diskussion zwischen den Arbeitern und dem Arzt, um über Maßnahmen zum Schutz der Augen zu beraten.
- Die Kosten trägt der Betrieb.

Osnabrück. Auf der Jahreshauptversammlung der IG Druck und Papier/Osnabrück wurde der Beschluß gefaßt, daß zwei Kollegen eine Resolution schreiben, die sich wendet gegen den Angriff des Staatsapparates auf streikende Druckarbeiter in Reutlingen und den Angriff auf das Streikrecht. Klarmachen soll die Resolution, daß das uneingeschränkte Streikrecht gegenüber Kapital und Staat durchgesetzt werden muß.

Oldenburg. In der Druckerei Stalling wurde jetzt der Filmsatz eingeführt. Die Arbeiter sollen in zwei Wochen dafür ausgebildet werden. Dagegen wehren sie sich, sie fordern mindestens sechs Wochen Ausbildung. Die Stalling-Kapitalisten wollen die zweite Schicht einführen, sie wird von den Arbeitern abgelehnt. An den Bildschirmgeräten wurde die Forderung aufgestellt, daß nicht länger als vier Stunden täglich an den Bildschirmgeräten gearbeitet werden soll.

Hannover. Zum 31.12. sind in der Papierverarbeitenden Industrie die Lohntarifverträge gekündigt worden. Die IG DruPa fordert 9 %. Die Kapitalisten haben im vergangenen Jahr die Ausbeutung der Arbeitskraft vorangetrieben. In ersten Halbjahr 1976 wurde der Umsatz je Beschäftigten um 12,4 % gesteigert, der Umsatz je Arbeiterstunde um 6,6 % (druck und papier 25/26).

Bei Leunisman in Hannover müssen über die Hälfte der Arbeiter der Verarbeitung regelmäßig Überstunden, teilweise auch samstags, machen. In der Ausbrecherei und Kleberei arbeiten bis auf wenige Ausnahmen nur Frauen in den unteren Lohngruppen (viele für 600 DM netto). Die Kapitalisten lassen in der Celler Strafanstalt Häftlinge für Pfennigbeträge ihre Klebeaufträge machen.

Hamburg. Die IG Chemie hat für die Ölmühlenindustrie Hamburg einen neuen Manteltarifvertrag ausgehandelt. In diesem Industriezweig wurde der Arbeitstag ungeheuer verdichtet: In der Ölmühle HOBUM in Hamburg z.B. arbeiteten 1960 noch über 1 000 Arbeiter, 1976 waren es nur noch 323. Der Umsatz wurde in dieser Zeit um ein Vielfaches gesteigert. Die Kapitalisten haben aus den Arbeitern soviel herausgeholt, daß sie in Afrika vier Fabriken gebaut haben. Ein Arbeiter löscht heute an zwei Schuten 800 bis 900 Tonnen (z.B. Soja) in acht Stunden, wäh-
Fabriken gebaut haben. Ein Arbeiter löscht heute an zwei Schuten 800 bis 900 Tonnen (z.B. Soja) in acht Stunden, wäh-
rend früher fünf Arbeiter in acht Stunden 1 000 Tonnen gelöscht haben. Die Kapitalisten lassen rund um die Uhr arbeiten. Der wachsenden Ruinierung der Arbeitskraft werden mit dem neuen Manteltarifvertrag keine Schranken gesetzt, das einzige Ergebnis ist die Erhöhung des Schichtausgleichs: Für Contischichtarbeiter von zwei auf vier Tage im Jahr, und für Dreischichtarbeiter gibt es neu zwei Tage. Der Urlaub soll bis 1979 jedes Jahr um einen Tag erhöht werden. Die Arbeiter hatten ab sofort fünf Tage mehr Urlaub gefordert.

Stärkung der Privatpolizei der Kapitalisten. Das Institut der Deutschen Wirtschaft (Institut des BDI – Bundesverband der Deutschen Industrie) hat eine Studie über „Basisarbeit linksextremer Organisationen im Betrieb" durchgeführt. Es hat folgende Schlußfolgerungen gezogen: Erstens: Die Verstärkung der direkten Überwachung der Arbeiter durch die Privatpolizei der Kapitalisten, den Werkschutz, ist nötig. „Wo ein Werkschutz vorhanden ist, muß deutlich gemacht werden, daß er für die Sicherheit des Betriebs notwendig ist." Zweitens, daß die ideologische Zersetzung unter der Belegschaft verbessert werden muß. „Die Unternehmensleitungen sollten die Mitarbeiter über alle betrieblichen Belange informieren. – Besondere Bedeutung mißt das Institut der Information der vom BVG vorgesehenen Funktionäre wie z.B. Jugendvertretern und Betriebsräten zu. Das gleiche gelte für Meister und Arbeitsgruppensprecher." (Süddeutsche Zeitung, 16. Dezember)

Langelsheim. In der Grundstabilisatorenabteilung der Hans-Heinrich-Hütte (Metallgesellschaft) kämpfen die Arbeiter für eine Schmutzzulage von 0,80 DM, nachdem die Entlüftungsanlage abgebaut wurde. Vor drei Wochen haben sie deshalb für zwei Stunden gestreikt und verweigern seither die Überstunden, um ihre Forderung durchzusetzen. Der Lohn eines Chemiearbeiters liegt bei 8,50 DM, der eines Chemiefacharbeiters bei 9,24 DM (einschließlich einer betrieblichen Zulage von 45 Pfennig).

Karstadt

In der Schweißauspressung weit vorne

Karstadt liegt unter den Kaufhauskonzernen weit vorne in der Schweißauspressung: der Umsatz pro Beschäftigten betrug 1975 138 300 DM (im Vergleich dazu Kaufhof 117 100 DM und Horten 127 300 DM) und der Umsatz pro qm Verkaufsfläche lag bei 8 700 DM (Kaufhof 7 800 DM und Horten 6 600 DM).

Von 1966 bis 1975 stieg der Umsatz um 140 %. Die Anzahl der Lohnabhängigen nur um 25 %, seit 1973 wird sie abgebaut. Der Jahresüberschuß (nur ein Teil des tatsächlichen Profits) stieg um 87 %. Die Aktionäre (je 25 % Deutsche Bank und Commerzbank) konnten ihre Dividende um 65 % steigern, 1976 waren es 72 Mio. Nach der Fusion mit Neckermann hat der Karstadt-Konzern über 88 000 Lohnabhängige, von denen demnächst 5-10 000 zwecks „Sanierung" von Neckermann auf die Straße fliegen sollen.

In der Bremer Karstadt-Filiale z.B. wurden bei gleichzeitiger Ausdehnung der Verkaufsfläche 1/6 der Belegschaft „abgebaut". Die Auswirkungen sind jetzt im Weihnachtsgeschäft krass spürbar. „So schlimm wie dieses Jahr war es noch nie", sagen die Verkäufer, und das, obwohl die Umsätze keineswegs den Steigerungserwartungen der Kapitalisten entsprechen. 8 1/2 Stunden täglich an der Kasse stehen, Ware vom Lager holen, Ware einräumen, Ware verkaufen, Ware vom Lager holen, Ware einräumen . . . , 8 1/2 Stunden täglich im Gewühle der Kunden, in verstopften Gängen und überfüllten Lagern. 7 1/2 Stunden auch am Samstag und Viele werden an ihren freien Tagen zu Überstunden erpreßt. 50 Stunden und mehr pro Woche in Arbeitshetze und Menschengewühl.

Das für einen Lohn, der um 30 % unter dem Durchschnitt in der Industrie liegt. In der Gehaltsgruppe 2 z.B., die für die große Mehrheit der Lohnabhängigen im Verkauf gilt, ist der Tariflohn im 1. Berufsjahr DM 900, ab dem 10. Jahr DM 1350 (Bremen). Die freiwilligen außertariflichen Zulagen wurden im letzten Jahr gestrichen, indem sie voll auf die Tariferhöhung angerechnet wurden.

Eine besonders üble Angelegenheit sind die Arbeitszeiten. 9 1/2 Stunden täglich am Arbeitsplatz, davon eine Stunde Pause (an langen Samstagen ebenso, an kurzen Samstagen 4 1/2, davon 1/2 Stunde Pause). Diese verlängerte Arbeitszeit wird ausgeglichen durch ein „rollierendes System" von freien Tagen: 1. Woche montags frei, 2. Woche dienstags frei usw. Die Belegschaft ist dabei in 6 Gruppen aufgeteilt, so daß täglich ein Sechstel frei hat.

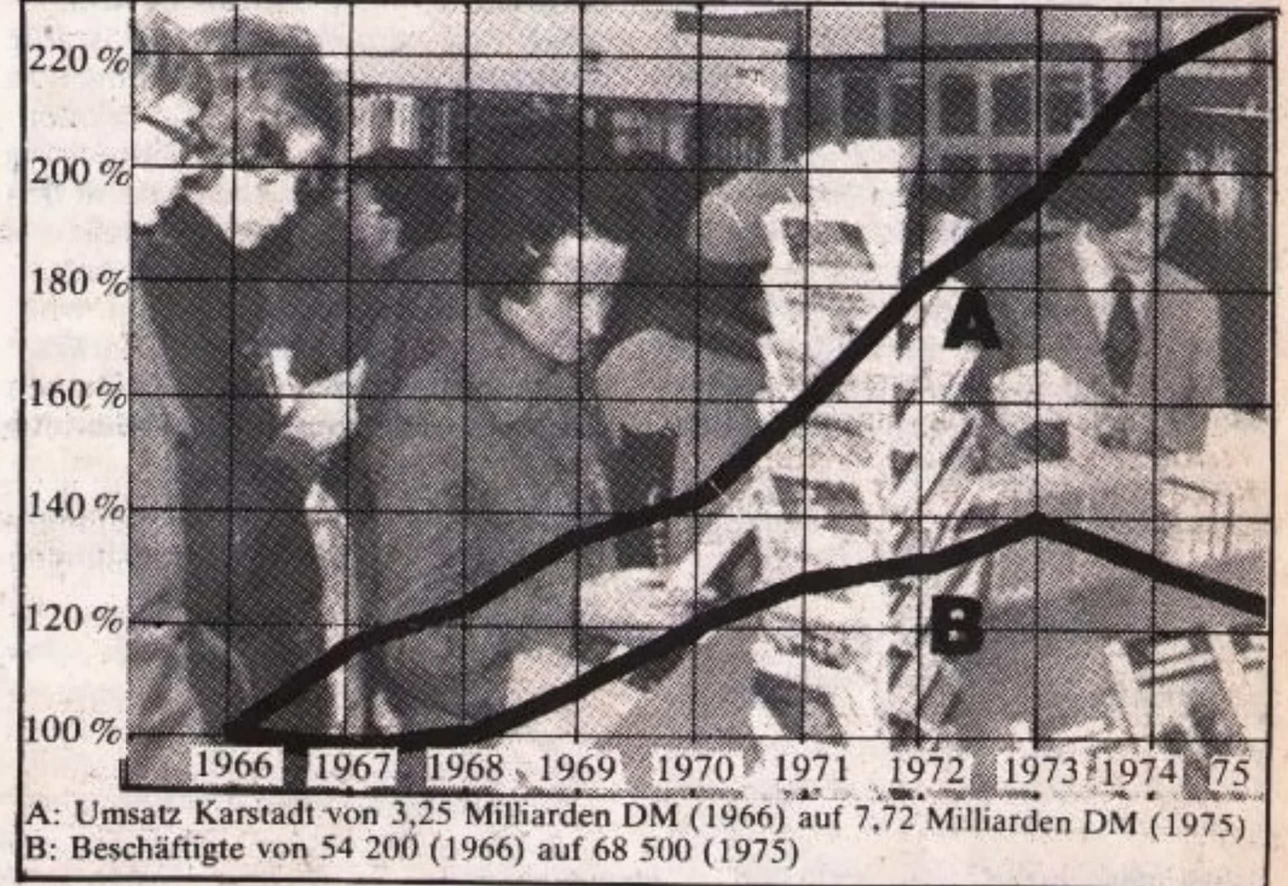
Laut Manteltarifvertrag muß die 40-Stunden-Woche nur übers Jahr gerechnet eingehalten werden.

Der Manteltarifvertrag gibt die Möglichkeit, den unbezahlten Arbeitstag zu verlängern, dort heißt es: Die erforderliche Zeit für dringende Vor- und Abschlußarbeiten, Zuendebedienen der Kundschaft, Aufräumungs- und Kassenabschlußarbeiten darf 15 Minuten nicht überschreiten. Ein Mehrarbeitszuschlag für diese Zeit ist nicht zu gewähren." Schon der Weg vom Arbeitsplatz durch Stechuhr und Taschenkontrolle beträgt mindestens 5 Min. Und da bis 18.30 Uhr Kunden da sind, kann die Kasse in der Regel erst nach Beendigung der normalen Arbeitszeit abgerechnet werden. Woche für Woche kann sich der Kapitalist auf diese Weise pro Lohnabhängigen 1 1/4 Stunden Mehrarbeit kostenlos aneignen. Bei jedem von uns also im Jahr 65 Stunden, das sind 1 1/2 Wochen unbezahlte Mehrarbeit!

Weiter legt der Manteltarifvertrag fest: „Die Dauer des Urlaubs beträgt bis zum
21. Lebensjahr . . . . .21 Werktage
25. Lebensjahr . . . . .22 Werktage
30. Lebensjahr . . . . .25 Werktage
ab 30. Lebensjahr . . . . .27 Werktage.
Die Formulierung „Werktage" und nicht „Arbeitstage" bedeutet: „Arbeitsfreie Tage, die auf Urlaubszeiten fallen, gelten als genommen". Für die Urlaubszeit gilt die 48-Stunden-Woche an 6 Arbeitstagen. Zum Beispiel: Nahm in diesem Jahr ein über 30-jähriger Lohnabhängiger aus der Freizeitgruppe 6 seinen Jahresurlaub ab 3.7.76, so mußte er ab 4.8. wieder arbeiten. Für einen Industriearbeiter wären 27 Tage Urlaub erst mit dem 11.8. beendet gewesen. Der Handelskapitalist hat sich 51 Stunden unentgeltlich angeeignet, das sind 1 Woche, 1 Tag und 3 Stunden Arbeitszeit. Der tatsächliche Urlaub ist also viel kürzer.

Um diese unwürdigen Arbeitsbedingungen durchzusetzen und den Widerstand so lange wie möglich zu unterdrücken, gibt es verschiedene Spaltungsmittel: ein ausgefuchstes Antreibersystem und das Prämiensystem. Die Abteilungsleiter sind am Umsatz beteiligt, so treiben sie in ihrem eignen Interesse die Verkäufer an. Das wichtigste Spaltungsmittel ist das Prämiensystem. Mit ihm werden die Verkäufer in der Jagd nach Kunden gegeneinandergehetzt.

Trotz dieser Spaltung wächst der Kampfwille. Ein deutliches Zeichen dafür ist, daß im letzten Jahr die Mitgliederzahl der HBV in Bremen um über 100 % anstieg und daß bei Karstadt inzwischen eine Betriebsgruppe der HBV aufgebaut wurde. In den Ab-



A: Umsatz Karstadt von 3,25 Milliarden DM (1966) auf 7,72 Milliarden DM (1975)
B: Beschäftigte von 54 200 (1966) auf 68 500 (1975)

teilungen ist die Stimmung sehr gespannt, die Verkäufer werden bis an die Grenze des physisch Leistbaren ausgepowert, sie diskutieren darüber, wie der Kampf geführt werden muß. Breit unterstützt werden die Forderungen: Einhaltung der 40-Stunden-Woche als Schritt zum Siebenstundentag und Verlängerung des Urlaubs, indem als erstes durchgesetzt wird, daß Urlaubstage nicht Werktage, sondern Arbeitstage sind. – (j, Bremen/Red.)

Eisenbahnverbindung für die Imperialisten

„Superschienen in der Bewährung" – unter dieser Überschrift berichtet die Kapitalistenzeitung „Pütt und Hütte" des Klöckner-Konzerns Nr. 3/76: „Die 861 km lange Eisenbahnlinie, die die südafrikanischen Erzvorkommen bei Sishen (Kap-Provinz) mit dem im Bau befindlichen Tiefseehafen Saldanha nördlich von Kapstadt verbindet, ist fertiggestellt worden."

Will man eine Eisenbahnlinie bauen, muß man Schienen haben. „Extreme Temperaturunterschiede zwischen Tag und Nacht stellen höchste Ansprüche an die Qualität des Schienenmaterials, das in 20 Schiffsladungen aus der Bundesrepublik Deutschland herangebracht wurde."

Die westdeutschen Imperialisten haben nicht nur ihr Geschäft bei diesem Bau der Eisenbahnlinie sicher gemacht, denn der Bau kostete alleine 3 Milliarden DM, sondern haben sich gleichzeitig den Export von über 15 Millionen Tonnen Eisenerz im nächsten Jahr gesichert. „Ab Mitte des Jahres sollen nun dreimal täglich die 2,3 km langen Züge mit jeweils 17 000 Tonnen Erz über die unendliche Gerade rollen; Die Zeit der Bewährung für Material und Know-how ist gekommen."

Das südafrikanische Magazin „To the Point" beschrieb dieses Eisenbahnmodell treffend mit der Bezeichnung: „Die Eisenbahn, die den Wilden Westen erschloß."

Wer Karl May gelesen hat, – und das sind viele – weiß, welche Bedeutung die Eisenbahn in der Erschließung von neuen Rohstoffquellen und in der Unterdrückung der Völker gehabt hat.

„In das im Jahre 1973 begonnene Bahnprojekt investierte die südafrikanische ISCOR über 200 Millionen Rand. Die Bahnverbindung stellt eine wesentliche Voraussetzung für die Durchführung des gesamten Sishen-Sadanha-Bay-Vorhabens der südafrikanischen Regierung dar." Was der Klöckner-Konzern in seiner Zeitung verschweigt, ist, daß er an der Firma ISCOR beteiligt ist, ähnlich wie in Zimbabwe, wo er bei der Firma RISCO Anteile hat.

Die Bahn ist also zwischen der südafrikanischen Regierung und dem Klöckner-Konzern in gemeinsamer Abstimmung gebaut worden. Daß Eisenbahnlinien nicht nur zum Transport für Eisenerz gebaut werden, sondern auch in militärischen Auseinandersetzungen zum Transport von Waffen und Soldaten benutzt werden, wissen wir aus allen anderen Kriegen. Dies wissen auch die Befreiungsorganisationen und haben sich bestimmt schon Pläne zurechtgelegt, wie diese Eisenbahnlinie gesprengt werden kann. – (jd)

Zwangsarbeit unter dem Mantel der Sozialhilfe

Bremen. Daß die Sozialhilfe kein Almosen für jeden ist, steht schon unverblümt im Bundessozialhilfegesetz: „Jeder Hilfesuchende muß seine Arbeitskraft zur Beschaffung des Lebensunterhaltes für sich selbst und seine unterhaltsberechtigten Angehörigen einsetzen." (§ 18). Wer seine Arbeitskraft nicht zu allen Bedingungen verkaufen will, erhält keine Sozialhilfe.

„Ist es im Einzelfall erforderlich, einen arbeitsentwöhnten Hilfesuchenden an Arbeit zu gewöhnen oder die Bereitschaft eines Hilfesuchenden zur Arbeit zu prüfen, soll ihm eine hierfür geeignete Tätigkeit zugewiesen werden" (§20)

Dies wird auch eifrig praktiziert. Das Bremer Sozialamt schickt die „Hilfesuchenden" zur sog. Arbeitshilfe. Eingesetzt werden sie für Friedhofs- und Gartenarbeiten, in der Stadbibliothek, in Museen, Schulen, Krankenhäusern, in Verwaltungsbehörden oder in einer staatlichen Werkstatt. In diesen Ämtern werden durch ihren Einsatz Stellen gespart. Dazu zwei Beispiele: Im Sozialamt haben die Beschäftigten gegen schlechte Arbeitsbedingungen und verschärfte Arbeitshetze gekämpft. Gefordert wurden u.a. zusätzliche Einstellungen. Die Dienstaufsicht konnte sich nicht durchsetzen, sie wollte aber auch kein Geld für neue Stellen ausgeben. Also wurden Kollegen von der Arbeitshilfe geholt, die jetzt in den Sozialämtern die einfachen Arbeiten erledigen.

Ein Angestellter der Stadtbibliothek wurde krank. Er mußte für lange Zeit ins Krankenhaus. Nach der Entlassung hatte er keine Stelle mehr und auch keine Ansprüche beim Arbeitsamt. Er mußte zum Sozialamt. Er wurde zur „Arbeitshilfe" geschickt und macht heute in der Stadtbibliothek die gleichen Arbeiten wie vorher. Nur mit dem Unterschied, daß er heute kein Gehalt, sondern Sozialhilfe bekommt. Für den Staat ein ausgezeichnetes Mittel, die Personalkosten zu senken.

Eingesetzt werden die Zwangsarbeiter der „Arbeitshilfe" für die schmutzigsten und härtesten Arbeiten. Dafür werden sie dann „fürstlich" belohnt. Sie erhalten den Sozialhilfesatz von täglich 9 DM (zusätzlich Miete und Bekleidung) und eine Prämie, die von 2 DM bis 8 DM gestaffelt ist. Bei der höheren Prämie ergibt das einen „Monatslohn" von 430 DM. Fehlt er unentschuldigt, erhält er für diesen Tag kein Geld. Genauso ergeht es denen, die sich weigern, diese Dreckarbeiten zu machen.

„Arbeitshilfe" bedeutet schärfste Unterdrückung, Arbeitsgruppenleiter üben eine brutale Herrschaft aus. Die „Hilfeempfänger" werden durch ein Prämiensystem angetrieben. Mit 9 DM am Tag kann natürlich niemand auskommen, deshalb muß man versuchen, die höchste Prämie zu bekommen. Will man die höchste Prämie bekommen, muß man sich vollständig unterwerfen. Zuspätkommen, Alkoholgenuß, Nichteinhaltung der „Ordnung", kein Arbeitsinteresse, fehlerhaftes Arbeiten – alle diese „Verfehlungen" führen zu Prämienkürzungen. Festgelegt wird die Punktzahl durch die Arbeitsgruppenleiter.

Von diesem Geschäft wollen die Kapitalisten natürlich direkt profitieren. Seit einigen Monaten werden die Kollegen von der „Arbeitshilfe" auch schon zu privaten Firmen geschickt, vor allem zu Baufirmen. Den Kapitalisten bleibt es überlassen, ob und wieviel Lohn sie zahlen. Zahlen sie etwas Lohn, wird er natürlich voll auf die Sozialhilfe angerechnet. Die Bremer Stadthallen GmbH hat z.B. einige Arbeiter entlassen. Dafür werden je nach Arbeitsanfall Arbeiter von der „Arbeitshilfe" geholt. Der bürgerliche Staat spielt dabei für die Kapitalisten den Vorreiter.
– (ju/f,Bremen/Red.)

Betriebsversammlung Buchhandlung Frensche

Den Kampf gegen die Arbeitshetze organisiert

Hamburg. In den vier Wochen vor Weihnachten findet in der Buchhandlung Frensche eine richtige Verkaufsschlacht statt. Bis zum letzten Jahr mußte jeweils an sechs Tagen in der Woche acht bis achteinhalb Stunden gearbeitet werden, mit der Inventur zum Jahresende kam man auf 50 bis 60 Überstunden im Dezember. Die Ruinierung der Gesundheit spiegelte sich darin wider, daß spätestens im Januar fast die ganze Belegschaft krank im Bett lag. Das anschließende Abfeiern der Überstunden bedeutete, daß die, die arbeiteten weiter sehr belastet waren, weil sie die Arbeit der anderen mitmachen mußten.

In diesem Jahr hat der Betriebrat auf Antrag der gewerkschaftlichen Betriebsgruppe beschlossen, keine Überstunden mehr zu genehmigen, auch nicht die Inventur an einem Sonntag. Dieser Beschluß wurde auf einer Betriebsversammlung bekräftigt, die erstmals im Weihnachtsgeschäft während der Arbeitszeit stattfand. An der Betriebsversammlung haben alle, die an diesem Tag gearbeitet haben, teilgenommen, auch die Aushilfen.

Die Auseinandersetzung um den Lohn in den letzten Monaten hat das Bewußtsein über die Notwendigkeit des Kampfes gestärkt. Von den 30 Beschäftigten sind 17 in der Gewerkschaft HBV organisiert. Schon im Lohnkampf war beschlossen worden, das Weihnachtsgeschäft als gute Voraussetzung für die Durchsetzung der Forderungen zu nutzen. So konnte schnell die Einheit unter den Beschäftigten hergestellt werden, als der Unmut über die unerträglichen Arbeitsbedingungen wuchs.

Nach der Betriebsversammlung sind alle in den Laden gezogen und haben vom Kapitalisten die Übernahme einer als Aushilfe eingestellten Kollegin gefordert. Diese Forderung mußte erfüllt werden, sonst wäre das Weihnachtsgeschäft schlecht gelaufen. Als nächster Schritt soll die Forderung nach dem Verbot der Überstunden in der Gewerkschaft verankert werden. Als Vorbereitung hat die Betriebsgruppe Frensche einen Antrag auf Einrichtung einer Arbeitsgruppe zur Untersuchung der Arbeitsbedingungen an die Fachgruppe der HBV gestellt.

ÖTV-Kreisdelegiertenkonferenz Hannover:

Nur durch Kampfmaßnahmen werden die 170 DM durchgesetzt

Die Kreisdelegiertenversammlung hat am Montag, den 13.12.76, getagt. Es waren 155 Delegierte anwesend. Für die 22 000 Mitglieder des ÖTV-Kreisverbands Hannover haben sie einen Festbetrag von 170 DM für alle gleich, 300 DM Urlaubsgeld, Urlaubsverlängerung auf 23 Tage, mindestens aber einen Tag für alle mehr beschlossen. Die Laufzeit des nächsten Tarifvertrages soll 12 Monate betragen und Kündigungsrecht bei Erhöhung der Mehrwertsteuer. Für die Auszubildenden wurde die Forderung nach 100 DM mehr für alle aufgestellt und die 50 DM Vergütung, die bisher nur die Lehrlinge über 18 Jahre bekommen haben, sollen alle bekommen.

Auf der Versammlung wurde die Debatte um die Aufstellung der Tarifforderung geführt. Es gab fast nur Sprecher für einen Festbetrag um 170 bis 190 DM und gegen die falsche Prozent-Empfehlung des geschäftsführenden Hauptvorstands. Ein Kollege führte aus, daß die unteren und mittleren Gehaltsgruppen in ihrem Lebensunterhalt nur durch einen Festbetrag von 170 DM gesichert werden. Das ist vollkommen richtig.

In der Debatte stellte ein Kollege fest:

„Der geschäftsführende Hauptvorstand wird seine 8 % durchsetzen, wenn wir nicht die richtigen Maßnahmen ergreifen, sonst ist das alles nur Selbstonanie."

Weiter wurde auf den Stahltarifabschluß hingewiesen. Ein Kollege sagte sinngemäß: „Die Stahlarbeiter haben selbst die 6 % nur bekommen, weil Tausende von Arbeitern in den Warnstreik getreten sind. Wir werden die 170 DM nur durchsetzen können, wenn wir Kampfmaßnahmen dafür ergreifen." Im Anschluß an die Debatte stellte ein Delegierter folgenden Antrag:

„Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen, im Januar eine Kreisdelegiertenversammlung durchzuführen, um die Lage in der Tarifrunde und eventuelle Kampfmaßnahmen zu beraten." Der ÖTV-Kreisvorsitzende Kraayvanger hat daraufhin ins Feld geführt: „So nicht Kollegen, alles könnt ihr mit mir machen, aber so nicht. Das verstößt gegen die Satzung. Kampfmaßnahmen kann man auf dieser Ebene nicht beschließen. Das müßte auf Bundesebene erfolgen. Dieser Antrag kann nicht abgestimmt werden, weil er meiner Meinung nach satzungswidrig ist."

Breiter Protest, Buh-Rufe und Rufe nach Abstimmung waren die Antwort der Delegierten. Ein Delegierter, der Delegierter zum 8. ÖTV-Gewerkschaftstag gewesen ist, hielt Erich Kraayvanger entgegen: „So nicht, Kraayvanger, das ist zuviel, was du dir hier herausnimmst!" Kraayvanger: „Das hätte ich nicht von dir gedacht. Du als alter Haudegen." Erich Kraayvanger, der sich selbst gern als Sozialdemokrat bezeichnet, hat mit übler Spaltung die Abstimmung und Zustimmung auf dieser Versammlung für Kampfmaßnahmen noch einmal verhindert.

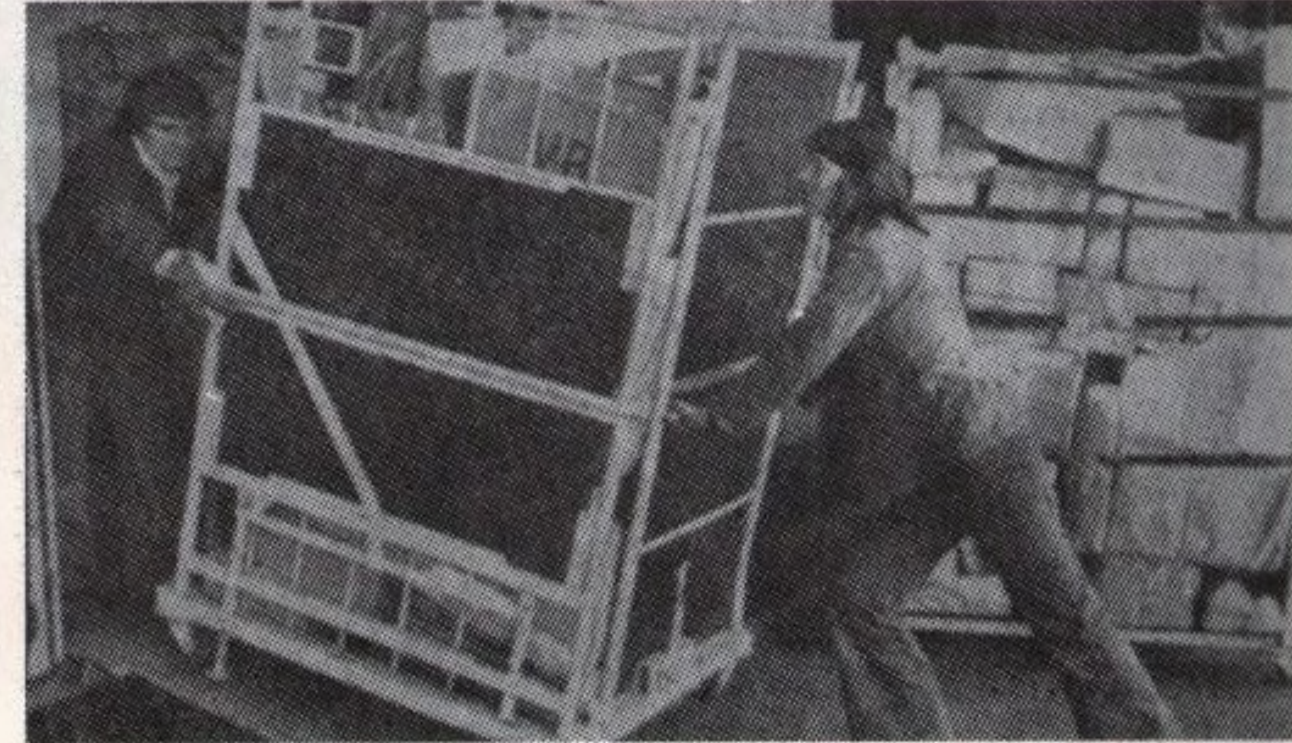
Der Kreisvorstand stellte den Antrag auf Überprüfung der Beschlußfähigkeit der Versammlung, worauf die über 20 Delegierten der ÜSTRA sich von ihren Sitzplätzen erhoben und zur Tür gingen. Daraufhin erklärte Kreisvorstandsvorsitzender Sommer die Versammlung für nicht mehr beschlußfähig und damit geschlossen.

Ein Prozentabschluß, wie ihn der geschäftsführende Hauptvorstand vorhat, nützt der Bourgeoisie. Er mästet die Antreiber, subventioniert die Unterdrückung und treibt die Lohnabhängigen ins Elend. Die Ideologie der Sozialdemokraten ist die Klassenversöhnung. Klassenversöhnung statt Klassenkampf hat stets die Unterwerfung der Interessen der arbeitenden Klassen unter die Bourgeoisie zum Ergebnis. Sozialdemokraten wie Kraayvanger kommen in ihrem Streben nach Klassenversöhnung auf solche Forderungen nach 8 %. Zur Durchsetzung dieser völlig falschen Forderung verbreiten sie, wo sie können, die Ideen der Versöhnung mit der herrschenden Klasse.

Wenn sie so gegen die Arbeiterbewegung nicht durchkommen, scheuen sie nicht davor zurück, den Zusammenschluß der Arbeiterklasse gegen die Kapitalistenklasse und ihren Staat zu unterdrücken. Dabei kommen sie sogar dahin, für satzungswidrig zu erklären, wenn Gewerkschafter sich für Kampfmaßnahmen gegen den Dienstherrn entscheiden sollten. Dies ist jüngst Erich Kraayvanger auf der Kreisdelegiertenversammlung passiert. – (g, Hannover)



Zu beziehen über:
Buchvertrieb Hager GmbH
DM 1.00



Während der Weihnachtszeit vergrößert sich die Arbeitshetze im Paketpostamt enorm. In Hannover werden 400 Arbeiter aus anderen Postbereichen im Paketpostamt eingesetzt, Teilzeitbeschäftigte sollen den ganzen Tag arbeiten.

Nur unter Festgeldforderungen kann man sich zusammenschließen

Hamburg. Die Mitgliederversammlung Amt für Jugend fordert 170 DM. Die DPG-Mitgliederversammlung Fernmeldeamt Nr. 3 fordert 180 DM. Die ÖTV-Mitgliederversammlungen der Allgemeinen Krankenhäuser Barmbek und Wandsbek fordern 180 DM. Der Vertrauensleutekörper des Universitätskrankenhauses Eppendorf empfiehlt 11 %, mindestens aber 200 DM zu fordern. Mitglieder und Vertrauensleute Berufsförderungswerk fordern 170 DM Festgeld. 170 DM Festgeld sowie die Beteiligung der GEW an den Tarifverhandlungen hat die GEW-Mitgliederversammlung Waldörfer Gymnasium gefordert. Die GEW-Mitgliederversammlung der Fachgruppe Gewerbeschule, die Mitgliederversammlung der gewerkschaftlich organisierten Berufsschullehrer und die Betriebsgruppe der GEW Seeredder-Schule fordern 170 DM Festgeld. Ebenso der AjLE und die Fachgruppe Gymnasien, die darüberhinaus die Beteiligung der GEW an den Tarifverhandlungen fordern. Für die Auszubildenden fordert die Mitgliederversammlung Krankenhaus Barmbek 60 Prozent der Festgeldforderung von 180 DM.

Westberlin. Der Vertrauensleutekörper der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte fordert 200 DM Festgeld. 170 DM Festgeld fordern Mitglieder und Vertrauensleute Rathaus Schöneberg. 195 DM Festgeld empfiehlt der Vertrauensleutekörper Bezirksamt Wilmersdorf. 180 DM Festgeld und 15 DM auf den Ortszuschlag fordert der Vertrauensleutekörper Bezirksamt Neukölln. ÖTV-Mitglieder und Vertrauensleute Bezirksamt Reinickendorf fordern 8 %, mindestens 150 DM. Der Vertrauensleutekörper Bezirksamt Kreuzberg fordert 250 DM Festgeld. Im Amt Senator für Inneres fordert der Vertrauensleutekörper 8 %, maximal 300 DM. Auf Bereichs- und Abteilungsversammlungen an den Kliniken Westend und Steglitz sowie dem Krankenhaus Spandau-Nord fordern die Mitglieder auf Bereichs- und Abteilungsversammlungen zwischen 170 und 180 DM Festgeld. Die Mitgliederversammlung Freie Universität beschloß 230 DM Festgeld, der Vertrauensleutekörper der Technischen Universität 190 DM Festgeld. Die GEW-Schulgruppe Grundschule Karl Krämer fordert 170 DM Festgeld und Beteiligung der GEW an den Tarifverhandlungen. Die GEW-Betriebsgruppe Hans-Böckler-Oberschule unterstützt in einem Antrag an die GEW-Mitgliederversammlung Kreuzberg die Forderung 175 DM Festgeld und verlangt Beteiligung der GEW an den Tarifverhandlungen. Die Jugendgruppe Klinikum Steglitz fordert 1 000 DM für alle Auszubildenden; die ÖTV-Mitglieder der Rathaus Schöneberg fordern 600 DM für alle Auszubildenden; Vertrauensleutekörper Technische Universität fordert 100 DM Lohnerhöhung für alle Auszubildenden.

Köln. ÖTV-Betriebsversammlung der Arbeiterwohlfahrt beschließt 180 DM Festgeld. Betriebsgruppe Universität fordert 180 DM Festgeld. Die Mitgliederversammlung des Rehabilitationszentrums der Unikliniken fordert 170 DM Festgeld; die GEW Fachgruppe Gesamtschule fordert 195 DM Festgeld, ebenso der AjLE in der GEW/Stadtverband.

Frankfurt. Mitgliederversammlungen der Änter der Stadtverwaltung: Gartenamt 8 % und Urlaubsgeld 150 DM für 1977 und 150 DM für 1978; Stadtplanungsamt / Technisches Rathaus 250 DM Festgeld, 300 DM Urlaubsgeld und 75 DM pro Kind; Stadtentwässerungsamt 10 %, mindestens 180 DM; Stadtbahnbauamt 12 %, mindestens 200 DM, maximal 400 DM; Steueramt 12 %, mindestens 220 DM; Friedhofs- und Bestattungsamt 9 %; Amt für Wissenschaft und Kunst 230 DM Festgeld; Amt für Regionale Planung / Untermain 180 DM Festgeld; Amt für Sozialforschung 230 DM Festgeld; Versorgungsamt mindestens 8 %; Ausbildungsamt 300 DM Festgeld, Auszubildende 900 DM für alle; Sozialverwaltung 250 DM Festgeld; Hochbauamt 12 %, mindestens 200 DM; Schulamt 12 %, mindestens 240 DM; Funktionärsversammlung Stadtverwaltung 10 %, mindestens 180 DM; Betriebsgruppe Rot-Kreuz-Krankenhaus 175 DM Festgeld; Uniklinik 12 %, mindestens 260 DM; Universität/Kernbereich 185 DM Festgeld; Hoechster Krankenhaus 170 DM Festgeld.

Stuttgart. Unterschriftensammlung der Betriebsgruppe Landesamt für Besoldung und Versorgung: 400 Unterschriften für 180 DM Festgeld (80 % der Beschäftigten); Betriebsgruppen Regierungspräsidium und Universität 200 DM Festgeld; Arbeiterwohlfahrt, Mitgliederversammlung Betriebsgruppen Jugend- und Sozialamt, Fachgruppe Erzieher und Fachgruppe Sozialarbeiter sowie die Mitgliederversammlung Jugendhaus e.V. fordern 220 DM Festgeld; Betriebsgruppe Staatstheater fordert 200 DM Festgeld; die Fachgruppe Bibliothekare fordert 180 DM Festgeld; Vertrauensleutekörper Straßenreinigungsamt beschließt 8 %, mindestens 100 DM; der Kreisjugendausschuß ÖTV fordert 850 DM für alle Auszubildenden.

München. Betriebsgruppe Kreisjugendring fordert 250 DM Festgeld, ebenso die Fachgruppe Sozialarbeit; Vertrauensleute und Mitgliederversammlung städtisches Krankenhaus Oberföhring beschließen 180 DM Festgeld.

Aus anderen Bezirken sind der Redaktion weiter folgende Beschlüsse von überbetrieblichen Funktionärsversammlungen und Kreisdelegiertenkonferenzen (KDK) bekannt:

Stormarn/Lauenburg: KDK fordert 170 DM Festgeld;
Braunschweig/Wolfenbüttel: KDK fordert 8 %, mindestens 120 DM;
Göttingen: KDK fordert 200 DM Festgeld;

Bottrop: KDK fordert 175 DM Festgeld;
Rüsselsheim: Vertrauensleuteversammlung öffentlicher Dienst fordert 200 DM Festgeld;
Mainz: KDK fordert 10 %, mindestens 200 DM;
Ludwigshafen: gemeinsame Vertrauensleuteversammlung Ludwigshafen, Speyer und Frankenthal fordert 8 %, 150 DM mindestens und 350 DM maximal;
Heidelberg: KDK fordert 8 %, mindestens 140 DM;
Freiburg: Kreismitgliederversammlung beschließt 170 DM Festgeld;
Konstanz: Kreismitgliederversammlung fordert 185 DM Festgeld;
Augsburg: Funktionärskonferenz beschließt 8 %, mindestens 180 DM;
in **Mannheim** und **Karlsruhe** haben die Delegierten der Kreisdelegiertenkonferenz den 8 %-Vorschlag des Hauptvorstandes abgelehnt; in den Betrieben und Dienststellen wird die aufzustellende Forderung noch beraten.

Anmerkung: Soweit nicht anders angegeben, sind die Forderungen des Hauptvorstandes nach Verlängerung des Urlaubs und Urlaubsgeld Bestandteil der Forderungen.

Wir drucken hier einen Teil der Beschlüsse über die Forderung aus Norddeutschland ab:

Bremen. Mitgliederversammlung des Finanzamtes West: 160 DM, 300 DM Urlaubsgeld, 25 Tage Urlaub, unabhängig von der Einstufung.

Braunschweig. Bauverwaltungsamt in der Stadtverwaltung Braunschweig: 180 DM, 30 DM für jedes Kind.

Kiel. Vertrauensleute Universitätsklinik: 170 DM und Urlaubsgeld.

Hann. Münden. Stadtwerke: 150 DM, mind. 300 DM Urlaubsgeld, gleicher Urlaub für alle

Göttingen. Kreisdelegiertenversammlung: Empfehlung an den KreisvorstandFestbetrag 200 DM, Urlaubsgeld 300 DM und 50 DM für jedes Kind. (200 DM werden gefordert „um 170 DM zu bekommen)

Stadtwerke, Verkehrsbetriebe: 150 DM, 300 DM Urlaubsgeld, mehr Urlaub

ÖTV-Vertrauensleute Kinderklinik: 170 DM, 300 DM Urlaubsgeld und 50 DM für jedes Kind

Hannover. Vertrauensleute und Mitgliede r versammlung Landes - sozialamt: 170 DM

Stadtreinigung: festgeld, 300 DM Urlaubsgeld, einheitlicher Urlaub

Vertrauensleute und Mitgliederversammlung MHH: 170 DM

Vertrauensleute Fuhramt: 170 DM

Stadtplanungsamt: 170 DM

Stadtentwässerungsamt: 170 DM

Vertrauensleute ÜSTRA: 8 %, mindestens 140 DM

Wilhelmshaven. Mitgliederversammlung Reinhard-Wieter-Krankenhaus: Festgeldforderung (noch keine Höhe festgelegt.

Lauenburg. Mitgliederversammlung des Städtischen Krankenhauses: 170 DM.

Storman. Kreisdelegiertenkonferenz unterstützt den Antrag des Städtischen Krankenhauses Lauenburg.

Obwohl viele Körperschaften der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes erst in den kommenden Tagen endgültig festlegen werden, welche Lohn- und Gehaltsforderung sie für geeignet halten, steht nach den bisherigen Beschlüssen bereits fest: Der „Vorschlag" des Hauptvorstandes ist durchgefallen. Er wird von den Mitgliedern nicht übernommen, wo dieser „Vorschlag" beschlossen wird, dort meist wie bei der GASAG in Westberlin.

40 der 1 700 Gewerkschaftsmitglieder trafen sich, die Mitgliederversammlung war vorsichtig angekündigt, fast geheim. Infolgedessen waren zur einen Hälfte Abteilungsleiter da und zur anderen Gewerkschaftsfunktionäre. Sie stellten fest, daß sie für die Hauptvorstandsforderung sind, weil man mit der „Sockelei" nicht weiter kommt. Sie, leitende Angestellte, freilich nicht!

Der Gewerkschaftssekretär Abteilung Energiewirtschaft machte aufmerksam, daß man Brudersolidarität mit den Stahlarbeitern üben müsse, die jetzt auch mit 6 % zufrieden wären.

Daraufhin wurde feierlich der Vorschlag des Hauptvorstandes abgesegnet. Doch nicht mal hier ganz. Die Angelegenheit wurde durch einen „300-DM-Kappungsbetrag" verkappt.

Bei den über 200 Beschlüssen, die wir für die nebenstehende Übersicht durchgesehen haben, waren überhaupt bloß 3 (drei) „unveränderte".

In den Gewerkschaften, die elementare Organisationen der Arbeiterklasse sind, auch wenn sie sich unter Herrschaft der Sozialdemokratie befinden, hat die Ansicht des Hauptvorstandes zu den Forderungen erhebliches Gewicht. Wie anders sollten sich die Hunderttausende, ja Millionen sonst einen? Das ist unendlich qualvoll und schwierig. Deswegen nehmen die Arbeiter allerhand in Kauf, um die Einheit vielleicht doch herstellen zu können auf Basis wenn schon nicht einer richtigen, überzeugenden, so wenigstens der *gleichen* Forderung.

Wenn diesmal die Forderung des Hauptvorstandes auf eine noch *nie* in den letzten Jahren dagewesene Ablehnung stößt, dann deswegen, weil sie so abgrundtief spaltet.

Der Hauptvorstand der ÖTV kann allerdings einen Pluspunkt bei seinem Werk der Verwirrung der Kampffront abbuchen. Obwohl die Ablehnung einheitlich ist, besteht noch keine Einheit über eine positive Forderung. Wenn es so bleibt, wird eine Spalterforderung mit Sicherheit aufgestellt.

Wir meinen deshalb, daß sich alle Belegschaften überlegen müssen, ob sie nicht ihre gefaßten Beschlüsse überprüfen, und die Forderungen unterstützen, die tatsächliche Einheit erlaubt. Das sind Forderungen von 170 bis 180 DM Festgeld. Die anderen Forderungen des Hauptvorstandes muß man übernehmen.

Uelzen. Mitgliederversammlung der Deutschen Postgewerkschaft im Fernmeldeamt: 80 DM und 4 %, mit knapper Mehrheit.

Westberlin. Der Hauptpersonalrat der Lehrer hat einer Dienstvereinbarung mit dem staatlichen Dienstherrn zugestimmt, nach der jeder Beamte zu Mehrarbeit verpflichtet ist, wenn „dienstliche Belange" es erfordern. Acht Stunden Mehrarbeit monatlich sind „zumutbar", bis zu drei Stunden unbezahlt, ab der vierten Stunde sind rückwirkend alle vier Stunden zu bezahlen. Im Bezirk Neukölln sind von den Lehrern in den ersten Monaten 1976 insgesamt 2 495 unbezahlte und 764 bezahlte Mehrarbeitsstunden abverlangt worden. Steglitzer und Neuköllner Personalräte wehrten sich heftig gegen diese Vereinbarung. Sie haben die Lehrer aufgerufen, kollektiv die Überstunden zu verweigern.

Braunschweig. Mit großer Empörung lasen die Bewohner des Schwesternwohnheims Salzdahlumerstraße, daß ab 1.1.77 die Mieten um 49 DM erhöht werden sollen. Bis jetzt kostete ein 26 qm-Appartement mit Kochnische und Duschbad schon 170 DM. Nach einem Tarifvertrag von 1974 ist festgelegt, daß die Mieten automatisch erhöht werden können, wenn sich die Sachbezugswerte für Wohnungen (mit Heizung und Beleuchtung) ändern. Für das 26 qm-Appartement bedeutet das, daß sich der Quadratmeterpreis von ca. 6.53 DM auf 8.46 DM erhöht. Der Mietpreis beträgt also dann anstatt 170 DM 219 DM. Das Erstaunen der Kollegen war groß, als sie lasen, daß diese Erhöhungen festgelegt sind in einem Tarifvertrag, der zwischen der ÖTV und dem Dienstherren abgeschlossen wurde.

ÖTV-Sekretär von Spiczak, darauf angesprochen, wußte nichts dazu zu sagen und zog es vor, sich ganz schnell zu verdrücken. Für die Kollegen ist klar: Diese Erhöhungen müssen vom Tisch.

Frankfurt. Spezielle Polizeitruppe gegen Jugendliche. In Frankfurt soll demnächst eine spezielle Polizeitruppe für Jugendliche eingesetzt werden, kurz JUPO genannt. „Es ist die Zielsetzung, bei jedem Frankfurter Revier einen Jugendpolizisten zu installieren, um damit einschlägige Kriminalität vorbeugend zu bekämpfen." (Frankfurter Rundschau, 15.12.76) „Die Arbeit der JUPOs soll nach den Vorstellungen der Polizei von einer zentralen Stelle, einem Jugendkommissariat, koordiniert und ausgewertet werden. Um ihren polizeilichen Auftrag zu erfüllen, sollen sich die Jugendpolizisten ‚ungezwungen', ... grundsätzlich in bürgerlicher Kleidung in der Jugendscene bewegen", „dort Vertrauen erwerben und damit die Funktion eines Mittlers zwischen Polizei und den mit der Jugendarbeit befaßten Personen übernehmen". (Frankfurter Rundschau)

Die Bewegung unter der Arbeiterjugend und der Schuljugend soll bespitzelt und kontrolliert werden. Jugendhäuser und Jugendzentren sowie Kneipen besser unter Kontrolle gebracht werden. „Hinweise über Bewegungen im Bereich der Jugendszene" sollen gesammelt werden. Die Mittlerrolle, damit ist gemeint, daß die Sozialarbeiter ihnen als Spitzelposten des bürgerlichen Staates unter der Jugend nicht mehr reichen, die Bourgeoisie beginnt mit der unverhohlenen Unterdrückung der Volksmassen. Das gleiche ist es, wenn der Magistrat Frankfurt „rät", daß zukünftig in den Straßenbahnen „Polizeibeamte in Uniform kostenlos fahren". „Die Uniform soll beruhigend wirken", heißt es in der „Frankfurter Rundschau". Je mehr der Kapitalismus verfault und verrottet, die Klassenkämpfe sich entwickeln, greift die Bourgeoisie zur offenen Unterdrückung der Volksmassen durch ihren staatlichen Gewaltapparat.

Leer/Emden. Im Arbeitsamtbezirk Leer sind momentan 797 Jugendliche arbeitslos gemeldet. Das sind 16,8% aller Arbeitslosen in diesem Bereich. Die IHK für Ostfriesland und Papenburg in Emden

Leer/Emden. Im Arbeitsamtbezirk Leer sind momentan 797 Jugendliche arbeitslos gemeldet. Das sind 16,8% aller Arbeitslosen in diesem Bereich. Die IHK für Ostfriesland und Papenburg in Emden

hat jetzt in einem „Regional-Sonderprogramm gegen die wachsende Jugendarbeitslosigkeit" gefordert:

1. Ausbildungsplätze in der Hotel- und Gaststättenbranche werden nur dann zur Verfügung gestellt, wenn der Berufsschulunterricht in einem Block im Winter abgehalten wird. Während dieser Zeit sollen die Jugendlichen in Internaten kaserniert werden.
2. Steuergelder verlangen die Werftkapitalisten, weil ihnen „wegen der schlechten Auftragslage nicht zuzumuten ist, allein für die Auslastung ihrer Ausbildungskapazitäten aufzukommen".
3. In der Metallindustrie sollen 2 neue Berufe, der Leichtberuf und der Metallwerker, eingeführt werden. Die Ausbildung soll dafür nur 2 Jahre dauern.

Vergeblich wollten Kapitalistenvertreter und Sozialdemokraten auf einer DGB-Versammlung dieses Programm schmackhaft machen: Die Jugendlichen sind aus dem Saal gegangen, weil ihre Kritik unterbunden werden sollte.

Norden. Auf seiner letzten Sitzung mußte der Stadtrat der Forderung der Jugendlichen nach einem selbstverwalteten Jugendzentrum zustimmen. 35 Jugendliche waren zu dieser Sitzung erschienen. Hatte die Stadt ihnen bisher zwar ein Haus zugestanden, so hatte sie jedoch mit allen Mitteln versucht, die Jugendlichen weiter unter Kontrolle zu halten, zuletzt, indem ihnen der Umbau des Hauses verboten wurde.

Kurse des Arbeitsamtes für Jugendliche ohne Lehrstelle erfüllen immer besser ihren Zweck: Sie sollen eine Berufsausbildung ersetzen bzw. verkürzen, den Kapitalisten Kosten abnehmen. Insgesamt hat sich die Zahl der Teilnehmer solcher Lehrgänge von 7 902 (1971/72) auf 24 846 (1974/75) verdreifacht; der Anteil derjenigen, die anschließend in eine betriebliche oder überbetriebliche Berufsausbildung genommen wurde, ist gleichzeitig von 53,5% (1971/72) auf 32,1% (1974/75) gesenkt worden.

Hamburg. In der Druckerei Nordoffset müssen die Jugendlichen 12 Stunden täglich arbeiten. Der Nordoffset-Kapitalist nutzt die Lage, daß massenhaft Jugendliche arbeitslos sind. Um die Rebellion der Auszubildenden gegen die 12 Stunden zu unterdrücken, bezahlt er ihnen 50 DM mehr in der Woche.

Förderung der Errichtung von Arbeitnehmer- und Jugendwohnheimen. Aus den Beitragsgeldern der Lohnabhängigen für die Arbeitslosenversicherung können sich die Kapitalisten die Arbeitnehmer- und Jugendwohnheime „fördern" lassen, d.h. beim Ausnehmen der jugendlichen Arbeitskraft zusätzlich schmieren lassen:

Die Höhe der Zuwendungen (§ 10) beträgt bei Jugendwohnheimen je Heimplatz bis zu 7 800,-- DM. Außerdem wird „für Rohbauarbeiten (...) innerhalb der Förderungszeit (...) für jede mit Mehrkostenzuschuß zu fördernde Arbeitsstunde ein Zuschuß von 3,50 DM gewährt." Bei einem Wohnheim mit 400 Plätzen kann der Kapitalist so an ca. 4 Millionen DM herankommen.

Die Unterbringung in den Wohnheimen nutzen die Kapitalisten, um den Lohn der jugendlichen Arbeiter zu kürzen: Krankenpflegevorschüler bekommen durchschnittlich 189,- DM als „Taschengeld".

Nichts Neues von der Regierung:

Spaltung der Jugend, damit sie besser ausgebeutet werden kann

„In Gesprächen mit den Ländern wird sich die Bundesregierung für die Einführung eines Berufsgrundbildungsjahres für alle Schüler einsetzen", heißt es in der Regierungserklärung von Schmidt. Damit ist das Programm der Bourgeoisie festgelegt. Es hat nur ein Ziel: möglichst frühzeitig und ungehemmt die jugendliche Arbeitskraft in den Fabriken auszubeuten. Das Programm der Reaktion setzt jetzt bundesweit fest, was vor einem Jahr mit diversen Hilfsprogrammen der Bundesregierung und der Länderregierungen für arbeitslose Jugendliche begonnen hat.

So heißt es im Hilfsprogramm für arbeitslose Jugendliche von Nordrhein-Westfalen zum Beispiel:

„Maximal 23 000 Schüler, für die im Sommer 1976 die allgemeine Schulpflicht endet, ohne daß sie weiterführende Schulen besuchen oder einen Arbeitsplatz finden, sollen ihre gesamte Berufsschulpflicht in Form eines geschlossenen Blocks ableisten."

„Die Schwierigkeiten, die Jugendlichen bei der Arbeitsplatzsuche durch den Berufsschulunterricht an zwei Wochentagen entstehen, sollen behoben werden",

heißt es in einem Schreiben des nordrhein-westfälischen Kultusministers weiter. Die Jugendlichen

„werden später – nach absolvierter Berufsschule und ohne Berufsschulpflicht – bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben".

Diese 23 000 Jugendlichen werden

rufsschule und ohne Berufsschulpflicht – bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben".

Diese 23 000 Jugendlichen werden

in den Schulen gehalten und tauchen dann als Arbeitslose nicht mehr auf. Eine Berufsausbildung erhalten sie damit aber noch lange nicht, sondern beim „Blockunterricht" oder, wie jetzt von Schmidt geplant, beim „Berufsgrundbildungsjahr" handelt es sich um „berufsfördernde Maßnahmen". Das heißt dann, daß nach einem Jahr die Berufsschulpflicht erloschen ist für die Arbeiterjugendlichen, und, weiterhin ohne Beruf, stehen sie ganzwöchentlich für die Kapitalisten als billige Arbeitskraft zur Verfügung. Die Kapitalisten haben dann erreicht, was sie wollen, die Berufsschulpflicht aufzuweichen, denn sie unterbricht unnütz die Schweißauspressung. Jugendliche, die weiter zur Schule gehen müssen, stellen die Kapitalisten gern ein, ist doch die Arbeitskraft billig und unverbraucht. Die Jugendlichen können als Lohndrücker eingesetzt werden. Das Programm der Bundesregierung entspricht ganz dem Profitstreben des Kapitals, nimmt den Jugendlichen jegliches Recht auf Ausbildung, weicht die Schulpflicht bis zum 18. Lebensjahr auf und macht die Jugendlichen ein Leben lang zu Hilfsarbeitern. Die diversen Hilfsprogramme, die diese Absichten des Kapitals unter dem Vorwand der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit unter der Jugend vorbereitet haben, haben nicht nur den Zweck, dem Kapital billige Arbeitskraft zuzuführen, sondern sind auch ein Mittel zur Spaltung der arbeitenden Jugend selber und zur Förderung der Konkurrenz untereinander.

führen, sondern sind auch ein Mittel zur Spaltung der arbeitenden Jugend selber und zur Förderung der Konkurrenz untereinander.

Die Tatsache der großen industriellen Reservearmee, die die arbeitslosen Jugendlichen darstellen, nutzen die Kapitalisten, um die Konkurrenz unter den Jugendlichen bei der Suche nach Lehrstellen zu schüren. Meldezettel sind in der Überlegung, um den Einfluß des bürgerlichen Staates auf die Jugendlichen zu vertiefen. Anders als in der Lehre, wo die Jugendlichen durch die verschiedenen Lehrjahre und die damit verbundene unterschiedliche Bezahlung nach Lehrjahren sowie durch Stufenausbildung aufgesplittert und gespalten werden, sind die arbeitslosen Jugendlichen zunächst erst mal alle gleich – arbeitslos. Die diversen Hilfspgrogramme, die die Bundesländer praktizieren, splittern die Jugendlichen aber sofort auf, je nach ihrem bisherigen Schul- oder Ausbildungsstand. Die einen werden sofort in die Fabriken geschickt, die anderen in das Berufsgrundbildungsjahr verfrachtet, wieder andere werden in einer Art Arbeitsdienst eingesetzt. „Einsatz Jugendlicher zur Erledigung von Aufgaben des Umweltschutzes, der Freizeitgestaltung und im Bereich der sozialen Dienste" heißt das dann. Das sind meist Jugendliche mit keinem Hauptschulabschluß oder Sonderschüler. Für ein paar Groschen sollen sie Dreck karren und Gartenanlagen säubern. Damit hat die Bourgeoisie Schwierigkeiten. Im „Handelsblatt" heißt es zu den Erfahrungen mit dem Hilfsprogramm von Nordrhein-Westfalen:

„Zugleich hat sich erneut erwiesen, daß die Problemgruppe der Schulabbrecher und

den Erfahrungen mit dem Hilfsprogramm von Nordrhein-Westfalen:

„Zugleich hat sich erneut erwiesen, daß die Problemgruppe der Schulabbrecher und

Sonderschüler an einer Berufsausbildung weithin desinteressiert ist. Das Gros dieser Gruppe, spätere Jungarbeiter, zeichnet sich durch Schulmüdigkeit, Lernunwilligkeit sowie das Bestreben aus, rasch Geld zu verdienen. Diese Gruppe bildet den harten Kern potentieller Jugendarbeitsloser."

Die zweite Gruppe sind diejenigen mit Hauptschulabschluß. Diese Gruppe wird direkt für die Arbeit in der Fabrik, für Band-, Schicht- und Akkordarbeit zurechtgetrimmt. So heißt es in einem Beispiel im Sonderprogramm für Arbeitsförderungsmaßnahmen der Bundesregierung:

„Ein Siebzehnjähriger, der nach dem Hauptschulabschluß mangels Ausbildungsplatz nur kurzfristig tätig war, ist seit einem Jahr arbeitslos. Er könnte beispielsweise an einem einjährigen Grundausbildungskurs für metall- oder holzverarbeitende Berufe teilnehmen. Sein Unterhalt würde nach einem fiktiv festzusetzenden Arbeitsentgelt wöchentlich etwa 144 DM betragen."

Das ist die weitaus größte Gruppe. Die dritte Gruppe sind diejenigen, die Hauptschulabschluß haben, arbeitslos sind und umgeschult werden in Achtwochenkursen. Die Hilfsprogramme für arbeitslose Jugendliche, die dann jeweils mit Finanzierungsprogrammen für die Kapitalisten verbunden sind, sind einzig und allein Mittel zum Zurechtstutzen für die Anforderungen der großen Industrie und deren Heißhunger nach Mehrarbeit sowie Instrument der Spaltung der arbeitenden Jugend zur Schürung der Konkurrenz untereinander. Das beginnt schon im Kindergarten. – (j.k.)

ment der Spaltung der arbeitenden Jugend zur Schürung der Konkurrenz untereinander. Das beginnt schon im Kindergarten. – (j.k.)

Antwort des IGM-Ortsvorstands Peine auf die Forderungen der Stahlarbeiterlehrlinge:

„Vom ersten bis zum letzten Satz eine Beleidigung"

Peine Heftige Auseinandersetzungen um den Lohn gab es in den letzten Wochen zwischen den Lehrlingen der Stahlwerke Peine und Salzgitter, Werk Peine, auf der einen Seite und der Werksleitung und den Sozialdemokraten in Betriebsrat und Gewerkschaftsführung auf der anderen: Die Lehrlinge hatten bei der Wahl ihrer Vertrauensleute als Forderung für den Tarifkampf 174 DM für alle und Anhebung aller Lehrjahre auf das 4. beschlossen. Einem Vertrauensmann der Elektoanlagenlehrlinge legten die Sozialdemokraten aus dem Ortsvorstand der IGM einen Revers vor wegen „Mitgliedschaft in einer gegnerischen Organisation". 22 der 23 anderen Auszubildenden schrieben darauf einen Brief, in dem die Ortsverwaltung aufgefordert wird, den gewählten Vertrauensmann umgehend zu bestätigen. Er hat sich nicht gewerkschaftsschädigend verhalten, sondern ihre Interessen vertreten, wie die Forderung nach 174 DM. Sie forderten weiter die Streichung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse, weil solch eine Politik die notwendige Gewerkschaftseinheit gegen die Kapitalisten spaltet.

Jetzt hat die IG-Metall-Ortsverwaltung den Elektroanlageninstallateuren in einem Brief geantwortet. Unterschrieben ist er vom Peiner Bürgermeister und 1. Bevollmächtigten der IG Metall Heinze. „Du hast mit 21 anderen Auszubildenden des 1. Lehrjahres der Elektroanlageninstallateure bei Peine und Salzgitter das Schreiben unterzeichnet, obwohl Du erst seit 1.8.1976, also seit rund 4 Monaten, in Berufsausbildung und noch nicht ganz so lange Gewerkschaftsmitglied bist. (...) Wir haben Verständnis dafür, daß Du die vielschichtigen Probleme noch nicht ganz durchschaust, wir hoffen aber gerade deshalb, daß Du für sachliche Argumente und Aufklärung zugänglich bist", beginnt er seinen Brief. Er spricht damit den Auszubildenden das Recht und die Fähigkeit ab, sich für die eigenen Interessen einzusetzen. „Vom ersten bis zum letzten Satz eine Beleidigung", sagte ein Lehrling. Im folgenden trägt Heinze eine ganze Fülle von „sachlichen Argumenten" vor.

„Wenn tarifliche Entlohnungen nach dem ‚Existenzminimum' bemessen werden könnten oder sollten, warum dann nur für die Auszubildenden? Warum nicht auch für die ‚Jungarbeiter', die doch vom Alter und vom Einkommen her den Auszubildenden sehr nahe stehen müßten? Wo bleibt die Solidarität? Warum nicht auch für alle Arbeiter und Angestellten? Da das Existenzminimum für eine kinderreiche Familie höher liegt wie für Ledige, müßten – trotz gleicher Arbeit und Leistung – die Löhne um so höher sein, je mehr Kinder der Arbeitnehmer hat. Welcher Arbeitgeber stellt dann noch einen kinderreichen Vater ein?"

Daß eine Arbeiterfamilie von vielleicht 1 200 DM netto oder in Schichtarbeit auch 1 500 DM netto kaum genug zum Essen hat, ist Ergebnis sozialdemokratischer Politik. Da die Herrschaft der Kapitalistenklasse unweigerlich die Tendenz zur absoluten Verelendung der Arbeiterklasse einschließt, ist das nur ein Argument für die Beseitigung des Lohnsystems, für den Sturz der Kapitalistenklasse. Es ist weiter ein Argument für den entschiedenen Lohnkampf, den die Sozialdemokraten mit allen Mitteln sabotieren.

Zudem ist doch gerade in den Tarifauseinandersetzungen durchgesetzt worden, daß der Altersabschlag für Jungarbeiter bei Peine und Salzgitter wegfällt, also ein Jungarbeiter bei gleicher Arbeit den gleichen Stundenlohn wie ein Arbeiter über 18 Jahre erhält.

„Früher mußten die Eltern dem ‚Lehrherrn' ein ‚Lehrgeld' für die Ausbildung ihrer Kinder zahlen", schreibt Heinze weiter. „Das will er wohl wieder", sagte ein Lehrling. Eine halbe Seite braucht Heinze im folgenden, um vorzurechnen, daß der Lehrlingslohn seit dem Zweiten Weltkrieg schon gestiegen ist. Wir sollen mit unserem Lohn zufrieden sein, denn anderen geht es schlechter – „Diese Ausbildungsvergütungen (gemeint sind die Ausbildungsvergütungen der Stahlindustrie Nordrhein-Westfalen, d. Verf.) liegen dann im 1. bis 3. Ausbildungsjahr immer noch unter den Ausbildungsvergütungen bei Peine und Salzgitter." Heinze beendet seinen Brief mit: „Nun mußt Du selbst entscheiden, ob Du realistisch gehandelt hast, als Du und Deine jungen Kollegen die Vertrauenleute aufgefordert haben, eine Erhöhung der Ausbildungsvergütung bis zu 299 DM, das sind 70 %, zu fordern." „Na, und", hieß es. Tatsächlich zeigt es nur, wie die Arbeitskraft der Lehrlinge unter Wert bezahlt wird. Der niedrige Lehrlingslohn drückt den Preis der Arbeitskraft der ganzen Klasse. Die Familie muß zubuttern. Die Lehrlinge haben sich deshalb für den Lohnkampf entschieden. Große Empörung hat der Brief unter den Lehrlingen hervorgerufen. „Daß sie Briefe als offene Drucksache geschickt haben, war auch Berechnung. Wir sollen jetzt Schwierigkeiten mit den Eltern bekommen", sagten einige. Einig waren sich die Lehrlinge, daß die Ortsverwaltung zu einem Gespräch ins Lehrjahrkommen soll, wo man sich mit ihrer Politik auseinandersetzen kann. – (w, Stadtzelle Peine)



Osnabrück Am 14.12. haben ca. 600 Schüler der Gesamtschule Schinkel eine Demonstration gegen den Stadtrat durchgeführt. Sie fordern den sofortigen Bau von neuen Räumen, da mehrere Klassen bereits im Keller oder auf dem Korridor in Notklassenräumen untergebracht sind.

Die Schüler der Gesamtschule wehren sich gegen die Unterdrückung an der Schule, zu der auch die erbärmlichen Raumverhältnisse gehören: Tests werden verweigert, gestreikt wird gegen die Unterrichtsmethoden einzelner Lehrer. Diese Gesamtschule ist das Renommierstück der Sozialdemokratie am Ort, ein Musterbeispiel der imperialistischen Bildungsreform, die Instrumente der Auslese sind hier aufs feinste ausgebildet: Zusammenfassung aller Schüler in „Stammgruppen", Trennung und Spaltung in „Differenzierungskursen". Die Bevölkerung des Stadtteils hat schon mehrfach diese Schulform angegriffen und kurz vor der Wahl fast den Bürgermeister aus einer Versammlung geschmissen, weil der behauptete, die Eltern wären Bauern, sie würden immer alles schwarz sehen. Da der Stadtrat es weiterhin ablehnt, neue Räume zu bauen, hat der Schülerrat der Gesamtschule über Streik beschlossen und fordert jetzt die einzelnen Klassen auf, Schulstreik zu beschließen.

Wer rebelliert, kommt auf die Sonderschule

Wilhelmshaven. In Wilhelmshaven platzen die Sonderschulen aus allen Nähten. Einige Klassen werden jeweils in Hauptschulgebäude ausgegliedert, andere machen „Schichtunterricht": eine Klasse von 8 Uhr bis 11 Uhr, die andere von 11 Uhr bis 14 Uhr. Die Sonderschüler werden besonders unterdrückt und schikaniert: In der Hauptschule Wasserturm dürfen die Sonderschüler nicht die elektrischen Nähmaschinen in der Schule benutzen, denn „bei den Bekloppten könnten sie ja kaputtgehen", meinte der Schulleiter. Tageslichtprojektoren dürfen für den Unterricht der Sonderschüler nicht eingesetzt werden. („Zu wertvoll!") Der Etat für den Zeichen- und Werkunterricht beträgt für eine Klasse im Jahr 30 DM.

Wenn irgendwo in der Schule was kaputtgeht, die Sonderschüler waren's. Das steht für den Schulleiter gleich fest. So soll die Spaltung unter den Schülern vertieft werden: Sind sonst die Hauptschüler der „Abschaum", so sind es bei den Schulen, in denen Sonderschulklassen ausgegliedert sind, eben die Sonderschüler. Die Sonderschüler werden wie Aussätzige behandelt. Sie dürfen die für sie zugelassenen Trakte in der Schule nicht verlassen und nicht Hauptschülerflure betreten.

„Beliefert" wird die Pestalozzischule vor allem von der Hafenschule, einer Hauptschule im Arbeiterviertel Bant. Der Schulleiter dieser Schule ist der 1. Vorsitzende der GEW Wilhelmshaven, Horst Taubenrauch. Dieser Herr ist ein besonderes Musterexemplar an Auslese und Unterdrückung der Schüler. Besonders von ihm unbequemen Schülern. Unbequem sind ihm rebellische Schüler. Schüler, die sich auflehnen gegen die Schule, Schüler, die z.B. schwänzen. Die schickt er zur Sonderschule. Meistens werden sie sogar zurückgeschickt. „Zu intelligent", heißt es dann. Aber Taubenrauch versucht es immer wieder: Und manchmal klappt's dann eben auch. Er pflegt dann zu den Schülern, die er abschiebt, zynisch zu sagen: „Du wirst dich auf der Sonderschule noch wundern!"

Dieser Mann ist bei den Schülern verhaßt. Nicht ohne Grund hat er auch Angst vor ihnen. – (f, Wilhelmshaven)

Trotz Gerichtsbeschluß mit vorläufigem Baustopp

Demonstrationen und Kundgebungen gegen das Kernkraftwerk Brokdorf

Am Freitag, dem 17. Dezember, hat das Verwaltungsgericht in Schleswig zunächst die sofortige Vollziehbarkeit der ersten Teilgenehmigung für das Kernkraftwerk Brokdorf ausgesetzt. Die Initiativen Umweltschutz Unterelbe begrüßen in einer Presseerklärung das Aussetzen der Bauarbeiten, halten aber gleichzeitig an den bisher aufgestellten Forderungen fest. Trotz der „neuen" Lage wurde ausdrücklich am Aktionstag gegen das Energieprogramm festgehalten. In Schleswig-Holstein und Hamburg wurden am 18.12.76 landesweit Aktionen durchgeführt.



Schlepperdemonstration in Brokdorf

Die Bauern der Wilstermarsch organisieren selbständig den Kampf

Am Samstagmorgen fand am Kraftwerksgelände eine Treckerdemonstration der Bauern aus der Umgebung statt. Sie war insgesamt im Kampf ein großer Schritt voran. Zum ersten Mal haben die Bauern selbstständig als Produzenten eines Teils des gesellschaftlichen Reichtums gemeinsam Kampfschritte gegen das Kernkraftwerk unternommen. So bildete sich eine Aktionsgemeinschaft Bauern gegen Atomkraftwerke. Sie stellten in dem Aufruf zur Demonstration fest, daß sie viele Jahre die Industrieansiedlungspolitik in dem Raum zugelassen hätten und daß sie nicht länger untätig zusehen könnten. Sie hätten versucht, mit wissenschaftlichen Argumenten das Kraftwerk zu verhindern, aber die Regierungen ließen in Brokdorf als Argumente für die Atomenergie Gummiknüppel usw. sprechen.

Weiter kündigten sie in der Presse an: „Um das Atomkraftwerk in Betrieb nehmen zu können, ist der Bau von Hochspannungsleitungen erforderlich. Erfahrungsgemäß wird unsere Feldarbeit durch diese Anlagen behindert. Eine gute Möglichkeit, unsere Betriebe vor Schäden durch Atomkraftwerke zu schützen, ist die Verhinderung des Baus dieser Leitungen. Dasselbe gilt auch für die geplante Wasserleitung zur Versorgung des Bauplatzes." (Norddeutsche Rundschau, 17. Dez.)

Die Behörden versuchten es zunächst mit Einschüchterung. Sie stellten in der Presse fest, daß die Demonstration 48 Stunden vor Bekanntgabe hätte angemeldet werden müssen, sie wäre aber erst 48 Stunden vor *Beginn* angemeldet worden. Solch Betrug ist notwendig, um zu spalten. Trotzdem marschierten am Samstagmorgen 80 Trecker, teilweise mit Anhängern und Jauchetanks am Platz auf. Die Staatsgewalt machte sich durch ihr Aufgebot an Polizei und Wasserwerfern gänzlich lächerlich. Das Manöver der Einschüchterung fing nicht, es steigerte lediglich den Haß. Da keine Kundgebung stattfand, sammelten sich einige Bauern nach der Demonstration, um sich gegenseitig zu beraten. In den Gesprächen kam dann deutlich heraus, was die Meinung zum Gericht ist. „Es ist ja alles gut und schön mit dem Urteil aus Schleswig, aber die Mauer in Brokdorf muß weg und nichts anderes. Die Maschinen und der Bau sollen endgültig ruhen."

Das Kreishaus in Itzehoe wird „gesichert"

Die Initiativen hatten festgestellt, daß man neben den Aktionen am Bauplatz auch dort Aktionen machen muß, wo sich der politische Gegner befindet. Dazu war der Aktionstag eine gute Möglichkeit. Die BUU-Gruppe Itzehoe bereitete sich auf eine Aktion am Samstag vor. Mit Schildern sollte durch die Stadt marschiert werden, Ansprachen gehalten und Lieder gegen das KKW gesungen werden. Weiter wollte man am Kreishaus eine Aktion machen, ist es doch die Residenz des Landrats, der behauptet hatte, die Sicherung des Bauplatzes in Brokdorf wäre eine normale. So ist man in Itzehoe daran gegangen, auch das Kreishaus einmal „normal" zu sichern. Am Eingang unter dem Kreiswappen wurde ein Schild hingehängt, auf dem stand, daß trotz des Gerichtsentscheides der Kampf weitergeht. Dann wurde Stacheldraht vor der Tür ausgerollt, ein Schild angebracht, auf dem stand – Kein Kernkraftwerk in Brokdorf! – und ein Atommüllfaß wurde niedergelegt und die Tür mit Aufklebern gegen das Kernkraftwerk versehen. Damit wurde ein erster Angriff auf einen der politischen Gegner durchgeführt. Man wird gespannt sein, wie die Bourgeoisie darauf reagiert. Es kann nur darauf hinführen, daß der Landrat sich lächerlich macht und seine Rolle deutlich herausstellt. (ub, Zelle Itzehoe)

Elmshorn. 11 von 12 Lehrlingen des 2. Lehrganges des Bundespost-Fernmeldezentralzeugamtes Elmshorn haben Stellung genommen zum Bau des Kernkraftwerks Brokdorf: „(...)Die NWK (Nordwestdeutsche Kraftwerke AG) kann ihre Gräben und Zäune noch so breit und hoch bauen, wenn die Bevölkerung kein Atomkraftwerk in Brokdorf haben will, dann wird es nicht gebaut. (...)Wir werden den Kampf gegen das Atomkraftwerk unterstützen und erheben die Forderungen: Kein Atomkraftwerk in Brokdorf! Sofortiger Baustopp! Sofortige Räumung des Baugeländes!"

Meppen. Am 9.12. und 16.12. fanden zwei vorbereitende Versammlungen für die Gründung einer Bürgerinitiative gegen die geplante Atommülldeponie und Wiederaufbereitungsanlage in Meppen statt. 180 Menschen waren sich einig: „Wir werden den Bau dieser Anlage verhindern!"

Cuxhaven. Bei Altenbruch bei Cuxhaven soll das bisher größte Kernkraftwerk der Welt entstehen, mit 4 Blöcken mit je 1 300 Megawatt. Der Stadtrat Cuxhaven hat dieser Planung bereits 1973 grundsätzlich zugestimmt, und über die Hälfte des Baugeländes befindet sich bereits im Besitz der NWK. Um den Kampf und Zusammenschluß der Bevölkerung gegen das geplante Kernkraftwerk voranzubringen, hat sich die „Initiative der Atomkraftwerksgegner Cuxhaven" gebildet. Auf der ersten Versammlung, an der über 100 Menschen teilnahmen, wurde beraten, am Tage der Behandlung des KKW Altenbruch im Stadtrat auf die Straße zu gehen.

Hannover. Vom 11.12. bis 17.12. fand in Hannover der wasserrechtliche Erörterungstermin für das Kernkraftwerk Grohnde statt. Das Verfahren ist noch nicht abgeschlossen und wird am 28.12. fortgesetzt. 3 600 Menschen hatten Einwände gegen die Nutzung der Weser für Kühlzwecke und damit auch gegen den Bau des Kernkraftwerks insgesamt erhoben. Am ersten Tag der Erörterung waren 1 000 erschienen.

Daß dieser Erörterungstermin ein großangelegtes Betrugsmanöver war, wurde schnell klar: Das Regierungspräsidium, das auch die Verhandlungen führte, hatte schon bei der Teilerrichtungsgenehmigung seine prinzipielle wasserrechtliche Einwilligung gegeben. Dieses wurde von einigen Rednern zusammengefaßt: „Hier wird nur dem Gesetz Genüge getan."

Nach der Mittagspause wurden dann die Forderungen erhoben: Baustopp in Grohnde und Fortsetzung der Erörterung nach dem Baustopp in Hameln an einem Wochenende, damit die Betroffenen und die Werktätigen teilnehmen können. Nachdem diese Anträge von den Vertretern des Regierungspräsidiums mehrmals abgelehnt wurden, wurde die Sitzung durch Lieder, Sprechchöre, Umzüge im Saal, Transparente und durch Besetzung des Podiums beendet. Nachdem die Vertreter des Regierungspräsidiums geflohen waren, beschlossen die noch etwa 600 Anwesenden, an dem Verfahren nicht weiter teilzunehmen.

Der Neue: Minister für Arbeit und Soziales

Der neu eingeschworene Arbeits- und Sozialminister Ehrenberg ist schon lange im Geschäft. Ehrenberg,

„der Bauernsohn mit dem runden Kopf und dem heimatlichen ostpreußischen Idiom" (Frankfurter Allgemeine Zeitung),

ist nicht sehr bekannt über die Kreise der Bourgeoisie hinaus. Darauf hat Ehrenberg auch Wert gelegt. Möglichst unauffällig im Hintergrund, dafür aber um so ausgekochter.

„Immer wo ich bin, passiert was Wichtiges" (Der Spiegel, 12.4.71),

behauptet er von sich. 1964 war er Leiter der volkswirtschaftlichen Abteilung in der IG Bau, Steine, Erden, 1968 im Wirtschaftsministerium unter Schiller, von 1969 bis 1971 Wirtschaftssprecher der SPD im Bundeskanzleramt, dann Staatssekretär bei Arendt.

„Ich mache die Konzepte, und der Minister verkauft sie",

verkündete er als Staatssekretär. Jetzt ist er selbst Minister. Seine Konzepte haben sich bewährt für die Bereicherung des Finanzkapitals.

„Die Ausarbeitung eines vermögenspolitischen Konzepts wurde für Ehrenberg zum ersten politischen Erfolg." (Süddeutsche Zeitung, 16. Dezember)

In seinem Buch „Lohnpolitik heute" schreibt Ehrenberg: „Natürlich darf die vermögenspolitische Ergänzung der lohnpolitischen Aktionen nicht einen Teil der Lohnforderungen ersetzen. Ihre Aufgabe muß vielmehr sein, den dort nicht durchsetzbar erscheinenden Bereich auszufüllen."

Was durchsetzbar „erscheint", bestimmt dann Ehrenberg und die Klasse, die er vertritt. Um Verzicht der Arbeiterklasse auf den Lohnkampf überhaupt geht es ihm, nicht um Ergänzung des Lohns. Gegenwärtig versuchen die Kapitalisten mit den Sozialdemokraten zur Seite die Arbeiter im Kampf um den Lohn mit dem „vermögenspolitischen Konzept" zu spalten.

Unter Schiller forderte Ehrenberg 1970 eine Lohnsteuererhöhung und Aussetzung der Investitionssteuer für die Kapitalisten. Schiller setzte „nur" den Konjunkturzuschlag durch, den Ehrenberg als „Bastard" bezeichnete, weil er ihm nicht reichte. Schiller ist damals als Minister abgesägt worden, Ehrenberg ist mit seinen Konzepten soeben Minister geworden.

Frühzeitig hat Ehrenberg erkannt, daß die scharfe Ausbeutung die Arbeiter vor dem 65. Lebensjahr in den Ruhestand zwingt. Aus dem frühen Verschleiß der Arbeitskraft hat er sogleich eine weitere Methode der Ausplünderung geschöpft. Die Frühverrentung mit einer Senkung der Rente zu verbinden, die „flexible Altersgrenze" ist dabei herausgekommen.

Ein passender Mann für die Pläne des Finanzkapitals ist Minister geworden. Der wenig bekannte Ehrenberg ist ein reaktionärer durchtriebener Hund, der jeder Möglichkeit, die Arbeiterklasse und das Volk weiter zu drücken und zu plündern, nachspürt.

Ärztekammer Hannover:

„Durchsetzung des neuen § 218 ist sehr schwierig"

Vor kurzem fand im Ärztehaus in Hannover eine Fortbildung der Ärztekammer statt für Ärzte, die nach dem neuen § 218 Sozialberater werden wollen.

Vertreter der Landesregierung und der bestehenden Beratungsstellen hielten Vorträge zur Anwendung des § 218, die nach Aussage des Staatssekretärs vom Niedersächsischen Sozialministerium „sehr schwierig ist".

Einig waren sich alle darin, daß die Schuld für die Abtreibung bei den Frauen und deren Familien liegt.

Staatssekretär Zille: „Bei einem Bruttosozialprodukt von einer Billion können wirtschaftliche Gründe für eine Abtreibung nicht ausschlaggebend sein.!"

Caritas-Direktor Schuld von den kirchlichen Beratungsstellen „pro vita": „Die größte Komplikation bei einer Schwangerschaft ist nicht die Frage des Geldes, sondern das Bedürfnis, sich einmal aussprechen zu können ...".

Nach Meinung dieses Haufens von ca. 100 Geldsäcken und Hilfspolizisten besteht bei der Durchsetzung des Abtreibungsverbots die Hauptaufgabe darin, „Vorurteile in der Öffentlichkeit abzubauen." Vorurteile z.B. gegen das Sozialhilfegesetz, nach Ministerialrat Hauenschild „ein modernes Gesetz der modernen Fürsorge".

Dazu, daß eine alleinstehende Frau mit einem Kind unter 3 Jahren 612 DM zum Leben kriegt und dafür noch beim Sozialamt betteln gehen muß, meinte Hauenschild: „Es wird eben erwartet, daß Abstriche im Lebensstandard gemacht werden, ob Auto und Telefon abgeschafft werden müssen, liegt im Ermessen des Sozialamts ...".

Pro-familia-Lorke: „Gerade bei jungen Leuten haben oft deren Eltern Schwierigkeiten, die Schwangerschaft zu akzeptieren, weil sie nicht wollen, daß ihre Kinder Sozialhilfeempfänger werden. Da muß viel Öffentlichkeitsarbeit geleistet werden, damit diese Vorurteile abgebaut werden!"

Allerdings verfängt der Betrug mit den Beratungsstellen nicht: Frau Lorke: „Ich bin etwas frustriert, 97-98 % der Frauen lassen sich trotz Sozialberatung nicht dazu bewegen, die Schwangerschaft auszutragen."

Erreicht werden soll über den Einsatz von Ärzten als Sozialberater, daß die Bespitzelung und Unterdrückung wenigstens reibungslos funktioniert. Die Ärzte sind vor allen Dingen an ihrem Geldbeutel interessiert, weswegen sie sich liebendgern als Hilfspolizist einsetzen lassen wollen. Gegen eine anonyme Beratung haben sie sich ausgesprochen, „weil dann ja jede Frau ihren Beratungsschein für 50 DM an andere verkaufen kann". Eine halbe Stunde lang diskutierten die Ärzte darüber, wie sie ihr Honorar bei den Beratungen verbessern können. Zille gab ihnen dann den Tip: „Man kann ja bei der Beratung auch mal den Blutdruck messen, dann ist die Finanzierung über die Krankenkasse klar." (Zelle Medizin, KHG Hannover/Red.)

Erhöhung der öffentlichen Tarife. In Westberlin hat der Senat in seinem Haushaltsplan für 1977 festgelegt, daß „eine Verbesserung der Haushaltssituation auch durch die konsequente Durchführung des vom Senat beschlossenen Konzepts für die Anpassung von Tarifen, Gebühren und Entgelten an die Kostenentwicklung (bewirkt werden soll)." Die „Anpassung an die Kostenentwicklung" besteht in der weiteren Ausplünderung der Volksmassen: Erhöhung des Gaspreises um 10 %, der Müllabfuhr um 20 %, der Straßenreinigung um 24 %. In **Göttingen** werden die Straßenreinigungsgebühren und in **Kiel** u.a. die Wassergebühren erhöht. **Landkreis Wesermarsch. Müllabfuhrgebühren erhöht.** Ab 1.1.77 will der Landkreis Wesermarsch die städtischen Müllabfuhren auflösen und mit der Müllabfuhr einen Privatkapitalisten beauftragen. Dadurch sollen die „Kosten" gesenkt werden. Wer für die Kostensenkung aufkommen soll, hat der Kreistag wie folgt festgelegt: Statt bisher 46,20 DM jährlich soll ein Zweipersonenhaushalt in Zukunft 57,60 DM zahlen, ein Vierpersonenhaushalt statt 60 DM nun 87,60 DM und ein Sechspersonenhaushalt statt 66 DM mindestens 113,40 DM für einen Müllgroßbehälter. Geplündert werden sollen also die Volksmassen.

Zum zweiten sollen die Müllwerker aufkommen mit ihrem Lohn. Die Müllarbeiter des Privatkapitalisten bekommen rund 300 DM monatlich weniger als die im Öffentlichen Dienst.

Der Ortsjugendausschuß der ÖTV Nordenham hat sich gegen diesen Raubzug gewandt.

„Ausgleichzahlung von Kinderlosen"

Für 280 000 DM hat Dr. Ferdinand Oeter erforscht, daß es einen „Geburtenstreik" gibt. „Die Kinderlosen und die Ehepaare mit weniger als zwei Kindern (schmarotzen) auf Kosten der Kinderreichen regelrecht."Deshalb schlägt Oeter vor, daß diejenigen, die weniger Kinder aufziehen, „als zur Bestanderhaltung erforderlich sind, zu einer Ausgleichszahlung herangezogen werden, die ihren Minderausgaben im Vergleich zu einem Ehepaar mit zwei Kindern entspricht. Als Bemessungsgrundlage bietet sich das steuerpflichtige Einkommen an". (Niedersächsisches Ärzteblatt, 12/76)

Bonn. Nach Auskunft des Bildungsministeriums wird der mit dem Haushaltsstrukturgesetz bereits um ein Jahr verschobene und dann für diesen Monat angekündigte Bericht der Regierung zur Überprüfung der BAFöG-Sätze nicht vor Januar öffentlich sein. Dazu Schmidt in seiner Regierungserklärung: „Die Bundesregierung wird 1977 die Ausbildungsförderung verbessern. Sie wird stärker auf soziale Kriterien und mehr auf Darlehensförderung ausgerichtet." Mit fast gleichem Wortlaut wurde vor einem Jahr die Zusammenstreichung der BAFöG-Zuschüsse nach dem Haushaltsstrukturgesetz von den Bourgeoispolitikern annonciert.

Göttingen. „Es herrscht Krieg", so charakterisiert der führende Reaktionär, Prof. Grauert, die Lage am Institut für Mathematik und Physik der Universität Göttingen. Das ist die Lage insgesamt an beiden Göttinger Hochschulen. Über 3 000 Studenten der Göttinger Universität haben am Montag vor einer Woche auf einer Vollversammlung nach einwöchiger Diskussion in den Lehrveranstaltungen Streik in der Zeit vom 14. bis 17. Dezember beschlossen. 800 Studenten der Pädagogischen Hochschule beschlossen ebenfalls Warnstreik für diese Woche. Der Streik richtet sich gegen den Entwurf der Landesregierung für ein niedersächsisches Hochschulgesetz und für ein Ausbildungsentgelt, von dem man leben kann. Am Donnerstag demonstrierten 7 000 Studenten von beiden Göttinger Hochschulen unter diesen Forderungen in der Göttinger Innenstadt. Auf der Vollversammlung der Pädagogischen Hochschule wurde beschlossen, in der ersten Januarwoche eine Urabstimmung über Fortsetzung des Streiks durchzuführen. An der Universität wird in der ersten Januarwoche nach den Weihnachtsferien über die Fortführung des Kampfes gegen das niedersächsische Hochschulgesetz und für ein besseres Ausbildungsentgelt beschlossen.

Braunschweig. Auch nach der achten Woche wird der Mensaboykott in Braunschweig weitergeführt. Das ist das Ergebnis der Urabstimmung in der Vergangenen Woche. 55,6 % stimmten für Weiterführung, 44,4 % für Abbruch bei einer Beteiligung von 46,2 %. Die bürgerliche Presse und die Reaktionäre an der Hochschule hatten vor dem Ergebnis gehetzt, daß der Mensaboykott doch nur von einer kleinen Minderheit unterstützt würde, der RCDS spielte sich dementsprechend als Demokrat auf und sammelte die Unterschriften für die Urabstimmung.

Nach dem Ergebnis der Urabstimmung scheint die Reaktion ratlos. Nach der Auszählung schlichen sich die Bourgeoisstudenten vom RCDS schnell davon, die Lokalpresse meldete es zerknirscht und der Geschäftsführer des Studentenwerks „bedauerte" die Fortführung des Boykotts.

Kiel. Eine Vollversammlung aller Kieler Studenten am 16.12. mit rund 1200 Teilnehmern beschloß mit großer Mehrheit die Durchführung einer Urabstimmung über Streik zur Unterstützung der Forderungen der ausländischen Studenten am Studienkolleg. Diese streiken nunmehr seit drei Wochen gegen die Schließung des Studienkollegs, für die

Kiel. Eine Vollversammlung aller Kieler Studenten am 16.12. mit rund 1200 Teilnehmern beschloß mit großer Mehrheit die Durchführung einer Urabstimmung über Streik zur Unterstützung der Forderungen der ausländischen Studenten am Studienkolleg. Diese streiken nunmehr seit drei Wochen gegen die Schließung des Studienkollegs, für die Wiedereingliederung des Studienkollegs in die Universität und die Wiedereinführung kostenloser Deutschkurse. Die Sozialdemokraten in den Kieler ASten waren gegen den Streik und für die Festlegung der Studenten auf die imperialistische Entwicklungshilfe aufgetreten. Dies wurde von der Vollversammlung eindeutig zurückgewiesen.

Resolution des Kongresses der Kommunistischen Hochschulgruppen und Kommunistischen Studentenbünde am 9./10. Oktober 1976
In:
Kommunismus und Klassenkampf
Nr. 7, November 1976

Stuttgart/Westberlin. Tausende von baden-württembergischen Studenten demonstrierten bereits Anfang der Woche gegen bekannt gewordene Pläne des Kultusministeriums, bis September 1977 1390 Stellen an den Hochschulen zu streichen. Nach den Ergebnissen einer Dienstbesprechung der Rektoren im Kultusministerium vom Montag soll dieser Plan „gestreckt" werden auf zunächst 900 Streichungen für 1977.

Der Westberliner Senator Löffler erklärte der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung", diese Maßnahmen seien nicht auf Baden-Württemberg beschränkt, sondern würden in allen Bundesländern vorbereitet. Sie entsprächen einem bereits vor der Wahl beschlossenen „Geheimpapier" der Finanzministerkonferenz, Beschlüssen der Kultusministerkonferenz und der Bund-Länder-Kommission. Sie sollen vorwiegend oder ausschließlich das Personal und die Studenten in den lehrerausbildenden Fächern treffen. Gleichzeitig veröffentlichte der „Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft", dessen Kuratoren die Kapitalistenverbände BDI, BDA und DIHT sind, ein Gutachten, in dem eine „straffere Gestaltung des akademischen Jahres" und u.a. die Einführung eines dritten Semesters gefordert wird. Die Erfahrungen bei der kapitalistischen Rationalisierung in der großen Industrie sollen angewandt werden auf die Organistion der Dressur der besitzlosen Studentenmassen an der Hochschule zu Bourgeoisfunktionären.

Westberlin

Die Streikkämpfe der Studenten und die Gratwanderung der Opportunisten

Über vier Wochen haben die Studentenmassen der Freien Universität gegen politische Entlassungen, Verschärfung der Studien- und Prüfungsbedingungen und das Ordnungsrecht gestreikt. In der ersten Dezemberwoche haben die Studenten der Pädagogischen Hochschule und der Fachhochschulen sich angeschlossen und in der letzten Woche die der Technischen Universität unter den Forderungen: Weg mit den politischen Entlassungen, Weg mit dem HRG und Ordnungsrecht, für ausreichendes Ausbildungsentgelt.

Der neue Präsident der FU, Lämmert, ist im Sommer mit den Stimmen aller Opportunisten gewählt worden. Der Kommunistischen Hochschulgruppe, die es ablehnte, diesen Bourgeois zu wählen, wurden damals vor allem vom KB (Nord) vielfach tausend Tode angedroht.

Der „Integrationspräsident", wie er genannt wurde, versucht jetzt vergebens, die Studentenbewegung unter die Knute des bürgerlichen Staatsapparates zu integrieren. Auf die erste Streikvollversammlung nach seinem Amtsantritt ist er gekommen, um es zu versuchen. Als erstes mußte er sich gefallen lassen, daß er auf die Rednerliste gesetzt wurde und vor ihm ein Vertreter der ZANU über den gemeinsamen Kampf der Studentenmassen und des Volkes von Zimbabwe gegen den Imperialismus redete. Lämmerts Rede wurde von Sprechchören „Lämmert raus" begleitet. Der Integrationsversuch scheiterte. Die „Gratwanderung, die hier zu leisten ist" (Lämmert im Interview mit dem „Tagesspiegel" vom 12.12.), endete damit, daß der Streik fortgesetzt wurde.

Die ganze Bourgeoispresse heulte, daß die Streikbewegung beendet werden müsse. Die Studenten der Technischen Universität haben in mehreren Fachbereichen beschlossen, daß das zentrale Rechenzentrum besetzt und stillgelegt gehöre. In den Manageretagen bei Siemens und AEG z.B. wären dann schon nicht unerhebliche Probleme aufgetaucht. Das ist die eine Angst der Bourgeoisie. Ihre Forschungs- und Planungsstätte wird durch den Streik der Studentenmassen empfindlich bedroht. Und außerdem: „Wenn diese Generation den großen Parteien entgleitet, entgleitet ihnen am Ende auch die Möglichkeit, die nächste Generation für ihre Fortexistenz und damit für das Fortleben unserer Demokratie zu gewinnen." (Lämmert im Tagesspiegel-Interview)

Freilich, für die Bourgeoisie ist es ein schwieriges Geschäft, die Lebenserfahrung der Kinder aus Arbeiter-, Angestellten- und Bauernfamilien so umzudrehen, daß hinterher Bourgeois-Beamte herauskommen, die sich bereitwillig gegen die Volksmassen einsetzen lassen. Das geht gar nicht. Der Kampf gegen die politische Unterdrückung wird geführt, die bürgerliche Wissenschaft wird angegriffen.

Nun rotten sich die Bourgeoispolitiker aller Schattierungen enger zusammen. Bereits Ende der sechziger Jahre haben etliche Assistenten am Otto-Suhr-Institut der FU der Bourgeoisie ihre Dienste erwiesen durch Herausspaltung aus der Studentenbewegung, Errichtung eines angeblichen Freiraums, wo wissenschaftlicher Sozialismus studiert werden könne. Eine Handvoll wohldotierter Assistentenpöstchen waren fortan der Altar, auf dem die Studentenbewegung all ihre Rechte und ihre Kampfkraft opfern sollte. Erneut ist jetzt die Initiative zur Spaltung der Studentenbewegung durch das Konzept eines UStA* (Unabhängigen Studentenausschuß), dem Programm nach eine Parteirichtung von SB/KB-(Nord)-Gemisch, vom Otto-Suhr-Institut ausgegangen. Wolf Wagner, Assistent am Otto-Suhr-Institut, hat den theoretischen Grundstein dazu gelegt. Die vereinigten Marxologen des OSI rühmen sich öffentlich, an die 10 000 DM für dieses Projekt gespendet zu haben. „Ohne uns marxistische Wissenschaftler und fortschrittliche Professoren ist die Studentenbewegung ein Nichts", das ist ihr Kassandraruf. Der KB (Nord) unterstützt das mit Fleiß. Kaum eine Vollversammlung, auf der er nicht aufgetreten ist, um für Streikabbruch zu plädieren: weil die Bewegung noch nicht so weit wäre, weil sie gerade auf dem Höhepunkt sei oder weil sie abbröckele, je nach Bedarf und Lage. Lämmert sagte auf der Vollversammlung der FU-Studenten, die Studenten könnten die gesellschaftlichen Zwänge nicht mit den Fäusten ändern, dazu seien sie in der Zahl zu gering. Wissenschaftssenator Löffler hat in einem Brief an die Studenten geschrieben, die Studenten müßten von der Arbeiterbewegung lernen, daß sie gar nicht streiken könnten, weil sie ja nicht produzierten. Letzten Dienstag haben sich zwei UStA-Führer mit Prof. Dr. Ernst Nolte, Fachbereichsvorsitzender am Fachbereich Geschichte und führendes Mitglied der „Notgemeinschaft Freie Universität", getroffen und über das „Leben nach dem Streik" verhandelt, den sie schon als beendet sehen, obwohl die Vollversammlung der FU-Studenten beschlossen hat, ihn am 13. Januar wieder aufzunehmen.

Nolte verlangte zuerst, daß die beiden sich von denjenigen distanzieren, die die Professoren in den Seminaren wegen ihrer Wissenschaft angreifen. Die beiden Unterhändler des UStA verwiesen eilfertig auf ihre Zeitung „Meinecke Volkszeitung", in der sie schon von Anfang an einen Kampf gegen die „K-Gruppen" führten. Der zweite Punkt, auf den sie sich einigten, war, daß die vier Strafanzeigen, die gegen KHG-Genossen gestellt wurden, aufrechterhalten bleiben. Ein UStA-Mitglied erklärte auf einer Streikratsitzung: Solidarität mit den Betroffenen von der KHG nur zu unseren Bedingungen, sonst üben wir gar keine Solidarität. Drittens sollen die ausgefallenen Seminare so weit wie möglich nachgeholt werden. Nolte sollte dafür darüber verhandeln, daß ein „Marxist" auf eine freiwerdende Hochschullehrerstelle berufen wird. Der Dozent am Otto-Suhr-Institut, Agnoli hatte dem einen UStA-Unterhändler , einem Gerd-Ulf, auf einer Diskussionsveranstaltung auch schon bescheinigt, „frisches Blut für die Akademie und ein kleiner Ordinarius" zu sein.

Also, die kleinen und die großen Ordinarien sowie alle, die darauf reflektieren, sind sich einig: Die Studentenbewegung soll möglichst rasch und gründlich unterdrückt werden. Die bürgerliche Wissenschaft soll, wenn es sein muß unter sonstwas für Deckmänteln, ungestört betrieben werden können. Die Altvaters, Agnoli etc. sind der Bourgeoisie nützlich, weil der wissenschaftliche Sozialismus unter den Studentenmassen Interesse findet und Respekt hat. Über die Gewerkschaftsbewegung in Italien und die Möglichkeiten der BRD-Imperialisten, sowohl der italienischen Bourgeoisie Anweisungen zur Unterwerfung der Arbeiterbewegung zu geben als für die künftigen Klassenkämpfe im eigenen Land daraus Schlüsse zu ziehen, kann schwer von einem offenen Reaktionär geforscht werden. Das Seminar würde über kurz oder lang hochgehen, weil die Unterstützung der Arbeiterbewegung durch die Studentenmassen groß ist. Sowas muß tunlichst ein Marxologe machen. Den braucht man ja dann auch nicht zu bestreiken und so hat Altvater seine Seminare auch während des Streiks abzuhalten versucht. Das hat er nicht durchhalten können.

Gleichzeitig soll mit aller Macht vom Wesentlichen abgelenkt werden, davon, daß die Studentenbewegung ihre Kraft konzentriert im Kampf gegen die Unterdrückung, gegen das BAföG und für höhere Bezahlung der Ausbildung. Die Bourgeoisie weiß durchaus, wo der Sprengsatz in der Studentenbewegung steckt. Wissenschaftssenator Löffler hat einen Brief an Helmut Schmidt geschrieben, in dem er bittet, die BAföG-Sätze zu überprüfen. Lämmert sagte auf der Vollversammlung in der FU, heute sei die Studentenbewegung ja gar nicht mehr revolutionär, es ginge ihr nur noch ums Geld. Der KB (Nord) hat am Dienstag in der Mensa der TU eine Wandzeitung aufgehängt, in der er vom „Sozialkrampf des KBW" faselte und meinte, die Studenten hielten nichts vom Kampf gegen das BAföG.

Die KB-(Nord)ler scheinen es dick genug zu haben. Der Zweck der Übung ist, vom Wesentlichen abzulenken und die Studentenbewegung zu zersplittern und zu spalten.

Deswegen auch die Begeisterung für die sogenannte „Unorganisiertheit". Der „Tagesspiegel" vermerkt hoffnungsvoll, daß nicht mehr die kommunistischen Organisationen, sondern die Unorganisierten dominieren würden. Lämmert wurde als „parteipolitisch nicht gebunden" gefeiert. Der UStA reitet auf der gleichen Welle. Die Studentenbewegung jedoch schließt sich zusammen und organisiert ihre Kraft. Innerhalb von zwei Semestern haben sich an ca. 40 Fachbereichen und Instituten der Westberliner Hochschulen Institutsgruppen und Fachbereichsinitiativen gebildet. Der Kampf für den Wiederaufbau der Verfaßten Studentenschaft wird geführt. Der UStA konnte nur deshalb überhaupt einen Hauch von Zustimmung bekommen, weil er sich als Vorläuferorganisation eines späteren AStA und Zusammenschluß zur Erkämpfung eines AStA ausgibt. Der ganze abenteuerliche Blödsinn der Opportunisten strebt Desorganisation und Desorientierung der Studentenbewegung an, um sie zu unterdrücken und zu beherrschen. Abenteuerlicher Blödsinn zwar, aber hier gilt es die Devise von Mao Tsetung zu beherzigen: Für alles Reaktionäre gilt, daß es nicht fällt, wenn man es nicht niederschlägt. – (dz, Westberlin)

* Aus dem Programm des UStA: „Die Studienkollektive haben die Funktion, das vom Lehrbetrieb produzierte fachliche, politische und berufsorientierte Defizit auszufüllen und die entwickelten Ergebnisse einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen."

„Wenn diese Generation den großen Parteien entgleitet, entgleitet ihnen am Ende auch die Möglichkeit, die nächste Generation für ihre Fortexistenz und damit für das Fortleben unserer Demokratie zu gewinnen." (Lämmert im Tagesspiegel-Interview)

ten, weil sie ja nicht produzierten. Letzten Dienstag haben sich zwei UStA-Führer mit Prof. Dr. Ernst Nolte, Fachbereichsvorsitzender am Fachbereich Geschichte und führendes Mitglied der „Notgemeinschaft Freie Universität", getroffen und über das

gung durch die Studentenmassen groß ist. Sowas muß tunlichst ein Marxologe machen. Den braucht man ja dann auch nicht zu bestreiken und so hat Altvater seine Seminare auch während des Streiks abzuhalten versucht. Das hat er nicht durchhalten können.

nicht niederschlägt. – (dz, Westberlin)

* Aus dem Programm des UStA: „Die Studienkollektive haben die Funktion, das vom Lehrbetrieb produzierte fachliche, politische und berufsorientierte Defizit auszufüllen und die entwickelten Ergebnisse einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen."

Gunter Freiherr von Künsberg:

„Der Student hat kein Streikrecht"

Die Bourgeois fürchten die Streikaktionen der Studenten und wollen sie unterdrücken. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" hat das anerkennend berichtet und für dies Vorhaben jetzt leserbriefliche Unterstützung gegeben. Gunter Freiherr von Künsberg aus Heidelberg schreibt unter der Überschrift „Der Student hat kein Streikrecht":

„Die wohl meisten Hochschulgesetze der Länder sind der studentischen Forderung auf mehr studentische Mitbestimmung nachgekommen und haben die Universitäten von Anstalten des öffentlichen Rechts in (Personal-)Körperschaften des öffentlichen Rechts umgewandelt (vergleiche zum Beispiel Paragraph 10 baden-württembergisches Hochschulgesetz). Dies hatte zur Folge, daß die Studenten, die ehemals Benutzer der Einrichtung Universität waren, nunmehr den Status als Mitglieder bekamen (so zum Beispiel Paragraph 11 Hochschulgesetz Baden-Württemberg). Dieses Mitgliedsrecht berechtigt die Studenten zur Mitverwaltung in den dazu vorgesehenen Universitätsgremien. (...)

Der Arbeitnehmer hingegen ist nicht ‚Mitglied des Unternehmens' und hat dementsprechend weniger Mitwirkungsrechte. Er muß seine Forderungen notfalls mit dem Mittel des Streiks durchsetzen. Der Student hingegen ist Mitglied des ‚Unternehmens Universität' und kann seine Forderungen durch aktive Wahrnehmung seines Mitgliedschaftsrechtes wahrnehmen, das heißt wählen und dadurch mitbestimmen." (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14. Dezember 1976)

Der wahre Kern imperialistischer Reformgesetze, vor allem ihrer „Mitbestimmung", wird von Künsberg enthüllt. Er als Bourgeois hat nichts übrig für den Streik der Arbeiter und wird einer der eifrigsten Befürworter der weiteren Einschränkung des Streikrechts sein. Aber als Argument gegen die Studentenbewegung taugt ihm der Vergleich zum Verhältnis des Lohnarbeiters zum Kapitalisten schon. Die Bourgeoisie hat vor, einen Rechtsstatus der Studenten durchzusetzen, der sogar noch über die Entrechtung der Beamten hinausgeht. „Rechte und Pflichten" hat das Mitglied, heißt es im Hochschulrahmengesetz. Hauptpflicht ist:

„Alle Mitglieder und die ihnen gleichgestellten Personen haben sich, unbeschadet weitergehender Verpflichtungen aus einem Dienst- und Arbeitsverhältnis, so zu verhalten, daß die Hochschulen und ihre Organe ihre Aufgaben erfüllen können und niemand gehindert wird, seine Rechte und Pflichten an den Hochschulen wahrzunehmen." (§ 36)

Verboten, von den Professoren, den Ordnungsbeamten und der Polizei verfolgt und mit Relegation bedroht ist die „Störung" der imperialistischen Unterdrückung und Indoktrination, hätten sie auch schreiben können. Während der Professor, der den Studenten durch die Prüfung fallen läßt, seine „Pflicht" tut, hindert der Student, der eine solche Prüfung z.B. „stört", den Professor an der „Pflichtausübung".

Der deutliche Hinweis des Freiherrn auf die mit Einführung der „Mitgliedschaft" im imperialistischen Unterdrückungsapparat Hochschule verbundenen Rechtlosigkeit und Abhängigkeit der Studentenmassen ist Anzeichen für den raschen Verschleiß, dem die reaktionäre – von den Opportunisten als fortschrittlich verkaufte – Ideologie von der Zusammenarbeit mit den Hochschulbeamten ausgesetzt ist.

Die Kämpfe der Studenten setzen die Notwendigkeit des uneingeschränkten Koalitionsrechtes auf die Tagesordnung. Wie sollen die Studentenmassen mit ihren Unterdrückern auch „gemeinsam" handeln?

Die Fachschaftsgruppen bereiten die Studentenparlamentswahlen vor

An der Universität Kiel gehen die Fachschaftsgruppen jetzt daran, zu den bevorstehenden Wahlen zu den Vertretungsorganen der Studenten eine Kandidatur der Fachschafts- und Institutsgruppen auf einer einheitlichen Liste vorzubereiten. Zwei Fachschaftsgruppen, die der Agrar- und der Germanistikstudenten, hatten die Initiative ergriffen und an alle Fachschaftsgruppen den Vorschlag einer gemeinsamen Kandidatur sowie eines kurzen Programms gemacht.

Im Aufruf der beiden Fachschaftsgruppen zu einer Fachschaftsgruppenvollversammlung zur Beratung dieses Vorschlags heißt es: „Daher haben wir den Vorschlag eines Programms aufgestellt, das eine Richtschnur für unsere Arbeit und für die Aufgaben unserer Vertreter darstellen soll. Wir werden selbst dafür mit einer Kandidatur zu den Gremien- und Studentenparlamentswahlen eintreten." Das Programm enthält die Forderungen nach gesetzlicher Verankerung des Einspruchrechts der gewählten Studentenvertreter gegen alle Maßnahmen, die die Studien- und Prüfungsbedingungen betreffen, materieller Gewährleistung des Studiums durch den Staat, soweit die Eltern ihren Kindern das Studium nicht finanzieren können, uneingeschränkter Meinungsfreiheit, uneingeschränktem Recht auf Versammlung, Streik und Organisation, gesetzlicher Verankerung der Verfaßten Studentenschaft mit politischem Mandat, Satzungs- und Finanzhoheit sowie Übernahme aller Referendarsanwärter in die zweite Ausbildungsphase. Der Vorschlag der beiden Fachschaftsgruppen, der von den Kommunisten unterstützt wird, stieß auf große Zustimmung. Fast alle der 20 Fachschaftsgruppen der Universität waren gekommen, um ihn zu beraten.

Die Mehrheit der Fachschaftsgruppen hat sich inzwischen für die Kandidatur zu den Hochschulgremienwahlen auf der Grundlage eines solchen Programms ausgesprochen. Für die Studentenparlamentswahlen, zu denen die Kandidaten etwas später aufgestellt werden, muß darum weiter der Kampf geführt werden gegen die opportunistischen Strömungen in der Studentenschaft, die dies verhindern wollen. Während die Sozialdemokraten und die DKP-Studenten gegenwärtig noch auf die wenig aussichtsreiche Hoffnung setzen, eine Liste der Fachschaftsgruppen werde nicht zustandekommen, wollen die Opportunisten der politischen Richtung des Sozialistischen Büro und des Magazins ‚Arbeiterkampf' die sich herausbildende Einheit mit allen Mitteln zersetzen. Nachdem sie anfangs mit Anträgen auf Vertagungen der Fachschaftsgruppenvollversammlungen wegen angeblicher Beschlußunfähigkeit nicht durchgekommen waren, wollen sie jetzt keine einzige der in zahlreichen Kämpfen für den Zusammenschluß der Studentenmassen gegenüber dem bürgerlichen Staat bereits bewährten Forderungen mehr aufstellen. Stattdessen sollen die Studenten sich zusammentun in einer „Einheit über alle Differenzen hinweg" und gerade noch versuchen, die Maßnahmen des bürgerlichen Staates zu „unterlaufen".

Die zu den Gremienwahlen erreichte Aktionseinheit der Fachschaftsgruppen zeigt jedoch, daß diese Manöver zum Scheitern gebracht werden können. – (os, Kiel/Red.)

Weihnachtsfeiern in der Armee

Kein „Geist der Kameradschaft mit den Offizieren"

Speyer. „Der Kommandeur ist in Sorge, weil wieder einmal alle Arrestzellen belegt sind", waren die Worte, mit denen der stellvertretende Kommandeur des Pionierbataillons 12 den Bataillonsappell anfing. Es häufen sich in letzter Zeit die Fälle, wo die Soldaten als Reaktion auf den scharfen Druck und die Schikane unerlaubt der Truppe fernbleiben. Das letzte Vierteljahr war die reine Qual. Erst das Manöver „Hohle Gasse", dann die Prüfstufe C in den letzten Wochen. Da wurden die Fahrzeuge, an denen das ganze Jahr nichts gemacht wurde und mit denen man gerade im Manöver war, einer kleinlichen Prüfung unterzogen. Festgestellte Schäden mußten praktisch über Nacht behoben werden. Insbesondere der Instandsetzungszug der Kompanie mußte täglich und am Wochenende Zusatzdienste schieben. In einer Woche täglich bis 22 Uhr. In einer anderen Woche täglich bis 2 Uhr morgens. „Die Fahrzeuge werden auf Hochglanz gebracht, um die Mannschaften zu schikanieren", diese Ansicht setzt sich immer mehr durch. Wenn auch der Instandsetzungszug acht Tage Dienstausgleich für drei Wochen Prüfstufe C erhalten hat, gleicht dies bei weitem nicht aus, was an Nerven, Muskeln und Hirn vernutzt wurde.

Die Offiziere haben die Kompanie zur Weihnachtsfeier befohlen. Sie versuchen die große Verbrüderung. Dazu haben sie weiße Tischdeckchen aufgelegt und ein annehmbares Essen kochen lassen. Angekarrt haben sie amerikanische und französische Offiziere sowie ausgesuchte Mannschaftssoldaten, die sie zwischen uns Soldaten setzen wollten. Freiwillig machte kein Soldat denen Platz: Es gibt weder die Verbrüderung mit den eigenen imperialistischen Offizieren noch mit denen aus den USA oder Frankreich.

Der „Schleim", wie die Soldaten die Offiziere nennen, sitzt an einem eigenen Tisch. Der Kommandeur spricht. In diesem Jahr hätten wir gut den Frieden gesichert, im nächsten Jahr müßten wir das noch besser tun. Er kündigt an vier bis fünf Manöver und eine verstärkte Zusammenarbeit dabei mit den verbündeten Streitkräften. Ein Großteil der Soldaten hört überhaupt nicht zu. Der Rest weiß, was mit diesen Manövern auf sie zukommt – weitere Entrechtung und Schikane, Abrichtung zum Befehlsempfänger. Die Sanitäter, die im entschiedenen Kampf gegen die Offiziere in der Frage des Dienstausgleichs stehen, klatschten fast geschlossen nicht.

Besonders widerlich ist den Soldaten die Tatsache aufgestoßen, daß der Instandsetzungszug verdreckt und im Arbeitsanzug zur Weihnachtsfeier kommen mußte. Der Kompaniechef spielte sich als Vater auf: Wer den Geruch nach Schweiß und Öl nicht ertragen könne, der könne ja gehen. Dabei hat er sie bis kurz vor der Weihnachtsfeier schaffen lassen.

4 Soldaten gehen vor Ende der Weihnachtsfeier. Nach dem Essen können sie den Geruch dieses „Schleims" nicht mehr ertragen. Es gibt diese Verbrüderung nicht. – (Soldat w., Speyer)

Ab 15 Uhr „Feiern befohlen"

Koblenz. In der Woche vor Weihnachten ließ der Bataillonskommandeur des Fernmeldebataillons 310, in allen Kompanien Weihnachtsfeiern durchführen. Ab 15 Uhr nachmittags war „Feiern befohlen". Der Dienstplan wurde zu diesem Zweck extra um eine Stunde verlängert. Angetreten werden mußte im kleinen Dienstanzug. Es gab Spießbraten, Glühwein und für jeden zwei Flaschen Bier.

Auf den Zweck der Feier kam der Bataillonskommandeur in seiner Tischrede zu sprechen. Er lobte die gestiegene Einsatzbereitschaft der Fernmeldetruppe während des letzten Jahres und beschwor nachdrücklich die „Kameradschaft zwischen Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften". Gleichzeitig erfuhren wir, daß im nächsten Jahr noch mehr geübt wird, um den „Auftrag" besser zu erfüllen. Im März die dreiwöchige Fernmeldeübung „Wintex 77", im Herbst die Volltruppenübung des 3. Korps, dazwischen mehrere Stabsrahmenübungen, Schießübungen und Fernmeldegefechtsübungen. Insgesamt wird das Bataillon mehr als zwei Monate im Gelände den Ernstfall üben. Abermals soll dabei die Einsatzbereitschaft gesteigert werden. Was das für die Mannschaften heißt, und welche Rolle dabei die „Kameradschaft" zwischen uns und den Offizieren spielt, wissen wir nur zu gut. Auf der Fernmeldeherbstübung „Bundeswehr 76" war ein Teil der Mannschaften in Zelten und Scheunen ohne Heizung untergebracht. Während die Offiziere sich in Gaststätten und Pensionen eingemietet hatten. Als Standort für den Gefechtsstand „Rück" war ein Gästezimmer mit Farbfernseher „erkundet worden", die Fernschreiber dagegen hatten rund um die Uhr eine Woche Schichtdienst. Aus Personalmangel wurden jedoch nur zwei Schichten gefahren. Also zwölf Stunden pro Schicht. Oft genug kam es vor, daß Soldaten, die gerade ihre Schicht hinter sich hatten, schon nach zwei Stunden wieder aus dem Schlaf gescheucht wurden. Beim Gefechtsstand „Haupt" waren zum Teil trotz der Kälte keine festen Unterkünfte vorhanden. Nach ein paar Tagen fiel ein halbes Dutzend Mann aus wegen schwerer Erkältung. Andere, die dem entgehen wollten, schliefen im Unimog bei eingeschalteter Schwingfeuerheizung. Sie ernteten dafür einen Riesenanschiß von einem Hauptmann, da das Schlafen bei laufender Heizung streng verboten ist. Der Grund ist der, daß die Heizung in der Regel so undicht ist, daß giftiges CO-Gas in den Betriebsraum gelangt. Tagsüber wird die Heizung dennoch betrieben. Man geht davon aus, daß eine Vergiftung dann noch rechtzeitig bemerkt wird.

Man sieht: Den Offizieren sind die Soldaten, letztlich auch ihr Leben, nur so viel wert, wie zur Erfüllung des „militärischen Auftrags unbedingt erforderlich ist". Große Sorgfalt legten diese Herren lediglich darauf, selbst ein möglichst angenehmes „Leben" im Felde zu haben. Der neue Fernmeldekommandeur des 3. Korps, Beilicke, gilt als ein „Mann des Zeltes". Man muß damit rechnen, daß es im nächsten Jahr für die Mannschaften überhaupt keine festen Unterkünfte mehr geben wird. Auch in der Zeit zwischen den Übungen besteht die „Kameradschaft zwischen den Mannschaften und den Offizieren" darin, daß die einen befehlen und sich alles herausnehmen, und die anderen gehorchen und das Maul halten sollen. Im Fernmeldebataillon 310 ist z.B. auf Beschluß des Kompaniechefs das Wachfrei Ende November ersatzlos gestrichen worden. Zwischen zwei und fünf Stunden fallen so pro Wache weg. Obwohl schon das zu wenig waren. In einigen Kompanien wurden bereits Beschwerden geschrieben gegen die Streichung des Wachfrei, Die „Erhöhung der Einsatzbereitschaft" ist so beliebt bei den Mannschaften, daß sie nur mit Hilfe von Strafen und Strafandrohungen erzielt werden kann. Ein Soldat erhielt sechs Tage Nachtausgangssperre einschließlich samstags und sonntags, weil er seine Ausbildungsmappe mangelhaft geführt hatte. In der 3./Fernmeldebataillon 330 hat sich ein Soldat bei einer Drillübung geweigert, nach Dienstschluß noch Kabel in der Kaserne zu verlegen. Er hat die Brocken hingeworfen, sich umgezogen und die Kaserne verlassen. Jetzt soll er 160 DM Disziplinarstrafe bezahlen, einen vollen Monatssold.

„Der Ausbildungsstand muß um jeden Preis erhöht werden, und mit den Mitteln der besseren Befehlsgebung und Dienstaufsicht muß die Moral gehoben werden und die Kampfkraft gesteigert werden." Daß die Dienstaufsicht der militärischen Vorgesetzten auch die ganze Freizeit umfaßt (der Soldat ist 24 Stunden im Dienst), zeigt eine Durchsuchungsaktion des MAD im Fernmeldebataillon 330. Gegen mindestens ein Dutzend Soldaten wird wegen Besitzes oder Genusses von Drogen ermittelt. Bei den Verhören stellt sich heraus, daß die MAD-Spitzel genaue Informationen über die Freizeitgestaltung gesammelt hatten. Mit Hilfe dieser Ermittlungsergebnisse und erpresster Geständnisse sollen die Soldaten nun vor Gericht gestellt werden. In seiner Tischrede ging der Bataillonskommandeur Dietze auch auf die Reservisten ein. Er wisse, daß in den letzten 15 Monaten der Reallohn weiter gesunken wäre und viele entlassen worden wären. Während Dietze Teilnahme heuchelte, mag er im Stillen gehofft haben, daß der eine oder andere Reservist, statt sich diesen Schwierigkeiten auszusetzen, doch einen Söldnervertrag bei der Bundeswehr unterschreibt. Denn so ein Bataillonskommandeur weiß ganz genau, daß er seinen Nachwuchs an militärischen Führern und Unterführern nicht freiwillig bekommt.

Die Weihnachtsfeiern des Fernmeldebataillons 310 sollten dazu dienen, bei den Mannschaften die Bereitschaft zum militärischen Einsatz zu erhöhen und ihnen zu diesem Zweck einzureden, es gäbe eine kameradschaftliche Zusammenarbeit zwischen Offizieren und Mannschaften. Als der Bataillonskommandeur am Schluß seiner Rede einen Toast auf die so gute Zusammenarbeit anbrachte, ließen einige ihre Bierflaschen unten. Die übrigen haben unter sich angestoßen, nicht mit dem Kommandeur. – (n, Koblenz)

Zweierlei Biertrinken

Offiziere – nicht einmal trinkfest. Vor ein paar Tagen wurde der Kompaniechef der 2. Kompanie des Panzergrenadierbataillons 292 in Immendingen, Hauptmann Büttner, der als großer Soldatenschinder bekannt ist, vom Spieß und einem Schreibstubensoldaten nachmittags um 14.10 Uhr in total betrunkenem Zustand zu seiner nur 100 Meter vom Kompaniegebäude entfernten Wohnung getragen. Der GVD und andere Soldaten, die den Vorgang beobachtet hatten, wurden vom Spieß mit den Worten bedroht: „Ihr kommt nie mehr aus dem Druck heraus, wenn ihr auch nur die Schnauze öffnet." Solche Vorkommnisse wiederholen sich häufig. Wenn Mannschaften während des Dienstes beim Biertrinken erwischt werden, bekommen sie dagegen im Normalfall 50 DM Disziplinarbuße, und das bei einem Wehrsold von 165 oder 210 DM!

Bremen. Verhaftung wegen Biertrinken.

Während eines Übungsaufenthaltes des Instandsetzungszuges der 1./Pz.Art Btl. 525 im Lager Trauen/Munster wurden zwei Soldaten verhaftet, die sich dem Zapfenstreich widersetzt hatten, weil sie zusammen mit 20 anderen Soldaten nach Feierabend noch ein paar Bier trinken wollten. Der UvD schleppte beide zur Wache, um sie nach Munster in den Arrest bringen zu lassen. Da alle Zellen besetzt waren, setzte sie der Batteriechef vorübergehend auf freien Fuß. Er wollte sieben Tage Arrest und Geldbuße verhängen und die Sache am die Staataanwaltschaft geben. Aufgrund des Widerstands der Mannschaften konnte er das beabsichtigte Strafmaß nicht durchsetzen. Die Soldaten bekamen 12 Tage verschärfte Ausgangssperre.

Ein sportlich-sympathischer Kriegsvorbereiter

Die Bundeswehr hat einen neuen Generalinspekteur. Die Ernennung hat für die militärischen Pläne der Bourgeoisie große Bedeutung. Entsprechend wird der neue Generalinspekteur Wust in der Bourgeoispresse gewürdigt. Zunächst muß er den Volksmassen angepriesen werden:

„Ein jung gebliebener Mit-Flieger (Wust selbst ist nicht Pilot) mit grauen Schläfen, sportlich sympathisch, im Umgang mit Journalisten geschickt, gelegentlich ein übertreibender Untertreiber." „Erst bei genauerem Hinsehen offenbart sich der harte Arbeiter und kühle Kalkulierer unter der Maske eines Sonnyboys." (Süddeutsche Zeitung, 17.12.76)

„Ein harter Arbeiter, ein analytisches Gehirn, mit der im 20. Jahrhundert notwendigen Affinität zur Technik. Gemildert wird das scharfe Profil dieses Managers in Uniform durch die Neigung zur Besinnlichkeit. Der Mann der Teamarbeit im Dienst vermag sich privat durchaus auf das eigene Ich zurückzuziehen." (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.12.76)

„Aus dem Weltkrieg kam er als Oberstleutnant, studierte Sozialpädagogik, und wurde Kreisjugendpfleger im schleswig-holsteinischen Kreis Eutin. Er schrieb Kinderbücher (1957 auf der Bestenliste der Jugendliteratur der Titel ‚Jonny pfiff dreimal') und eine Staatsbürgerkunde für Sextaner." (Die Welt, 17.12.1976)

Dann aber muß sein Wert für die Bourgeoisie dargelegt werden:

„General Wust ist auf die Sympathie der Soldaten nicht angewiesen. Im Gegenteil wird er, wie seine bisherige Karriere schon ausweist, ‚als General in die Kälte gehen'. Nicht die Zuneigung ist für ihn der Wert, sondern das Funktionieren. Er versteht sein Amt als Herausforderung an die Fähigkeit einer großen Organisation wie der Bundeswehr, die ihr gestellten Aufgaben zu meistern. Das heißt, in der Dynamik wechselnder Voraussetzungen in der Innen- und Außenpolitik die Sicherheit des Landes an seinen Grenzen im Bunde der westlichen Allianz zu garantieren." (Die Welt, 17.12.1976)

Schließlich geht es so wie bisher nicht weiter in der militärischen Führung der Truppen der Bourgeoisie:

„Damit unterscheidet sich Wust grundsätzlich von seinen Vorgängern. Heusinger, Foertsch, Trettner: drei Heeresgenerale, aber typmäßig eins, nämlich überzeugt vom Neuanfang der Demokratie in Deutschland, doch Berufssoldaten und bereits in der Wehrmacht in hohen Stellungen gewesen. Das macht sie unsicher vor Politikern." (Die Welt, 17.12.1976)

„Vorbei ist die Zeit, in der die Bundeswehr von Offizieren kommandiert wird, die im Zweiten Weltkrieg schon Generale oder Generalstäbler waren. Wust, Hildebrandt und ihre künftigen Nachfolger haben den Krieg als junge Truppenoffiziere beendet und erhielten die höhere Militärweihe des Generalstabsoffiziers erst an der Führungsakademie der Bundeswehr." (Spiegel, 6.12.1976)

Die Kapitalistenklasse hat bedeutende Aufgaben für ihn:

„Seine wichtigste Aufgabe (...), nämlich eine ‚Gesamtkonzeption der militärischen Verteidigung' zu entwickeln und zu realisieren. Wust tritt in einem Augenblick in die Verantwortung des Generalinspekteurs, da der Bundeswehr und der NATO als Ganzes die Lösung schwieriger Probleme abverlangt werden." (Die Welt, 17.12.1976)

„Der General ist verantwortlich für die Entwicklung einer ‚Gesamtkonzeption der militärischen Verteidigung'. Er ist militärischer Berater des Ministers, Vorsitzender des militärischen Führungsrates, hat zudem das Weisungsrecht an die Inspekteure. Es liegt am Generalinspekteur, ob in der Bundeswehr militärische Führung und Truppe sich als Ganzes begreifen oder in Teilstreitkräfte und Abteilungen zerfallen. Wust hat das Zeug dazu, integrierend zu wirken." (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.12.1976)

Die Frechheit des Täuschungsmanövers ist verhältnismäßig zur Größe dessen, was verdeckt werden soll. Wenn die imperialistische Bourgeoisie den Volksmassen ihren höchsten General als Kinderbuchautor präsentiert, ist das Ausmaß der Kriegsvorbereitung, die er betreiben soll, groß und die Notwendigkeit der Verhüllung vor den Volksmassen ebenso.

Als vor wenigen Wochen die Generäle Krupinski und Franke entlassen wurden, hielten einige dies für eine fortschrittliche Tat. Die, die glauben, auch die Ernennung von Wust sei eine fortschrittliche Tat, werden wenige sein. Beidemal handelt es sich um nichts anderes als Kriegsvorbereitung. Die Bourgeoisie will nicht in den Krieg ziehen mit Generälen, die ihr den Zweiten Weltkrieg nicht gewinnen konnten.

Klingholz/Würzburg. Lettow-Vorbeck-Bild abgehängt! In der Sanitätsschule der Luftwaffe in Klingholz bei Würzburg, in der Rekruten, die ihre Grundausbildung in Hamburg (Lettow-Vorbeck-Kaserne) oder in Roth (Bayern) gemacht haben, zu Sanitätern ausgebildet werden, hing ein Bild des Imperialisten Lettow-Vorbeck. Nachdem die Soldaten dort in der KVZ von dessen Schandtaten gelesen hatten, hängten sie dieses Bild ab. Stattdessen hing dort dann ein Plakat des KBW, auf dem steht: „Die Kapitalistenklasse herrscht mit Waffengewalt. Mit Waffengewalt wird sie durch die Arbeiterklasse gestürzt werden!"

Hamburg. In der letzten Woche wurde in der Douaumont-Kaserne eine Spendensammlung zur Unterstützung des bewaffneten Befreiungskampfes des Volks von Zimbabwe durchgeführt. Die Stammsoldaten und die Soldaten der Sanitäts-Bereitschaft I spendeten zusammen über DM 20,- Die Sanitäts-Soldaten unterstützten, bis auf eine Ausnahme, geschlossen den Befreiungskampf. Auf einer Festveranstaltung, auf der Genosse Mutumbuka, Mitglied im Europäischen Büro der ZANU, die Fortschritte im Kampf schilderte, waren auch Soldaten aus dieser Kaserne anwesend.

Schwanewede/Bremen. Kürzung des Wehrsolds durch Zwangsspenden. In der Kompanie 2./322 müssen die Soldaten pro Urlaubsantrag 10 Pfennig bezahlen. Bei einem Urlaubsantrag pro Soldat im Monat kassiert die Kompanieführung im Monat ca. 8,- DM und im Jahr 100 DM vom Sold der Soldaten.

In der 3./325 fragte der Rechnungsführer bei der Ausgabe des „Buschgeldes" (Manöverausgleich), ob die Soldaten nicht 2,- DM fürs Soldatenhilfswerk (SHW) spenden wollten. Weigerten sie sich, so wurde mit Wache gedroht. Das SHW steht unter Kontrolle der Offiziere und soll in Härtesituationen und bei Todesfällen Geld geben. Die Bundeswehrführung zahlt nur Pfennige für die Folgen der Unterdrückung und Menschenverachtung in der Armee. Den Fehlbetrag will sie von den Soldaten erpressen. Die Mehrheit der Kompanie weigerte sich, fürs SHW zu spenden.

Hamburg. Mitte November hatte unser Kompaniechef, Hauptmann Hillers, damit gedroht, der „Disziplinlosigkeit und Faulheit" der Soldaten mit möglichst vielen Geldstrafen entgegenzutreten. Einen Tag später haben wir eine Mannschaftsversammlung dazu durchgeführt. Es wurde festgestellt, daß Geldstrafen bei einem Wehrsold von 165 DM ein sehr wirksames Mittel der Unterdrückung sind. Wir haben daher einstimmig beschlossen, eine Kasse zu gründen, aus der solche Disziplinarstrafen bezahlt werden sollen. Jeder Soldat zahlt im Monat 4 DM in diese Kasse ein. Wenn er eine Disziplinarstrafe bekommt, erhält er das Geld aus der Gemeinschaftskasse. Ein großer Teil der Soldaten hat sich daran beteiligt. Dann haben wir überlegt, was wir mit dem Geld anfangen, das nach dem Ende unserer Gundausbildung noch übrigbleibt. Die Idee, für den gesamten Betrag Bier zu kaufen, fand keine Zustimmung. Dagegen machte ein Soldat den Vorschlag, für die Hälfte Bier zu kaufen, die andere Hälfte der ZANU zu spenden, und er berichtete kurz über den Kampf des Volkes von Zimbabwe. Der Vorschlag wurde auf den Stuben weiter diskutiert und ist von den meisten Soldaten angenommen.

Unsere Grundausbildung ist jetzt, Mitte Dezember, beendet. Wie verabredet, haben wir das Bier gekauft und getrunken und 40 DM dem Afrika-Komitee Hamburg übergeben. – (SRK Hamburg)

Celle. Vier Wochen Wache hintereinander. Seit einiger Zeit müssen die Soldaten in der Immelmann-Kaserne Celle/Wietzenbruch vier Wochen hintereinander Wache schieben. Dazu werden immer zwei Gruppen zu je neun Soldaten zusammengestellt. Die beiden Gruppen wechseln sich täglich ab. Ein Tag Wache, einen halben Tag Dienst, einen halben Tag frei. Die Soldaten kommen auf höchstens fünf Stunden Schlaf pro Tag. Dieser Schlaf muß vollbracht werden auf knarrenden Holzpritschen, die mit einer plastiküberzogenen Schaumstoffmatratze belegt ist. Beim Umdrehen machen diese „Betten" Höllenlärm, daß man nicht richtig schlafen kann.

Vier Wochen lang müssen die Soldaten diesen zermürbenden Dienst aushalten und kommen nicht nach Hause. Der Zweck, den die Bundeswehrführung damit verfolgt, liegt auf der Hand: Trennung der Soldaten vom Volk.

Munster. An der Kantine in der Kaserne und am Rathaus ist die Forderung nach Aufhebung des Dienstverbots für die Panzerschützen Kerl und Eidens aus der Einheit 4./93. zu lesen. Gegen sie hatte Kompaniechef Hauptmann Abels Dienstverbot nach § 22 Soldatengesetz verhängt, weil sie unter dem Verdacht stünden, Informationen aus der Bundeswehr in der Zeitung des Soldaten- und Reservistenkomitees veröffentlicht zu haben.

In der Kompanie hatten die Mannschaften immer mehr Widerstand gegen Drill und Schikane durch die Offiziere geleistet. Sie hatten den Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe unterstützt und sich mit dem Kampf gegen das Kernkraftwerk Brokdorf solidarisiert. Überall in der Kaserne haben die Soldaten jetzt Aufkleber gegen das Dienstverbot angebracht.

Moskau. Eine Delegation von 250 Vertretern der größten US-Monopole mit Finanzminister Simon an der Spitze hat die Ausweitung der Geschäftsbeziehungen mit der UdSSR in Moskau erkundet und wurde von Breschnew empfangen, der eine längere Rede hielt. Die Einladung ging von der sowjetischen Regierung aus. Die US-Monopole haben großes Interesse an einer Ausweitung des Handels mit der Sowjetunion, um ihre Waren loszuschlagen. Die Sowjetunion nimmt die Waren zu einem großen Teil auf Pump ab oder besorgt sich Kredite. Die Gesamtauslandsverschuldung der Sowjetunion stieg 1976 auf 18 Milliarden Dollar. Das erlaubt ihr, die Kriegsvorbereitungen voranzutreiben. (Albanische Nachrichtenagentur ATA, 2. Dezember 1976)

USA – UdSSR. Sinkende Ölproduktion. In den USA fiel die Ölproduktion in diesem Jahr um 1 Million Barrel pro Tag (etwa 159 Millionen Liter), während die Importe sich von 6 auf 7 Millionen Barrel pro Tag erhöhten. Der sowjetische Ölminister Schaschin hat kürzlich mitgeteilt, daß auch in der Sowjetunion die Ölproduktion um 5 Prozent zurückgegangen ist. (Albanische Nachrichtenagentur ATA, 6. Dezember) Die Supermächte schonen ihre strategischen Reserven zwecks Kriegsvorbereitung. Diese Kriegsvorbereitung betreiben sie auch noch *auf Kosten* der erdölproduzierenden Länder, denen sie billige Preise aufherrschen und an deren natürlichen Ressourcen sie unter Ausnutzung dieser Schleuderpreise Raubbau treiben.

Polen. Der sowjetische Ministerpräsident Kossygin reiste zu einem Staatsbesuch an, um an der Einweihung des riesigen Stahlwerks in Katowice teilzunehmen. Das Stahlwerk, das nach 1980 jährlich 9 Millionen Tonnen Stahl ausstoßen soll (jährlicher Bedarf Polens im Augenblick 19 Millionen Tonnen, Produktion 15 Millionen Tonnen), bezeichnete Kossygin als „Symbol polnisch-sowjetischer Zusammenarbeit". Das Werk wurde großteils in der Sowjetunion projektiert, die direkt an der Bauleitung beteiligt war. Verarbeitet wird im Stahlwerk Katowice ausschließlich sowjetisches Erz, das auf einer eigens gebauten Eisenbahnlinie herantransportiert wird. Diese Eisenbahnlinie ist auf Breitspur angelegt, wie sie nur sowjetische Züge haben. (Süddeutsche Zeitung, 16. Dezember) Damit hat die Sowjetunion sich nicht nur einen Transportweg ins oberschlesische Industrierevier eröffnet, sondern auch ein Transportmonopol gesichert.

Finnland. Sowjetischer Botschafter schlägt gemeinsame Staatsfeiertage vor. Danach soll der 60. Jahrestag der Oktoberrevolution und der Unabhängigkeit Finnlands gemeinsam gefeiert werden. Finnland war vom Zarismus großteils annektiert und unterdrückt. Die Oktoberrevolution ermöglichte auch die Unabhängigkeit Finnlands. Als Vertreter Finnlands im Dezember 1917 Unabhängigkeit forderten, gab der Rat der Volkskommissare dem Ersuchen sofort nach, obwohl die Imperialisten darin ein Zeichen der Schwäche sahen. Stalin erklärte: „Möge die Unabhängigkeit Finnlands das Werk
die Unabhängigkeit Finnlands das Werk
der Befreiung der Arbeiter und Bauern Finnlands erleichtern und eine feste Basis für die Freundschaft unserer Völker schaffen." (J. Stalin, Werke Band 4) – Die neuen Zaren wollen den Sinn der Oktoberrevolution nun in ihr Gegenteil verkehren und die Feierlichkeiten zur erneuten Unterjochung Finnlands nutzen. Darum wurde der Vorschlag in Finnland empört zurückgewiesen.

USA. Hartnäckige Streikkämpfe. Zwei Monate lang haben die 18 000 Fahrer und Angestellten von United Parcel Service (UPS) in 15 Städten an der Ostküste der USA gestreikt. UPS ist ein (jetzt auch in der BRD expandierendes) Unternehmen, das sich auf Paketzustellung und Warenversand in Konkurrenz zur Post spezialisiert hat. Um das Weihnachtsgeschäft zu sichern, versuchte die Geschäftsleitung am 23. November massiv mit Arbeitslosen, die sie mit kurzfristigen Zeitverträgen anheuerte, den Streik zu brechen. Das wurde zurückgeschlagen. Am 15. Dezember wurde der Streik beendet. Das Ergebnis ist uns noch nicht bekannt. – Lehrer in verschiedenen Städten Connecticuts kämpfen trotz staatlichem Streikverbot um höhere Löhne. 600 Lehrer in Greenwich haben sich jetzt eine Lohnerhöhung um 18 Prozent und andere Verbesserungen erkämpft. Im letzten Jahr wurden während solcher Streikkämpfe allein in Connecticut fast 100 Lehrer ins Gefängnis gesteckt. Das hat die Lehrerstreiks nicht zerschlagen können.

Frankreich. Streikkämpfe im öffentlichen Dienst. Trotz harter Pressionen haben in zahlreichen staatlichen Betrieben und Behörden die Arbeiter, Angestellten und Beamten gestreikt. Sie sind nicht bereit, sich dem Lohndiktat der Regierung Barre zu unterwerfen, das einen Lohnabbau um mehrere Prozent im Verhältnis zur Teuerung vorsieht. Auch Verkürzung der Arbeitszeit wird vielfach gefordert. Die Arbeiter der staatlichen Elektrizitätsbetriebe streikten geschlossen für 48 Stunden und legten damit weite Teile von Industrie und Verkehr lahm. Das Krankenpflegepersonal will vor Weihnachten in den Streik treten. (Le Monde, 12./13. Dezember)

Britische Bergarbeiter kämpfen für Senkung des Rentenalters

Die britischen Bergarbeiter haben eine Urabstimmung mit dem Ziel des Streiks für die Forderung „Verrentung mit 60 Jahren ab 1. Januar" durchgeführt. Sie fordern weiter, daß bis 1980 das Rentenalter in halbjährlichen Schritten auf 55 Jahre gesenkt werden soll. 78 Prozent der 260 000 gewerkschaftlich organisierten Bergarbeiter haben für Streik gestimmt.

Die Forderung der Bergarbeiter nach Senkung des Rentenalters steht den Absichten der imperialistischen Bourgeoisie Hieb auf Stich entgegen.

Die Bergarbeiter brauchen die Senkung des Rentenalters, weil die modernen Abbaumethoden der Kohle unter kapitalistischen Bedingungen nur zu einer weiteren Steigerung im unerträglichen Verschleiß ihrer Arbeitskraft geführt haben. Berufskrankheiten wie Staublunge nehmen immer noch zu. Wer Staublunge hat, weiß, daß er früh sterben wird. Die britischen Bergarbeiter kämpfen darum, nicht bis zum letzten Atemzug für die Kapitalisten arbeiten zu müssen. Die Forderung nach Senkung des Rentenalters ergänzt sich mit den Forderungen nach mehr Lohn und für Arbeiterrechte.

Die britische Finanzbourgeoisie hat durch die sozialdemokratische Regierung, die in den (verstaatlichten) Kohlegruben Arbeitgeber ist, die Forderungen der Arbeiter hart zurückgewiesen.

20 Prozent der Bergarbeiter sind älter als 60 Jahre. 150 000 Bergarbeiter werden 1980 55 Jahre alt sein. Die britischen Imperialisten wollen die alten Bergarbeiter auf keinen Fall aus der Arbeitsfron entlassen, sondern möglichst rasch zugrunderichten. Einige Zehntausend an Staublunge und Überarbeitung gestorbene Bergarbeiter setzen in den Rentenkassen große Geldmittel frei, die die Imperialisten zu Kapital in ihren Händen verwandeln wollen.



Urabstimmung der englischen Bergarbeiter im großen Lohnstreik 1974

Das ganze imperialistische Finanzkapital steht in diesem Kampf den englischen Bergarbeitern gegenüber. In Kürze wird über die Bedingungen des 3,9-Miliarden-Dollar-Kredits des Internationalen Währungsfonds IWF an die britischen Regierung entschieden, Schmidt sagte in seiner Regierungserklärung: „Wir sind und bleiben bereit, uns an multilateralen Zahlungsbilanzhilfen für andere Staaten zu beteiligen, vorausgesetzt daß die Empfängerländer selbst energische Anstrengungen zur Stärkung der Leistungskraft ihrer Volkswirtschaft unternehmen."

Zu solchen Maßnahmen der „Stärkung der Leistungskraft" wird auch die Zugrunderichtung der alten Bergarbeiter und weitere Plünderung der Rentenkassen gehört haben. Die westdeutschen Imperialisten verlangen das, um die Rückzahlung ihrer Zinsen zu sichern, günstige Bedingungen für verstärkten Kapitalexport nach Großbritannien zu schaffen und die britischen Konkurrenten zu schwächen. Die britischen Imperialisten nehmen Kredite und Kreditbedingungen zähneknirschend, aber doch wohlgemut in Kauf. Sie hoffen mittels dessen in der Ausbeutung der eigenen Arbeiterklasse mit ihren Konkurrenten, besonders den BRD-Imperialisten als den europäischen Hauptkonkurrenten, gleichzuziehen und so die Kraft zu schöpfen zu neuen imperialistischen Taten.

Die Urabstimmung der Bergarbeiter für ihre Rentenforderung selbst war ein schwerer Schlag gegen *alle* diese imperialistischen Pläne. Nach der Abstimmung für Streik haben die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer die Notbremse gezogen und den Streik ausgesetzt. Schon allein diese Aussetzung ist für die Kapitalisten bares Geld. Die Absicht ist natürlich, die Bergarbeiter ganz vom Kampf abzuhalten. Aber wie soll das gegen diese kampferfahrene Abteilung der englischen Arbeiterklasse auf Dauer möglich sein? – (gk)

Referendum in Spanien

Noch nicht erledigt ist der bürgerliche Parlamentarismus für die spanischen Volksmassen. 77,6 Prozent der Wahlberechtigten nahmen an dem Referendum teil, mit dessen Hilfe sich der Faschismus in Spanien parlamentarische Schminke aufziehen will. Das Manöver der Imperialisten und der spanischen Finanzoligarchie ist nicht geplatzt. Es ist aber noch nicht mal an der Oberfläche vollständig gelungen. In Euscadi (Baskenland) wurde der Aufruf zum Boykott der Wahlen in großem Umfang befolgt. Die Wahlbeteiligung betrug dort durchschnittlich keine 55 Prozent. Die spanischen Revisionisten hatten wie die revolutionären Organisationen zum Boykott aufgerufen. Da die Revisionisten grundsätzlich jede parlamentarische Illusion schüren, sind sie die Hauptverantwortlichen, wenn das parlamentarische Betrugsmanöver, das durch das Referendum eingeleitet werden soll, noch einmal gelingen sollte. Ohne die Revisionisten hätten die Feinde des Volkes gar nicht die Zeit gefunden für ihre Manöver. Die Zeit verdanken sie dem „Euro-Kommunismus" und den Sozialdemokraten.

Die Imperialisten und die spanische Finanzbourgeoisie jubeln über das Wahlergebnis und geben sich erstaunt über ihren Erfolg. Sie verstehen ihn als Frucht ihrer reaktionären Doppeltaktik, die gewaltsame Unterdrückung zu verschärfen und das Wahlventil zu öffnen.

In Spanien wie überall in der Welt behalten die Massen ihr Schicksal in der Hand und werfen es nicht mit irgendwelchen Stimmzetteln in die Urne. Es handelt sich also um einen kurzlebigen Erfolg, den die Bourgeois bejubeln. Die spanische Arbeiterklasse hat bereits zahlreiche Hindernisse überwunden beim Zusammenschluß für die Revolution. Die Herrschaft von Reformismus und Revisionismus über die Mehrheit der Arbeiterklasse bleibt ein Hindernis, das die spanische Arbeiterklasse wie die Arbeiterklasse in ganz Europa erst noch überwinden muß.

Das Ergebnis des Referendums bewahrt die Revolutionäre vor spontaneistischen Fehlurteilen. So werden sie Schlechtes in Gutes verwandeln können. Die Reformisten und Revisionisten werden jetzt noch heftiger in das Lied der demokratischen Reformen einstimmen. Unvermeidlich werden die Massen in den fortschreitenden Klassenkämpfen die verlogene Melodie dieses Liedes immer besser heraushören. Die Imperialisten und die spanische Finanzoligarchie werden nicht mit einem Linsengericht davonkommen. Sie werden früher oder später dran glauben müssen. Eher früher als später. Bekommen sie einen Aufschub, dann rettet sie das nicht. Proletarische Revolutionen sind gründlich und kommen stets auf unerledigte Aufgaben zurück. Erledigt werden muß der Faschismus in Spanien durch die Volksdemokratie, während der bürgerliche Parlamentarismus die Herrschaft des Imperialismus und der Finanzbourgeoisie noch nicht mal überschminken kann. Das zeigt sich jedesmal, wenn die Arbeiter zu ihren eigenen Waffen greifen. Das sind dann nicht irgendwelche Stimmzettel, das sind Streiks und Demonstrationen, mit denen im Kampf gegen die Reaktion die gewaltsame Revolution vorbereitet wird.

Neue Bourgeoisie der DDR

Steigerung der Ausbeutung zwecks imperialistischer Expansion

Die Erschütterungen im politischen Gefüge der DDR und die Zersetzungserscheinungen im Lager der Revisionisten, die sich um die Ausweisung Biermanns aus der DDR entwikkelt haben, weisen auf eine zugrundeliegende Verschärfung der Widersprüche zwischen den neuen Ausbeutern und den ausgebeuteten Massen hin.

Schon bei der Beratung des neuen Fünf-Jahres-Plans auf dem 9. Parteitag im Mai hat die SED-Führung erklärt, die Zahl der Ausfallstunden in der Industrie sei zu hoch, vor allem aber ließe die Schichtauslastung der Betriebe zu wünschen übrig (Neues Deutschland, 19.5.1976).

Und so heißt es in der „Direktive des 9. Parteitages zur Entwicklung der Volkswirtschaft 1976 bis 1980": „Vor allem ist es notwendig, die in den letzten fünf Jahren bedeutend gewachsenen Grundfonds wesentlich besser auszulasten, die Effektivität der Investitionen spürbar zu erhöhen sowie das gesellschaftliche Arbeitsvermögen, besonders die Arbeitszeit, wirksamer zu nutzen."

Das Mittel dazu ist ein umfangreiches Rationalisierungsprogramm: „Mit gezielten Rationalisierungsmaßnahmen, insbesondere durch den Eigenbau von Rationalisierungsmitteln, sind Voraussetzungen zu schaffen, daß verstärkt Arbeitskräfte freigesetzt werden und zur besseren Auslastung vor allem der hochproduktiven Ausrüstungen und Anlagen zur Verfügung stehen. Durch verstärkte Rationalisierung sind insgesamt mehr Arbeitskräfte freizusetzen, als durch Investitionen zusätzlich benötigt werden."

Ein solches Programm läßt sich nur mit einem umfangreichen Instrumentarium von Mitteln durchsetzen, und die neue Bourgeoisie hat sie sich geschaffen: Den Betriebsleitern wurde klipp und klar erklärt, daß sie Genehmigungen für Investitionen nur erhalten, wenn sie die Arbeiter im Betrieb zur Schichtarbeit zwingen: „Erweiterungsinvestitionen sind nur dann durchzuführen, wenn nachgewiesen wird, daß die vorhandenen Kapazitäten mehrschichtig genutzt werden, alle Rationalisierungsmöglichkeiten ausgeschöpft und die neuzuschaffenden Kapazitäten mindestens zweischichtig genutzt werden."

Den Betriebsleitern und Antreibern wird bei Erledigung dieser Arbeit gegenüber den Arbeitern Vergütung zugesagt: „In den Kombinaten und Betrieben sind die staatlichen Plankennziffern zur Intensivierung in meßbare und abrechenbare Aufgaben für die Arbeitskollektive umzusetzen, und auf dieser Grundlage die materielle Interessiertheit innerhalb des Betriebes differenzierter zu verwirklichen." (Alle Zitate Neues Deutschland 15.1.1976) Auch die Erhöhung der Renten zum 1. Januar 1977 ist in Wahrheit die umfassende Verbesserung des Anspruches auf fette Ruhegehälter für die über 1 200 DDR-Mark im Monat Verdienenden unter der verschämten Bezeichnung „Zusatzrente" (Neues Deutschland, 10.8.76).

Den Widerstand, den die Arbeiter den schon jahrealten Plänen zur umfassenden Einführung der Schichtarbeit entgegensetzen und den die neue Bourgeoisie sehr wohl kennt, versucht sie mit einem Manöver zu brechen. Dieses Manöver und wie es angelegt ist, zeigt den schäbigen und raffgierigen Charakter der neuen Ausbeuterklasse. Die Erhöhung der Mindestbruttolöhne von 350 auf 400 DDR-Mark wird nur in den Betrieben vorgenommen, die die Schichtarbeit eingeführt haben. Gleichfalls die Arbeitszeitverkürzung auf 40 Stunden. Sie gilt nur für Arbeiter, die sich dem Drei-Schicht-System unterwerfen. Die Arbeitszeit für Arbeiter in Zwei-Schicht-Betrieben wird auf 42 Stunden festgesetzt (Neues Deutschland, 25./30.5.76). Die Vergabe von Wohnungen und Ferienplätzen wird ebenfalls davon abhängig gemacht (Neues Deutschland, 26.7.76).

Dabei wurde auch gleich eine neue Antreibermethode gefunden. Die Arbeitszeitverkürzung für Arbeiter im Drei-Schicht-Betrieb auf 40 Stunden wird an die Bedingung der „freiwilligen Schichtgarantie" geknüpft. Damit ist nichts anderes gemeint als die Überlappung der Schichten dergestalt, daß die Maschinerie in vollem Betrieb an die nächste Schicht übergeben wird (Neues Deutschland, 21.10.76).

Was sind die Zwecke, die die neue Ausbeuterklasse mit diesem Programm verfolgt? Es ist zum einen die Beteiligung am Kampf um profitable Märkte. So ist für den Export eine besonders hohe Steigerung vorgesehen. Honecker sagte auf dem 9. Parteitag: „Es gilt, die Exportkraft der DDR beschleunigt zu stärken. Die Zuwachsrate des Gesamtexports der DDR soll wesentlich schneller steigen als die Zuwachsrate der Produktion." (Neues Deutschland, 19.5.76) Das heißt: ein immer größerer Anteil der Produktion soll dem Exportgeschäft zugeführt werden.

Die Bourgeoisie der DDR hat das nötig, um die geforderten Tribute an den Oberherren, den russischen Sozialimperialismus, zu leisten und seine Kriegsvorbereitungen mitzutragen. Die von der Sowjetunion zu Monopolpreisen gelieferten Rohstoffe müssen in harten Devisen bezahlt werden. Und die DDR ist wie die anderen vom Sozialimperialismus besetzten Staaten Osteuropas gezwungen, sich mit Investitionen und Unterstützungsleistungen an den wie Pilze aus der Erde schießenden „gemeinsamen Projekten" meist in der UdSSR selbst zu beteiligen. So sind bis 1980 rund 8 Milliarden DDR-Mark für Investitionsbeteiligungen in der UdSSR vorgesehen (Neues Deutschland, 15.1.76).

Im Windschatten der Sozialimperialisten betreibt die neue Ausbeuterklasse der DDR selbst imperialistische Expansion. So lastet auf der Arbeiterklasse in der DDR ein doppeltes Joch: die Ausbeutung und Ausplünderung durch die eigene Bourgeoisie und die Ausbeutung und Ausplünderung durch die neue Bourgeoisie in der UdSSR. Es ist zwangsläufig, daß ein immer größerer Teil der gesellschaftlichen Produktion die Form von Waffen unter dem Kommando der neuen Bourgeoisie annimmt, um die Arbeiterklasse niederzuhalten und sich auf die militärische Sicherung und Eroberung von Märkten vorzubereiten. Die Stärke der Armee der DDR übersteigt mittlerweise die der Truppen der UdSSR in der DDR. Die Umrüstung auf einen neuen Panzer, T 54 und T 55, ist in vollem Gange. (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14.1.76) – (mo/Red.)

Aus einem Interview mit Edgar Tekere, Mitglied des ZK der ZANU

„Wir sind Bestandteil des weltweiten Kampfes gegen Kapitalismus und Imperialismus“

Wir führen einen Volkskrieg in Zimbabwe, und wir sind entschlossen, für den militärischen Sieg zu kämpfen. Dafür kämpfen die Massen; wir haben sie erzogen, dafür zu kämpfen. Und jetzt sind wir hier in Genf und führen Verhandlungen. Was wird unser Volk dazu sagen, es führt Krieg? Wie vertragen sich diese zwei Dinge miteinander, wie gehören sie zusammen? Das ist wirklich eine wichtige Frage. Die ZANU nimmt an der Genfer Konferenz teil. Wir haben unsere Forderungen erhoben; untersucht man diese Forderungen, so verlangen sie von Smith die Kapitulation.

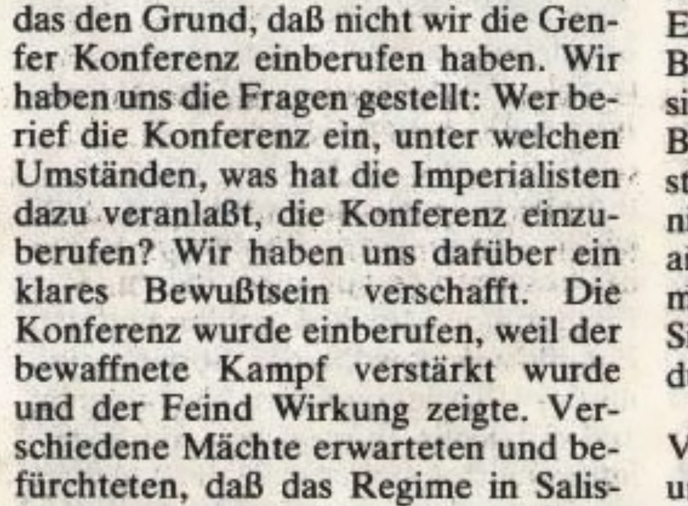
Was uns betrifft, so ist es genau dies, was wir erreichen wollen, falls Genf überhaupt irgendetwas für uns und unser Volk bringen soll. Aber gleichzeitig gibt es natürlich darüber Zweifel, ob wir auf der Genfer Konferenz von Smith die Kapitulation erhalten werden. Ihr habt seine Stellungnahmen gehört – er ist offensichtlich nicht zur Kapitulation bereit. Falls er nicht unseren Vorstellungen und Bedingungen zustimmt, dann ist die Angelegenheit erledigt. Wir werden zurückkehren, und wir werden kämpfen, bis seine Bereitschaft zur Kapitulation wächst. Vielleicht zieht er es vor, den Zusammenbruch zu erleben, ohne irgendwelche Gespräche führen zu müssen. Ich weiß es nicht. Aber für die Bewußtheit unseres Volkes ist es eine lebenswichtige Frage, ihm zu erklären, was es mit der Genfer Konferenz auf sich hat.

Man muß das richtig verstehen. Wir verhandeln nicht mit Smith, sondern mit der britischen Regierung; Smith ist lediglich ein Zusatz zur Delegation der britischen Regierung. Die britische Regierung berief die Konferenz ein, wir beriefen sie nicht ein. Sie holten sich Smith dazu. Sie müssen wissen, was sie tun. Wir jedenfalls sind nicht bereit, uns Aufforderungen anzuhören, daß wir direkt mit Smith verhandeln sollen. Sollte jedoch Smith in Genf wünschen, uns gegenüber die Kapitulation zu erklären, so sind wir

Kapitulation zu erklären, so sind wir

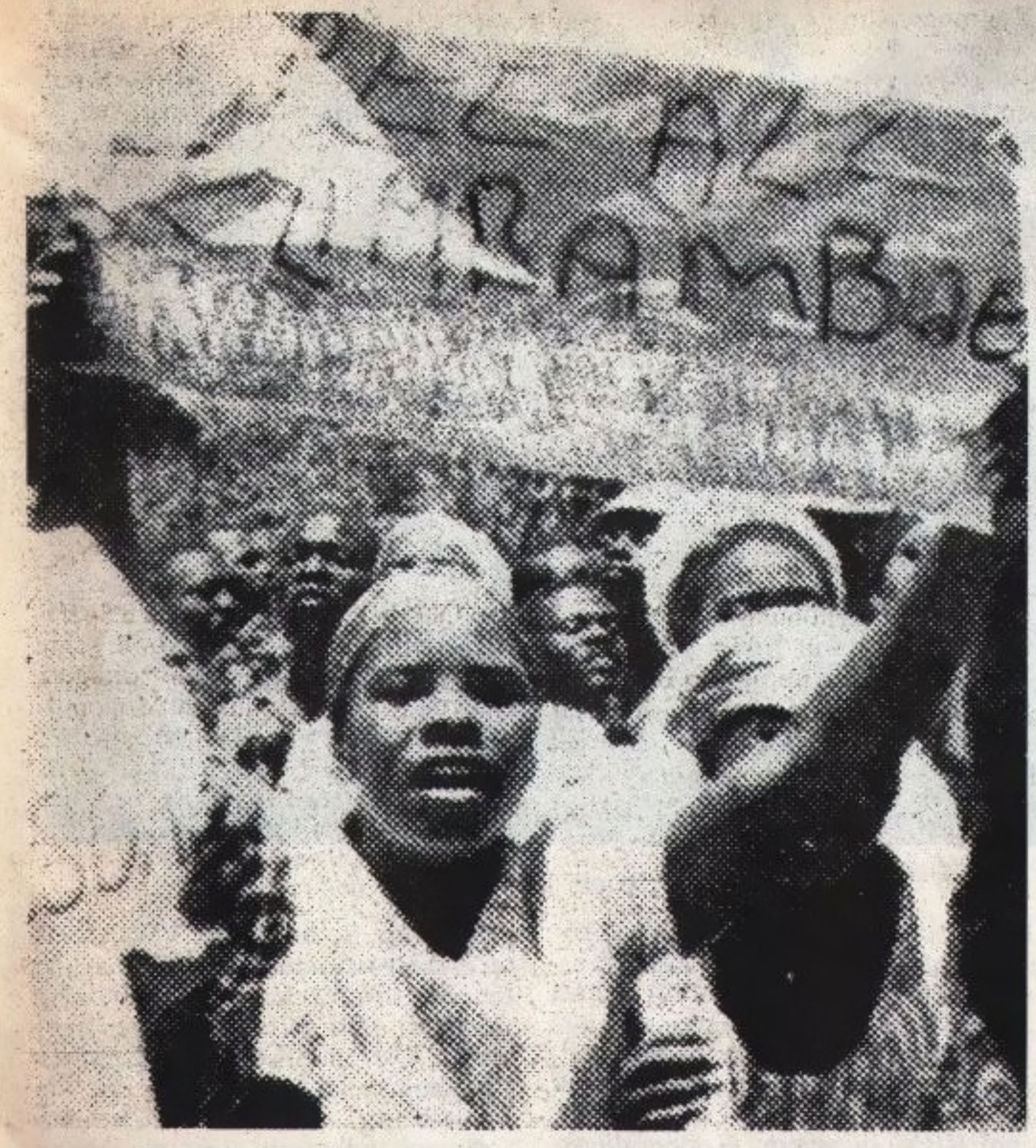
bereit, diese anzuhören und anzunehmen.

Smith ist auf der Genfer Konferenz anwesend. Seine Delegation hat einige enthüllende Dinge erklärt. Dies betrifft insbesondere das Verständnis der Position der britischen Regierung wie auch der Muzorewas, vor allem, was die Frage der Wahlen angeht. Muzorewa hat erklärt, daß er eine Wahl zur Bildung einer Übergangsregierung wünscht. Also wurde dies bei Anwesenheit der Smith-Vertreter am Konferenztisch diskutiert. Wir sagten: „Muzorewa, kannst du uns Garantien dafür bieten, daß eine wirklich demokratische Wahl in Zimbabwe durchgeführt wird, wenn sie vom Smith-Regime organisiert und unter dessen Kontrolle durchgeführt wird? Beide Parteien sind hier anwesend. Können wir das von beiden erklärt und bestätigt bekommen?“ Patrick, einer von Smiths Leuten, erklärte: „Aber selbstverständlich. Das ist kein Problem, falls Muzorewa zurückkommen und die Leute versammeln sollte. Ebensowenig ein Problem, wie sich die Leute in unserem Land immer versammeln, um eine Schönheitskönigin zu wählen. Selbstverständlich, Muzorewa kann dies machen, niemand wird ihn daran hindern, aber natürlich wird diese Wahl keine legale Gültigkeit haben. Es gibt Gesetze Rhodesiens, Wahlgesetze, und falls Muzorewa eine Wahl wünscht, sind dies die Gesetze, die eingehalten werden müssen.“



Über diese Erklärung haben wir herzlich gelacht – ein jährlicher Schönheitsköniginnenwettbewerb. Leute, die sich versammeln und sagen, ob dieser oder jener der schönere ist. Wir haben Muzorewa gesagt: „Er erklärt, daß du einen Miss-Wettbewerb haben kannst. So weit bist du gekommen. Auf diese Weise spricht der Kerl zu dir. Du solltest im Busch sein, um gegen ihn zu kämpfen. Das ist es, worüber du nachdenken solltest, anstatt über Wahlen nachzugrübeln, die von Smith kontrolliert werden.“ Dies sind einige der Aufgaben, wo wir unsere Verantwortung wahrnehmen müssen.

Verantwortung wahrnehmen müssen.



Der bewaffnete Kampf ist die Hauptform des Kampfes

Jetzt dazu, wie wir als Führer der ZANU diese Aufgaben betrachten. Der bewaffnete Kampf ist die Hauptform des Kampfes. Die Grundlage, auf der alles beruht, muß der bewaffnete Kampf sein – ob wir in Genf sind oder nicht, ob irgendetwas anderes geschieht oder nicht. Von diesem Standpunkt aus sagen wir: Gut, wir können nach Genf gehen. Es kann nicht schaden, wenn die Leute hören wollen, was wir denken und worin unsere Forderungen bestehen. Diese Forderungen bestehen solange, wie der bewaffnete Kampf für ihre Durchsetzung geführt werden muß. Solange der bewaffnete Kampf fortgesetzt wird, haben wir nichts zu verlieren. Genf ist eine dem bewaffneten Kampf untergeordnete Nebenseite des Kampfes. Wir haben andere Aufgaben, auf die wir achten müssen. Wir sind in Genf, weil wir es uns leisten können. Wir können es uns aber nicht leisten, auf Kosten des bewaffneten Kampfes in Genf zu sein. Wir sind jetzt in Genf. Wir wollen nicht des Hochmuts und der Kriegshetzerei beschuldigt werden können.

Man soll Genf also auch von der Seite aus betrachten, daß es eine Form des Kampfes ist, die den bewaffneten Kampf unterstützt. Wir verhandeln hier solange, solange wir genau wissen, was wir erreichen können. Falls Genf scheitert, werden wir gehen.

Wir sind nicht hier, um zu beweisen, daß Genf nutzlos ist, das können andere an unserer Stelle. Sehr oft, sogar auf der Konferenz, haben wir den Vorsitzenden der Konferenz gefragt: „Warum haben Sie die Konferenz einberufen?“

Die Imperialisten wollen den Sieg im Befreiungskampf verhindern

Wenn wir uns so skeptisch über die Genfer Konferenz äußern, dann hat das den Grund, daß nicht wir die Genfer Konferenz einberufen haben. Wir haben uns die Fragen gestellt: Wer berief die Konferenz ein, unter welchen Umständen, was hat die Imperialisten dazu veranlaßt, die Konferenz einzuberufen? Wir haben uns darüber ein klares Bewußtsein verschafft. Die Konferenz wurde einberufen, weil der bewaffnete Kampf verstärkt wurde und der Feind Wirkung zeigte. Verschiedene Mächte erwarteten und befürchteten, daß das Regime in Salisbury zusammenbricht. Die britische Regierung, die südafrikanische, die US-amerikanische, die westdeutsche, die französische, alle die westlichen Mächte. Sie waren inzwischen in erheblichem Ausmaß über die möglichen Ergebnisse unserer Anstrengungen im Befreiungskampf besorgt. Ihre Absicht war: die Erfolge des bewaffneten Befreiungskampfes aufhalten; sicherstellen, daß wir den militärischen Sieg nicht erringen. Können sie Smith nicht an der Macht halten oder durch jemand anderen aus den Reihen des Siedlerregimes ersetzen, so wollen sie durch die Genfer Konferenz erreichen:

Verhinderung des Siegs im Befreiungskrieg und Einrichtung einer Marionettenregierung.

Wir werden die Ausbeutung beseitigen

Der entscheidende Widerspruch ist, daß der Zweck unseres Befreiungskampfes in der Errichtung einer vollständig neuen Gesellschaft besteht. Eine Gesellschaftsordnung, die die Ausbeutung beseitigt, die den Rassismus beseitigt. Das ist eine Gesellschaftsordnung, die die Imperialisten hassen. Sie wollen nicht, daß wir die Ausbeutung beseitigen, denn noch beuten die westlichen Mächte unsere Volksmassen und unser Land aus. Kissinger und andere Vertreter westlicher Regierungen sagten klipp und klar, daß wir eine Bedrohung für ihr Wohlergehen im Süden Afrikas sind. Sie



Textilfabrik in Bulawayo: Große Extraprofite saugen die Imperialisten aus der Ausbeutung der afrikanischen Arbeiter in Zimbabwe. Rund 2 000 DM erhalten die Arbeiter an Jahreslohn.

sind tief enttäuscht über die Entwicklung in Mozambique, und sie wollen verhindern, daß diese Entwicklung

lung in Mozambique, und sie wollen verhindern, daß diese Entwicklung

breite Ausmaße annimmt. Sie wollen nicht, daß wir wirklich unabhängig werden. Einige dieser imperialistischen Großmächte wollen uns bestenfalls als ihre Marionetten halten und uns fortwährend ausbeuten. Sie haben eine Menge über Mineralien und andere natürliche Ressourcen unseres Landes, Azanias, Namibias und Angolas gesprochen. Sie wollen unbedingt verhindern, daß wir unabhängig werden. Darum handelt es sich in Genf.

Wir sind wirklich froh, daß wir darüber ein klares Bewußtsein haben. Wir kamen nach Genf und waren uns vollständig darüber bewußt, daß die Konferenz aus diesen Gründen einberufen worden war. Deshalb kamen wir nach Genf, um diese Pläne und Intrigen gegen uns zu durchkreuzen.

Wir mußten gut vorbereitet sein, um unsere Aufgaben selbständig in die Hand nehmen zu können. Wir mußten eine gründliche Untersuchung der verschiedenen Versuche und Manöver machen, die sie unternehmen würden, um dann in der Lage zu sein, sie abzulehnen und den Gegenschlag zu führen.

Es gibt die Auffassung: Warum haben wir uns nicht geweigert, nach Genf zu kommen. Dann schaut die Leute an, die sich in Genf versammelt haben! Leute wie Bischof Muzorewa. Er hat wirklich keine klare Vorstellung von der zukünftigen Gesellschaftsordnung Zimbabwes. Alles, was er will, ist Staatsoberhaupt Zimbabwes zu werden ohne irgendeine Absicht, die Lebensbedingungen unseres Volkes in Zimbabwe zu verändern. Wären wir Genf ferngeblieben – wer weiß, was dann geschehen wäre. Es hätte mit weiteren großen Spaltungen und Zerwürfnissen enden können. Muzorewa hätte Ja zu diesem und Ja zu jenem gesagt, und wir wären nicht dagewesen, um diesem entgegenzutreten. Dies ist auch der Grund, weshalb wir die Patriotische Front gebildet haben. Dies war der Versuch, eine Kraft im Zaum zu halten, die in Genf gegen die Interessen des Volkes von Zimbabwe hätte arbeiten können. Deshalb müssen wir eine klar bestimmte Aufgabe in Genf wahrnehmen. Wir müssen die Interessen unseres Volkes verfechten, propagieren und schützen, wir müssen auf der Konferenz sicherstellen, daß auch hier Anstrengungen gemacht werden, seine Interessen zu verwirklichen und durchzusetzen.

durchzusetzen.

Die Imperialisten bereiten die Intervention vor

Es ist gesagt worden, das Problem Zimbabwe müsse „internationalisiert“ werden. Darüber sind wir nicht überrascht. Zimbabwe ist eine internationale Angelegenheit. Internationale imperialistische Interessen sind durch unseren Befreiungskrieg bedroht und gefährdet. Bedroht sind die Interessen der USA, Frankreichs, Westdeutschlands, Englands, Südafrikas. Selbstverständlich organisieren diese Mächte Gegenmaßnahmen. So wird der Kampf eine internationale Sache. Aus diesem Grund verstehen wir auch sehr gut, daß wir eine internationale Verpflichtung haben. Wenn wir an den Kampf herangehen würden, daß er ausschließlich ein Kampf Zimbabwes ist, so würden wir einen Fehler machen. Was in Zimbabwe geschieht, ist nicht auf Zimbabwe begrenzt. Es ist die Sache des Kampfes gegen den weltweiten Kapitalismus und Imperialismus, gegen die Ausbeutung. Deshalb sehen wir, wie alle möglichen imperialistischen Mächte sich in die Angelegenheiten unseres Landes einmischen und versuchen, ihre Interessen durchzusetzen. Insbesondere im Versuch, uns daran zu hindern, ein wirklich unabhängiges Zimbabwe zu errichten. Denn diese Unabhängigkeit Zimbabwes würde bedeuten, daß es unabhängig von ihrem Einfluß, ihrer Einmischung ist und frei von ihrer Ausbeutung. Auch in Europa werden die Massen noch ausgebeutet und kämpfen gegen Ausbeutung, in den USA werden die Arbeiter noch ausgebeutet und kämpfen gegen die Ausbeutung. Deshalb geht es in Zimbabwe den Imperialisten auch darum, der Ausweitung und Ausdehnung des Kampfes für die Beseitigung der Ausbeutung einen Schlag zu versetzen, ihm eine Niederlage zu bereiten.

Dies ist der Grund, weshalb gegenwärtig eine internationale Solidaritätsbewegung entsteht. Auf der einen Seite die Völker der Welt, die fortschrittlichen Länder in der Welt, die fortschrittlichen Organisationen – auf der anderen Seite die reaktionären Mächte, die Ausbeutermächte, die imperialistischen Mächte. Die Lage in der Welt ist gegenwärtig so, daß sie Zimbabwe ins Zentrum des Kampfes stellt. Die Woge des weltweiten Kampfes gegen den Imperialismus hat gegenwärtig in Zimbabwe ihre Spitze. Das ist die augenblickliche Erscheinung. Hier ha-

in Zimbabwe ihre Spitze. Das ist die augenblickliche Erscheinung. Hier ha-

ben wir, die fortschrittlichen Kräfte in Europa, in Westdeutschland, Frankreich, Großbritannien und in den USA noch Kampfaufgaben vor uns, deren Lösung wichtig ist für die Entwicklung der Lage in der Welt. Dann wird sich die Speerspitze der Kampffront auf Gebiete verlagern, die gegenwärtig dem Anschein nach noch ruhig sind.

Wir sind nach Frankfurt gekommen, um uns mit den Massen auf der Demonstration und der Kundgebung zusammenzuschließen, die vom KBW organisiert wurden. Wir haben als fortschrittliche Kräfte ein gemeinsames Ziel, eine gemeinsame Kampfaufgabe. Eine davon ist, daß bezüglich des westdeutschen Staates eine große Wahrscheinlichkeit besteht, daß er sich direkt in Zimbabwe einmischt, um uns daran zu hindern, wirklich unabhängig zu werden. Von Westdeutschland aus werfen die Imperialisten ihre Blicke bis hin zur Südspitze Afrikas. Die Imperialisten mischen sich direkt in alle Angelegenheiten Afrikas ein. Überall verfolgen die westdeutschen Imperialisten ihre Interessen, dringen sie ökonomisch ein. Zusammen mit ihren Freunden, den US-Amerikanern, den Briten, beraten sie sich. Die entgegengesetzten Interessen sind vollständig klar: Wir kommen aus dem Süden Afrikas nach Genf und schließlich nach Frankfurt und schließen uns mit den fortschrittlichen Kräften, die in Westdeutschland im Kampf gegen Kapitalismus und Imperialismus stehen, zusammen. Wir kommen diesen langen Weg, um zu demonstrieren, daß Kapitalismus und Imperialismus eine Gesellschaftsordnung sind, die beseitigt werden muß. Die imperialistischen Mächte planen auf der anderen Seite zum gleichen Zeitpunkt, ihre Streitkräfte zusammenzutun, um uns zu bekämpfen. Dies ist der Grund, weshalb wir der Auffassung sind, daß Zimbabwe eine ziemlich bedeutende internationale Angelegenheit geworden ist.

Das ist der Grund, weshalb die Arbeiter auf der Veranstaltung in Frankfurt waren. Aufgrund der Erkenntnis dieser Lage sind wir nach Frankfurt gekommen, um uns mit der gerechten Sache der Massen in Westdeutschland solidarisch zu erklären, und wir hatten gleichzeitig die Gelegenheit, ihnen zu erklären, wie ähnlich ihre Lage der unsrigen ist.

Zimbabwe-Solidaritätsaktionen

Flensburg. Auf der Propagandaveranstaltung „Die proletarische Revolution ist durch den Imperialismus auf die Tagesordnung gesetzt" wurden von den 21 Teilnehmern 84,01 DM für die ZANU gespendet.

Hamburg. Am 16. 12. fand eine Solidaritätsveranstaltung des Afrikakomitees Hamburg mit dem Genossen S. Mutumbuka vom europäischen Büro der ZANU statt. Der KBW hat dazu aufgerufen. Die Rede des Genossen Mutumbuka wurde von Beifall und Sprechchören gegen des Imperialismus und für den bewaffneten Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe begleitet. Die etwa 350 Anwesenden spendeten insgesamt über 3000 DM zur Unterstützung des Landwirtschaftsprojekts der ZANU. Davon wurden 450 DM von Kollegen des Norddeutschen Rundfunks, 300 DM von Kollegen des Amts für Jugend, 40 DM von Soldaten einer Kaserne übergeben. Ein Basar erbrachte zusätzlich 637,30 DM.

Hamburg. In der letzten Woche wurde in der Douaumont-Kaserne eine Spendensammlung zur Unterstützung des bewaffneten Befreiungskampfes des Volks von Zimbabwe durchgeführt. Die Stammsoldaten und die Soldaten der Sanitäts-Bereitschaft 1 spendeten zusammen über DM 20,-. Die Sanitäts-Soldaten unterstützten, bis auf eine Ausnahme, geschlossen den Befreiungskampf. Auf einer Festveranstaltung, auf der Genosse Mutumbuka, Mitglied im Europäischen Büro der ZANU, die Fortschritte im Kampf schilderte, waren auch Soldaten aus dieser Kaserne anwesend.

Bremen. Am 18.12. hat das Bremer Afrika-Komitee ein Zimbabwe-Solidaritätsfest durchgeführt, das vom KBW, seinen Massenorganisationen und fünf Studiengangsausschüssen der Universität unterstützt wurde. Es sprach der Genosse S. Mutumbuka, Mitglied der Zanu-Delegation in Genf. An dem Fest nahmen 800 Menschen teil. An Erlös und Geldspenden für die ZANU kamen 5 151,48 DM zusammen.

Oldenburg. An einer Veranstaltung des Afrika-Komitees Oldenburg nahmen 60 Menschen teil. Eine Versteigerung und ein Bazar brachten 165 DM für die Unterstützung des Befreiungskampfes des Volkes von Zimbabwe.

Braunschweig. Nach einer Diskussion über den Kampf des Volkes von Zimbabwe spendeten einige Arbeiterinnen von Tellon Air Pack für den bewaffneten Befreiungskampf. Sie waren sich darüber klar geworden, daß es auch ihren Kampf voranbringt, wenn das Siedlerregime verjagt wird. Es sind 10 DM gespendet worden.

Düsseldorf. In einer Mannesmann-Siedlung in Eller führte die Stadtteilzelle des KBW am Donnerstag, 17.12. eine ZANU-Solidaritätsaktion zur Unterstützung des bewaffneten Befreiungskampfes in Zimbabwe durch. Vorbereitet wurde sie durch ein Flugblatt, das die Expansionsbestrebungen der Mannesmann-Kapitalisten enthüllte. Die Bewohner zweier Wohnblocks mit ca. 25 Familien spendeten sieben große Säcke Kleider.

„Ein Schweißbrenner für die ZANU" Dazu riefen die Betriebszelle Teroson des KBW und die Stadtteilzellen Pfaffengrund und Eppelheim letzte Woche in vier Betrieben auf.

Nachdem morgens ein Aufruf verteilt worden war, wurde mittags ein Informationsstand errichtet und für den Schweißbrenner gesammelt. 50 DM wurden gespendet. Die Sammlung wird weitergeführt. Bei der Sammlung für die 4 Lastwagen für die ZANU hat die Belegschaft von Teroson insgesamt schon 700 DM gespendet.

Auf einem Solidaritätsfest versteigerten Kollegen – Mitglieder des KVZ-Leserkreises Teroson – ein selbstgemaltes Bild und erzielten so 300 DM für die ZANU.

Die Betriebszelle John Deere unterstützt die ZANU. Zur Veranstaltung in Frankfurt mit der ZANU-Delegation waren neben den Mitgliedern der Zelle vier Arbeiter aus dem Betrieb mitgefahren. Der imperialistische John-Deere-Konzern hat in Südafrika ein Zweigwerk errichtet. Daß er die Millionen hierfür aus den Knochen der Arbeiter hier gezogen hat, spüren die John-Deere-Arbeiter nur zu deutlich. In den letzten vier Jahren wurde in Mannheim die Produktion verdreifacht, während die Belegschaft nur um ein Drittel erhöht wurde. In ihrem neuesten Geschäftsbericht planen die John-Deere-Kapitalisten, aus den angesammelten Profiten schon wieder ein neues Werk zu bauen zu lassen. Daran konnte die Zelle gut deutlich machen, daß der Kampf des Volkes von Zimbabwe unter Führung der ZANU und der Kampf der Arbeiterklasse ein gemeinsamer Kampf gegen einen gemeinsamen Feind, den Imperialismus, ist.

Die Zelle hat jetzt zu einer Blutspendeaktion aufgerufen. Schon bisher haben sich an dieser Spendenaktion mehrere Kollegen beteiligt. Dadurch sind über 140 DM für die ZANU zusammengekommen. Die Zelle will diese Aktion fortführen und noch mehr Kollegen dafür gewinnen. Als Ziel hat sich die Zelle gesetzt, insgesamt 300 DM zu sammeln.

Mexiko:

Fortschritte im Kampf gegen den Imperialismus

Mexiko gehört zu den Ländern, die der künftige amerikanische Präsident Carter als besonders „befreundet" hervorhob. Solche „Freundschaften" will Carter bekanntlich festigen. Es handelt sich um das Abstecken einer engeren Einflußzone. Um den Machtanspruch zu verdeutlichen, war zur Amtseinführung des neuen mexikanischen Präsidenten Portillo Mrs. Carter anwesend, neben dem (durch einige Tage Acapulco gebräunten) Außenminister Kissinger. Begleitet war dies durch eine breit angelegte Pressekampagne, in der die Imperialisten sich als Sozialkritiker aufspielten: „Die Reichen schaffen ihr Geld ins Ausland, in den Bundesstaaten haben Tausende bewaffnete Bauern Land besetzt, der Peso verlor die Hälfte seines Wertes. Der neue Staatschef, José López Portillo, ... übernimmt von seinem Vorgänger Luis Echevarria ein Land, das die schwerste Krise seiner Geschichte erlebt." (Spiegel 50/76)

Die bestimmte Art von „Freundschaft", die die Imperialisten Mexiko in dieser Situation entgegenbringen, ihre geheuchelten und ihre wirklichen Besorgnisse lassen sich aufklären.

Mexiko ist der Fläche nach dreimal so groß wie die BRD, das zweitgrößte Land Lateinamerikas. Es hat mit über 60 Millionen Bewohnern nach Brasilien die größte Bevölkerung. 16 Millionen „Erwerbstätige" führt die Statistik. Davon sind etwa 6 bis 7 Millionen Bauern, Landarbeiter oder Fischer, 4 bis 5 Millionen Arbeiter in der Industrie, im Transportwesen, in Bergbau und Bauwirtschaft oder anderen Zweigen. 40 Prozent des städtischen und ländlichen Proletariats sind ohne Arbeit oder finden nur Gelegenheitsarbeit. Zum großen Teil sind das landlose Bauern, die in die Städte strömen – vor allem nach Mexiko City, das über 11 Millionen Einwohner zählt –, oder die als Wanderarbeiter in den USA illegal für eine Erntesaison Arbeit suchen, um nicht zu verhungern.

Das ist nur teilweise wahr. Mexiko hat sich insbesondere unter der Regierung des Präsidenten Echevarria, getrieben von den Aktionen der Arbeiter und Bauern, in die Front der Staaten eingereiht, die ihre staatliche Unabhängigkeit und die Interessen eines nationalen Wirtschaftsaufbaus gegen die Imperialisten verteidigen.

Mexiko gehörte zu den ersten Staaten, die für sich das Recht einer 200-Meilen-Zone in den Küstengewässern in Anspruch genommen haben. Die Fischgründe Mexikos wurden von den Fangflotten sowohl der Sowjetunion als der USA leergefischt. Nachdem im Juli mit Kuba (hinter dem die Sozialimperialisten stehen) ein Vertrag über die Begrenzung des Fischfangs in der 200-Meilen-Zone abgeschlossen wurde, wurde Anfang Dezember auch von den USA eine entsprechende Vereinbarung erzwungen. Die US-Schiffe dürfen nur noch in dem Maße und solange fischen, wie die mexikanische Fangflotte eine gesetzte Fangquote noch nicht selbst erreicht. Der Raubbau an den Krabbenbeständen muß sofort um 40 Prozent vermindert und ab 1979 ganz eingestellt werden. Die Fangergebnisse Mexikos sind in diesem Jahr dafür sprunghaft gestiegen.

Ebenso hat Mexiko in verschiedenen Zweigen der Grundstoffindustrie, in der Erzeugung von Zement und Stahl, im Transportwesen und in der Elektrizitätserzeugung, bei der Produktion von Kunstdünger und Landmaschinen beträchtliche Fortschritte gemacht. Im Laufe von vier oder fünf Jahren sind Produktionssteigerungen auf diesen Gebieten zwischen 30 und 50 Prozent erzielt worden. Die Förderung von Erdöl entwickelt sich rasch, und Mexiko hat seine Absicht erklärt, sobald ein nennenswerter Nettoexport erreicht ist, der OPEC beizutreten.

Durch Enteignungsmaßnahmen, Ausstattung bäuerlicher Kooperativen mit Krediten aus staatlichen Mitteln sowie besonders durch ein großangelegtes Erschließungsprogramm der Wasserreserven des Landes, in dessen schulden von 22,5 Milliarden Dollar, mit denen die Investitionen, aber auch die großen Nahrungsmittel- und Verbrauchsgüterimporte bezahlt werden mußten, die notwendig sind. 2 Milliarden Dollar sind jährlich allein für Zinsen und Schuldentilgung notwendig. Oft können sie nur durch neue Kreditaufnahme aufgebracht werden. So mußte Mexiko in diesem Jahr einen Kredit von einer Milliarde Dollar aufnehmen und ist damit nach Großbritannien der größte Kreditnehmer beim Internationalen Währungsfonds (IWF) in diesem Jahr. (Nachrichten für Außenhandel, 1.11.1976)

Im Jahre 1975 wurden 362 Millionen Dollar von den imperialistischen Monopolen in Mexiko direkt investiert. Die Profite betragen nach Angaben des US-Handelsministeriums im Schnitt 20 Prozent. (Le Monde, 1.12.1976) Sie werden zum größten Teil nicht in Mexiko angelegt, sondern aus dem Land herausgezogen. Das wurde gefördert durch einen vom Staat über 20 Jahre lang stabil gehaltenen Kurs des Peso im Verhältnis zum Dollar. Riesige Geldmengen wurden aus dem Land geschmuggelt und in Dollar und andere Devisen umgetauscht. Als die Regierung im Sommer ankündigte, daß der Peso-Kurs freigegeben würde, wurden binnen weniger Wochen allein 4 Milliarden Dollar aus dem Land gezogen. Der Peso fiel bei Freigabe um über 50 Prozent im Kurs. Als die Regierung Preiserhöhungen bei den in Mexiko selbst produzierten Waren untersagte und die Besteuerung entnommener Gewinne ankündigte, drohten die amerikanischen Konzerne und Banken mit Investitionsstopp und Kreditsperren.

Während die US-Imperialisten auf dem lateinamerikanischen Kontinent, den sie immer noch als ihren „Hinterhof" betrachten, geräuschvoll und herrisch auftreten wie eh und je, versucht die andere Supermacht, der russische Sozialimperialismus, sich auf leisen Sohlen durch die Hintertür hineinzuschleichen. Sie nutzen die Schwierigkeiten, liefern, um eine Abhängigkeit herzustellen.

Das mexikanische Volk hat eine lange und ruhmreiche Tradition des Kampfes gegen den Imperialismus. Nachdem in langwierigen Kämpfen von 1810–21 die spanischen Kolonialisten vertrieben waren, raubten die Vereinigten Staaten Mexiko einen großen Teil seines Gebietes, von Texas bis Kalifornien. Das mexikanische Volk fand nach Jahren der inneren Zerrissenheit seine nationale Einheit unter dem Indianer-Patrioten Benito Juarez, der zahlreiche antifeudale Reformen durchführte und die Massen zum Widerstand gegen die Invasion französischer Kolonialtruppen 1861 mobilisierte. 1864 wurde der französische Statthalter Maximilian hingerichtet. Die USA versuchten danach das Land zu unterwerfen und starteten 1916–17 eine Invasion nach Nord-Mexiko, wo sie durch den Bauernrevolutionär Pancho Villa zurückgeworfen wurden. Im ganzen Land fand eine große antifeudale Erhebung der Bauern, geführt von Emiliano Zapata, statt, die zu einer Agrarreform führte. Da aber die Führung durch das Proletariat fehlte, blieb die Reform immer wieder in den Anfängen stecken und wurde zurückgeworfen, während sich der imperialistische Einfluß der USA immer mehr verstärkte. Unterstützt von dem progressiven Präsidenten Cardenas 1934–40, nahmen die Massen der Bauern und Landarbeiter erneut die Agrarreform in die Hand, besetzten Großgrundbesitz, bildeten Kooperativen und organisierten sich. In diesen Kämpfen haben erstmals Kommunisten eine führende Rolle gespielt. Doch nach 1945 wurde die Bewegung erneut unterdrückt und die Reform Schritt für Schritt liquidiert. Unter dem Einfluß des modernen Revisionismus wechselte auch die Kommunistische Partei Mexikos ihre Farbe.

Jedoch hat die revolutionäre Bewegung der Arbeiter, Bauern und Volksmassen seit Ende der sechziger Jahre einen neuen großen Aufschwung



Mexikanische Landarbeiter in den USA mit den Fahnen ihrer Gewerkschaft

Das Massenelend ist eine Folge der imperialistischen Unterdrückung und Ausplünderung des Landes

Ein großer Teil des Bodens ist Großgrundbesitz, vor allem die fruchtbaren Ländereien in Nord-Mexiko. Die wirklichen Eigentümer sind die großen US-Nahrungsmittelkonzerne, die in den vergangenen Jahrzehnten Bauern durch Verschuldung oder auch nackte Gewalt von ihrem Land vertrieben haben und mexikanische Grundbesitzer-Clans als Strohmänner und Peitschenschwinger einer eigenen Armee von Landarbeitern eingesetzt haben. Die Landarbeiter werden bis zu 25 Prozent unter dem gesetzlichen Mindestlohn bezahlt. Produziert wird fast ausschließlich für die amerikanischen Supermärkte und Konservenfabriken.

Von 32 Millionen Hektar anbaufähiger Fläche werden gegenwärtig nur 17,4 Millionen Hektar bebaut. Mexiko ist bei zahlreichen Lebensmitteln auf Importe angewiesen. Die reichen Bodenschätze sind teils durch die Imperialisten ausgeraubt, vor allem das Gold. Teils fehlt es dem mexikanischen Staat an Mitteln, um den Abbau voranzutreiben. Das gilt vor allem auch für die großen Ölvorkommen, die nach und nach entdeckt werden. Der CIA hat schon Witterung aufgenommen: nach seiner Schätzung soll Mexiko über die nach Saudi-Arabien größten gegenwärtig bekannten Lagerstätten verfügen (Afrique-Asie, 1. November 1976). Aber erst im letzten Jahr haben die Ölexporte Mexikos die -importe übertroffen.

Die verarbeitende Industrie ist großteils direkt in der Hand der imperialistischen Konzerne. Fast alle großen Automobilkonzerne, darunter die Volkswagen-AG, unterhalten in Mexiko Fertigungsstätten. An der Grenze zu den USA gibt es, vom Pazifik bis zum Golf von Mexiko, 550 Betriebe, in denen US-Konzerne Massenfertigung von Gebrauchsgütern für den nordamerikanischen Markt zu Elendslöhnen betreiben.

Der Boden und die natürlichen Reichtümer, die Bauern, Landarbeiter und die Arbeiter werden ausgebeutet und ruiniert für den Profit der imperialistischen Konzerne. Befriedigt stellen die Imperialisten fest: „Eine echt eigene Industrie gibt es nicht." (Blick durch die Wirtschaft, 4. Oktober)

Verlauf zwischen 1970 und 1976 allein 149 Staudämme gebaut und weitere 31 in Angriff genommen wurden, konnten 1,1 Millionen Hektar Land bewässert und 635 000 Hektar Land den Bauern zur Bearbeitung neu übergeben und für die nationale Produktion erschlossen werden. In der Produktion von Weizen, Bohnen, Reis und Ölpflanzen ist Mexiko wieder Selbstversorger geworden. Bei Mais wird das für 1976 erwartet.

Die Behauptung, Mexiko stehe vor „fast unlösbaren Problemen" (Spiegel 50/76), ist imperialistische Propaganda. Es ist keineswegs unmöglich, eine nationale Wirtschaft aufzubauen, im Gegenteil, Mexiko ist ein reiches Land mit einer großen Bevölkerung. Was allerdings notwendig ist, das ist, die hundertfachen Fäden radikal zu zerreißen, mit denen der Imperialismus die selbständige Entwicklung des Landes fesselt. Das ist nur unter Führung des Proletariats möglich. Die Bourgeoisie und erst recht der Großgrundbesitz sind dazu nicht in der Lage. Alle einzelnen Fortschritte haben das Land nicht davor bewahren können, immer tiefer in Abhängigkeit vom Imperialismus verstrickt zu werden. Mexiko hat Gesamtkeiten, die aus der umfassenden Abhängigkeit vom US-Imperialismus entstehen, um Mexiko Schritt für Schritt in ihr System der „internationalen Arbeitsteilung", sprich Ausbeutung miteinzubeziehen. Mexiko ist neben Irak und Finnland das dritte Land, das sich zum RGW in einem „Kooperationsverhältnis" befindet.

Im Oktober wurden Abkommen mit der Sowjetunion und mit dem RGW über die Einrichtung einer regelmäßigen Seeverbindung sowie „Zusammenarbeit mit der Sowjetunion auf verschiedenen Gebieten der mexikanischen Wirtschaft vorgesehen; dazu gehören der Energiesektor, der Bergbau, das Hüttenwesen und der Maschinenbau". (Radio Havanna, 18.10.76) Dies sind großteils Bereiche der mexikanischen Wirtschaft, die bereits nationalisiert sind. Über Kreditaufnahmen dringt auch hier das imperialistische Kapital ein. Diesen unauffälligen Weg des Kapitalexports bevorzugen die Sozialimperialisten gegenwärtig. Dabei sind sie zunächst oft bereit, Einstandspreise zu zahlen. So werden sie zu Beginn Mexiko zu verbilligten Zinsen 5 Jahre lang Maschinen und Ausrüstung genommen. So haben die VW-Arbeiter in diesem Sommer eine Woche lang für eine 40-prozentige Lohnerhöhung gekämpft und 20 Prozent durchgesetzt. Der mexikanische Gewerkschaftsbund hat für den Fall, daß die Kapitalisten bei den anstehenden Lohnverhandlungen nicht die hohen Reallohnverluste ausgleichen, mit einem Generalstreik gedroht. – In allen Provinzen sind es schon hunderttausend und mehr Bauern, die sich bewaffnet Land genommen haben. Ausgehend von den Gewerkschaften der meist mexikanischen Landarbeiter in den USA beginnen sich auch die Landarbeiter in Mexiko selbst zu organisieren.

Der Druck, den die Imperialisten vor der Amtseinführung Portillos ausgeübt haben, hat nicht zum gewünschten Ergebnis geführt. Portillo hat angekündigt, verstärkt die nationalen Ressourcen und besonders die Landwirtschaft zu entwickeln. Das mußte er, denn die Arbeiter und Bauern Mexikos schärfen in ihren Kämpfen das Bewußtsein vom unversöhnlichen Widerspruch zum Imperialismus und der Notwendigkeit, ihn zu stürzen. – (gk)



3 000 Mannheimer Studenten demonstrieren gegen Stellenstreichungen und kündigen unbefristeten Streik an



Die Kieler Jusos überreichen dem Kultusminister ein Schwein (Bild: Die Zeit vom 10.12.76)

„Hallo ihr"

Die Sozialdemokraten im Vorstand der Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS) sahen sich im Oktober genötigt, Aktionstage auszurufen. Mit diesen Aktionstagen wollten sie der Bewegung der Studenten ein Ventil schaffen, so daß sie nach Abschluß dieser Aktionstage wieder frei vom Druck der Massenbewegung Verbandsgespräche betreiben konnten.

„Es wird vom VDS-Vorstand angestrebt, daß bundesweit im obigen Zeitraum Aktionen stattfinden, die, bei allen örtlichen etc. Spezifiken ‚nach außen' die Geschlossenheit und Kampfkraft der Studentenbewegung der BRD aufzeigen und ‚nach innen' vermitteln, daß den übergreifenden Problemen nur bundesweit begegnet werden kann."

Zur näheren Interpretation, was „nach außen aufgezeigt" und „nach innen vermittelt" werden soll:

„Mit diesen Hochschulgesetzentwürfen wird auch immer deutlicher, daß es falsch wäre, sich darauf zu beschränken, einen etwaigen Ermessensspielraum des HRG ‚taktisch auszunutzen'. Das HRG widerspricht jeder wirklich demokratischen Reform, echte Ermessensspielräume sind in ihm nicht enthalten."

Dies Zitat entstammt dem Aufruf der VDS-Vorstandsmitglieder zu den Aktionstagen. Man beachte die Entwicklung der „etwaigen" Ermessensspielräume zu „echten" Ermessensspielräumen.

Das Hochschulrahmengesetz regelt die Unterdrückung der Studentenmassen durch den staatlichen Hochschulapparat. Es ist eine Geschäftsordnung der Studentenunterdrückung. Werkzeug der Unterdrückung ist nicht das Gesetz. Niemand kann durch einen Fetzen Papier unterdrückt werden. Werkzeug der Unterdrückung sind die damit beauftragten Hochschulbeamten. Ihre Mittel und Methoden sind vielfältig, weil sie den ganzen Lernvorgang gestalten können. Setzen sich die Studenten zur Wehr, so steht hinter diesen Beamten die ganze Autorität des Staatsapparates, der Student wird eingesperrt, der Universität verwiesen.

Die Unterdrückung der Studenten ist, weil sie durch den Lehrkörper vollzogen wird, nicht frei von Willkür. Das HRG regelt diese Willkür, insofern es die Freiheit der Professoren zur „Lehre" festhält.

Die Professoren haben selbstverständlich Ermessensspielraum vollständig genug. Sie können durchfallen lassen oder bestehen, sie können Referate annehmen oder ablehnen, sie können BAFöG-Bescheide unterschreiben oder auch nicht.

Ernst genommen, enthält die Aufforderung der VDS-Strategen, sich „*echte* Ermessensspielräume" zu verschaffen, die Aufforderung an die Professoren, sie sollten je persönlich aufhören, sich als Beamte des Staatsapparates pflichtgemäß aufzuführen.

Ideologisch beruht der Gedankengang auf der Lebenserfahrung von Parasiten, die auf dem Wege der Ermessensspielräume ihrer jeweiligen Förderer nach oben klettern. Politisch bedeutet die putzige Absicht, die Studentenbewegung zwischen „etwaigen" und „echten" Ermessensspielräumen einzuzwängen, den Versuch einer Ablenkung der Massenbewegung. Dieser Versuch der Ablenkung wurde von der einzigen Körperschaft her in Gang gesetzt, die tatsächlich in der Lage ist, die kraftvolle Bewegung der Studenten zu einem wirksamen Stoß gegen die Unterdrückung durch den imperialistischen Staatsapparat zusammenzufassen.

Die Aktionstage wurden von diesen Sozialdemokraten angesetzt, um die Initiative zu einer einheitlichen Urabstimmung für Streik im ganzen Lande abzufangen.
Etwa dreihunderttausend Studenten gingen während dieser Aktionstage tatsächlich in Aktion. Sie jagten Lehrveranstaltungen, in denen sich Professoren mit Reichen suhlten, auseinander. BAFöG-Ämter wurden besetzt. Institute geräumt. Vereinzelt griffen Studenten zum Mittel des „Tür-zu-Streiks", das heißt, sie ließen Lehrkörper und Personal gar nicht ins Gebäude.

In fast allen Hochschulstädten kam es zu Demonstrationen, welche die Hälfte oder auch mehr Studenten umfaßten. In Holzminden führten Studenten die erste Straßendemonstration seit 1945 durch.

Die Bewegung war weit davon entfernt, sich ventilieren zu lassen. Verschiedentlich versuchten die Sozialdemokraten in den VDS, der Bewegung die Schärfe zu nehmen, indem sie diesen großen Kampf ins Lächerliche zu ziehen trachteten. Man erinnere sich nur an die BAFöG-Postkartenaktion des VDS-Referenten Möhlich.

Örtlich schlugen Leute, die Möhlich seinen Posten neidisch sind, Aktionen vor wie: „Übergabe eines Schweins an den Rektor" oder „Demonstration in Unterhosen".

Man hat sie ausgelacht. Dem Schwein von Rektor werden wir etwas anderes geben, das war schon eher die Stimmung.

Die Aktionen der Studenten waren groß, machtvoll, energisch und beeindruckend. Das Projekt, eine Woche der eingeschlafenen Füße, des Postkartenschreibens, der Schweinübergabe und des Demonstrierens in Unterhosen durchzuführen, ist gescheitert.

Die Bourgeoispolitiker zeigen Wirkung. Allerdings hat sich auch gezeigt, daß diese Aktionen Grenzen haben. Die große Zahl der Studenten reicht nicht hin, um einen verschlagenen Feind zu beugen. An verschiedenen Orten erlitt die Bewegung der Studenten die fieberhaften Spaltungsversuche der Bourgeoispolitiker mehr, als sie sich dieser erwehren konnte. So kam es in Westberlin zu der beschämenden Tatsache, daß die Opportunisten den Abbruch des Streiks an der FU just zu dem Zeitpunkt durchsetzten, als er an der TU ausgerufen wurde.

Die Aktionstage, das ist richtig, haben durch die bloße Gleichzeitigkeit den Kämpfen der Studenten eine gewisse Entfaltungsmöglichkeit geschaffen. Sie haben bei den Studentenmassen eine festere Vorstellung ihrer Kraft geschaffen. Indes, wenn jetzt auch die Kämpfe an den einzelnen Instituten, an einzelnen Universitäten durchaus mit gesteigerter Kraft vorgehen, so bleibt doch jedem politisch denkenden Menschen bewußt: Da die Bourgeoisie ihre gesetzliche Autorität sowohl in die Steigerung der materiellen Abhängigkeit der Studenten durch Verkürzung des BAFöG als auch der gesteigerten offenen Unterdrückung durch die Radikalenerlasse vollständig eingesetzt hat, ist sie durch eine zersplitterte Bewegung, die noch dazu unter ungleichen Forderungen ungleichzeitig antritt, nicht zurückzuwerfen.

Entweder es gelingt den Studenten – übrigens erstmals in der Geschichte –, zu einer einheitlichen Streikaktion zu kommen, oder die Bourgeoisie setzt sich durch, wenngleich nur gegen erbitterten Widerstand.

Die Massenbewegung hat hiervon ein Bewußtsein. Opportunisten, die vor Monatsfrist noch gurgelten, „zentralisierte Aktionen wären sowieso Scheiße", weil sie die Spontaneität der Studenten bloß fesselten, müssen jetzt in den Aktionen und auf den Versammlungen zugeben, daß eine Urabstimmung aller Studenten und ein Streik aller Studenten das angemessene Mittel wäre, die Widersprüche zum imperialistischen Staatsapparat auszutragen. Der VDS-Vorstand läßt schwüle Briefe los:

„Hallo Ihr,
auf der letzten Vorstandssitzung haben wir auch auf Anregung von vielen ASten die Durchführung eines bundesweiten ASten-Seminars am 15./16.1.1977 beschlossen."

Mit dieser Anrede, die ihn ebenso berühmt machen wird, als hätte er in Unterhosen dem Bundeskanzler ein Schwein überreicht, wendet sich Axel *Ickert* für den VDS-Vorstand nach diesen Aktionstagen an alle ASten der BRD.

Da sich die Hoffnung, die Studentenbewegung könne sich im Gestrüpp der Aktionstage verlaufen, zerschlagen hat, muß mit Gewalt versucht werden, die Zusammenfassung der Kämpfe zu unterbinden.

Genauso wie das Verlangen nach Urabstimmung und Streik aller Studenten durch die Aktionstage abgefangen werden sollte, soll jetzt das verstärkte, breitere, bewußtere Verlangen nach außerordentlicher Mitgliederversammlung, Manifestation der Entschlossenheit der Studentenbewegung und Beschluß auf Urabstimmung und Streik gegen den Willen des Vorstandes abgefangen werden.

Geradeso, wie versucht wurde, die VDS-Aktionstage ins Lächerliche zu ziehen, geradeso wird jetzt versucht, die Notwendigkeit einer außerordentlichen Mitgliederversammlung ins Lächerliche zu ziehen. Denn wozu soll dieses Seminar dienen?

„Dieses Seminar dient der Reflexion der Wintersemesteraktionen und der Erarbeitung einer Perspektive für 1977."

Wer soll dieses Seminar besuchen?

„Dieses Seminar sollte nach Möglichkeit nur jeweils von 1 Vertreter Eurer Hochschule besucht werden, da unsere Mittel begrenzt sind."

Nur siamesische Zwillinge haben nicht „die Möglichkeit", einzeln ein Seminar zu besuchen. Ickert will die Vertreter der Studenten *einzeln* haben, er hofft, sie dann besser *beschwatzen* zu können. Da die Gefahr besteht, daß Vertreter von ASten an Beschlüsse gebunden auftreten, indem sie dies versehentlich für „Reflexion" halten und „Perspektive" mit Festlegung verwechseln, muß festgehalten sein, worin die richtige Form der Vorbereitung besteht:

„Es wäre deshalb sinnvoll, wenn Ihr Euch gut vorbereiten würdet und eventuell auch schon auf Landes-ASten-Konferenzen Diskussionen laufen."

Da Diskussionen keine Beine haben, „laufen" sie nicht. *Verlaufen*, im Sande, im Unbestimmten, das ist der Wunsch. Da Ickert intime Einzelberatung vorhat, kann er auch von der Liquidation einer Gebühr nicht absehen:

„Der Ort und genaue Zeitplan wird Euch in den nächsten Tagen von U. Klimmek mitgeteilt. Auch können wir von der Erhebung einer angemessenen Gebühr nicht absehen, die natürlich für mittellose ASten nicht unbedingt verbindlich ist."

Seit wann haben Mitglieder des VDS-Vorstandes das Recht, *Hörergelder* einzufordern? Aber, im VDS sitzen Sozialdemokraten, und die sind sozial, mildtätig und seit der Regierungserklärung von Schmidt verpflichtet, jedes Inkasso mit dem wahren Schein der Nächstenliebe zu verhüllen:

„Solche Hochschulen, die nicht in der Lage sind, die Fahrtkosten zu bezahlen, sollten einen Antrag an uns stellen oder einen ‚befreundeten' AStA fragen, ob er ihnen helfen kann."

Nach diesem Anfall von Nächstenliebe, am besten auf Kosten anderer, folgt ein Funke von Wahrheit:

„Wir machen das Seminar, um die Diskussion möglichst breit zu machen und früh genug in die Planung einsteigen zu können. Außerdem spielt auch ein wenig der Gedanke mit, dadurch dem zu erwartenden MV-Hick-Hack ein bißchen entfliehen zu können."

Die Bewegung auseinanderdividieren und den Vertretern der ASten auf den Zahn fühlen, feststellen, was man sich gegenwärtig noch leisten kann, heißt das im Klartext. Nach dieser verhüllten umschleimten Wahrheit läßt Ickert Klarheit folgen:

„Auf dem Seminar werden keine Beschlüsse gefaßt."

Als ob es zu verhindern wäre, daß Vertreter von 170 ASten, die sich treffen, Beschlüsse fassen. Aber darum geht es Ickert nicht. Satzungsgemäß, und das heißt hier vor bürgerlichen Gerichten einklagbar, binden Beschlüsse, die von diesen Vertretern der ASten auf dem Seminar gefaßt würden, den VDS-Vorstand nicht.

„So, dann hoffe ich auf Eure breite Teilnahme. (Wohlgemerkt, alle Hochschulen sollen an dem Seminar teilnehmen, nicht nur die FH'n.) Also dann bis zum Januar und kommt gut ins neue Jahr."

Es wäre hundertmal aufrichtiger und insofern auch höflicher gewesen, wenn Ickert geschrieben hätte: Ich gehe jetzt für 14 Tage Skifahren, und im übrigen könnt Ihr mich am Arsche lecken.

„Mit der gemeinsamen Verabschiedung des HRG durch CDU, SPD und FDP sind die Herrschenden in unserem Lande zum Kampf um die Hochschulen ‚angetreten'. Diesen Kampf um die Hochschulen, diese Herausforderung haben die Studenten in der VDS-Aktionswoche massiv angenommen."

So analysiert im Vorabdruck eines Leitartikels der VDS-Press der unvergeßliche BAFöG-Postkarten-Möhlich die Lage tiefschürfend. Postkarten-Möhlich, der erst noch dementieren muß, daß er auch die Sache mit den Unterhosen und das mit dem Schwein hinterrücks betrieben hat, über das von Ickert einberufene Bundes-ASten-Treffen:

„Dies Treffen wird eine neue Kampfetappe für unsere sozialen und politischen Hauptforderungen einleiten."

Was wird das Neue an dieser Etappe sein? Man erinnert sich an Ickert, das Neue wird sein, daß ein Verbot von Beschlußfassung besteht. Ganz närrisch vor Angst, daß ihm die Studentenbewegung entgleiten könnte, geben die Sozialdemokraten, die den Vorstand der VDS besetzt halten, der dringenden Erfordernis nach Zentralisierung der Studentenbewegung und ihrer Kämpfe einen Schritt nach, aber nur, um dabei gleich die in der Tat neue Etappe der Entmündigung der Studentenvertreter auszurufen. Hallo Ihr – Ickert und Postkarten-Möhlich, Eure Hoffnungen, dem MV-Hick-Hack ein wenig zu entrinnen, sind nicht gut begründet, es könnte leicht ein außerordentliches MV-Hick-Hack geben. – (mf)

Für wen die Regierung regiert:

Zum Beispiel Thyssen

Die Staaten der Dritten Welt treten für eine neue Weltwirtschaftsordnung ein. Das Kernstück dieser neuen Weltwirtschaftsordnung ist das Recht auf entschädigungslose Enteignung und Nationalisierung von imperialistischem Eigentum in den Ländern der Dritten Welt. Die Bundesregierung hat jetzt ein Gutachten des „Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Wirtschaft" veröffentlicht, wo dem Recht auf entschädigungslose Enteignung die Forderung nach „Investitionsgarantiezonen" gegenübergestellt wird. In diesen „Investitionsgarantiezonen" soll der Kapitalexport und die Ausbeutung der Arbeiter sowie die Ausplünderung des Landes durch Abkommen gesichert sein. Ein solches Abkommen würde jeder imperialistischen Intervention einen Schein von Recht geben. Es wäre ein Abkommen gegen die nationale und soziale Befreiung und für die Aufteilung der Welt unter die imperialistischen Konzerne und Monopolgruppen. Wie im Innern, so in der internationalen Sphäre macht die Regierung die Politik der Finanzbourgeoisie. Von deren Interessen ist dieser Vorschlag diktiert. Einer der größten dieser imperialistischen Konzerne in Westdeutschland ist der Thyssen-Konzern. Vorletztes Jahr hatte er den größten Umsatz, letztes Jahr stand er hinter der VEBA an zweiter Stelle der umsatzstärksten westdeutschen Konzerne. Gegenwärtig erscheinen in den Zeitungen die Geschäftsdaten der verschiedenen Tochterfirmen des Thyssen-Konzerns. Der Konzern hat auch in der Krise die Ausbeutung und Ausplünderung so kunstvoll zu betreiben verstanden, daß er bereits jetzt vor der Erstellung des endgültigen Jahresabschlusses ankündigt, er werde 14 % Dividende pro Aktie bezahlen. (In KVZ Nr. 48 war fälschlich von 7 Prozent die Rede.) Die Thyssen-Handelsunion AG, in der die zahlreichen Handelsfirmen des Konzerns zusammengefaßt sind, meint, sie sei „ungeschoren" durch das Jahr gekommen. Trotz eines Umsatzrückgangs von 779 Millionen DM überweist sie an die August-Thyssen-Hütte AG, den Mutterkonzern, 53 Millionen, damit sie als Dividende ausgeschüttet werden können. Auch der Rest des Konzerns hat die Ausbeutung und Ausplünderung erfolgreich betrieben. Allein an Dividende kann der Konzern so über 150 Millionen auszahlen und diese 150 Millionen sind nur ein Bruchteil des Profits.

Investitionen des Thyssen-Konzerns

	1973/74	1974/75
	Mill. DM	
Stahl	485	632
Verarbeitung	181	182
Handel/Verkehr	45	67
Rohstoffe	67	55
Sachanlagen	778	936
Finanzanlagen	93	151
Inland	16	36
Ausland	77	115
Insgesamt	871	1087

Einen großen Teil des von den Arbeitern produzierten Kapitals investieren die Kapitalisten erneut im Produktionsprozeß, um die Ausbeutung auf erweiterter Stufenleiter fortzusetzen. (Tabelle: Geschäftsbericht August-Thyssen-Hütte 1974/75)

Auf der letzten Aktionärsversammlung hatte der Vorstandsvorsitzende des Thyssen-Konzerns Spethmann gesagt:

„Das Aktionsfeld der Thyssen-Gruppe wird zunehmend von internationalen Maßstäben bestimmt. Das betrifft nicht nur die Rohstoffsicherung und den Aufbau zusätzlicher Produktionen, sondern auch den weltweiten Verkauf unserer technologischen Erfahrungen. Wir haben damit ein weit gefaßtes Konzept. Es enthält natürlich Risiken – jedoch müssen wir sie eingehen, wenn wir Erfolg haben wollen."

Das Risiko besteht darin, enteignet zu werden. Um dieses Risiko zu steuern, brauchen die Kapitalisten den bürgerlichen Staat. Er ist der geschäftsführende Ausschuß der Kapitalistenklasse. Er sichert den imperialistischen Konzernen das exportierte Kapital. Er gewährt den Kapitalexporteuren Bürgschaften. Doch wichtiger als das Versprechen auf *Ausgleich* von Verlust ist den Kapitalisten die *Verhinderung* des Verlustes ihres Eigentums, das aus Produktionsmitteln besteht und Extraprofite „abwirft". Wichtiger als die Bürgschaften für den einzelnen Kapitalisten sind für die Kapitalistenklasse die politische und militärische Stärke des imperialistischen Staatsapparates, wodurch „Investitionsgarantiezonen" erst gehalten werden können.

Der Thyssen-Konzern besteht im wesentlichen aus drei Bereichen, dem Stahlbereich, einem Verarbeitungsbereich und einem ausgedehnten Handelsbereich. Über verschiedene Schachtelkonstruktionen befindet sich der entscheidende Teil des Aktienbesitzes in der Hand der „Thyssen-Erben", die über die Thyssen-Beteiligungsverwaltung GmbH eine „Schachtel" in der Hand haben, die die Verfügung über den Konzern sichert. Beherrscht wird der Konzern durch die drei Großbanken, insbesondere durch die Deutsche Bank. Alle drei Großbanken sind mit Vorstandsmitgliedern im Aufsichtsrat der August-Thyssen-Hütte AG vertreten. Der Thyssen-Konzern in seiner jetzigen Form ist durch eine ganze Reihe von riesigen Transaktionen zustandegekommen, die durch die Banken, vor allem die Deutsche Bank, betrieben worden sind. 1964 hat er sich so Phoenix Rheinrohr einverleiben können. 1968 hat er vom Gute-Hoffnungshütte-Konzern die Hüttenwerke Oberhausen AG übernommen. In der gleichen Zeit hat er mit dem Mannesmann-Konzern das Stahlröhrengeschäft zusammengelegt und die Mannesmann-Röhrenwerke gegründet. Die vorläufige Krönung dieser Zentralisation von Kapital durch den Thyssen-Konzern war die Einverleibung des Rheinstahl-Konzerns 1973. Dadurch hat der Konzern den größten Teil der westdeutschen Edelstahlproduktion in seine Hand bekommen und hat sich einen profitablen verarbeitenden Bereich zugelegt. Der Thyssen-Konzern ist nach 1945 aus dem Stahlverein „entflochten" worden, der die deutsche Stahlindustrie monopolisiert hatte. Er war einer der Hauptantreiber der deutschen Aggressionen, die schließlich zum Zweiten Weltkrieg führten. Nach der „Entflechtung" verfolgte der Thyssen-Konzern zielstrebig die Wiedergewinnung dieser alten Monopolstellung in der Stahlindustrie.

Monopolstellung in der Stahlindustrie.

In drei Phasen hat die westdeutsche Finanzbourgeoisie den Konzern aufgebaut. Zuerst hat sich der Konzern immer größere Teile der Stahlproduktion unter den Nagel gerissen. So etwas nennen die bürgerlichen Ökonomen einen „horizontalen Konzern". Spätestens mit der Einverleibung des Rheinstahl-Konzerns, die von der anderen Seite her Toni Schmücker als Mann der Banken betrieb, verschaffte sich der Konzern eine „vertikale Struktur", die von der Kohle- und Erzförderung bis zur Produktion von Maschinen reicht. Jetzt, nachdem der Thyssen-Konzern große Teile der westdeutschen Stahlproduktion monopolisiert hat und sich einen schlagkräftigen Verarbeitungsbereich durch Einverleibung des Rheinstahl-Konzerns zugelegt hat, geht der Konzern immer entschlossener auf Kapitalexport. Vorbereitungen getroffen hat der Konzern dafür durch seinen auf den Weltmarkt ausgerichteten Stahlhandel, der in der Thyssen-Handelsunion konzentriert ist. Seine Bestrebungen gehen darauf, an billige Rohstoffe heranzukommen und sich durch Kapitalexport Märkte zu öffnen oder zu erhalten, die er durch bloßen Warenexport gegenüber seinen Konkurrenten nicht halten kann. Das Eisenerz besorgt sich der Konzern rund um die Welt. Schon frühzeitig hat er sich dafür an der Bong Mining Company Inc. in Liberia beteiligt, an der er 21,4 % hält. Das Unternehmen beutete 1975 eine Belegschaft von 2 876 Arbeitern und Angestellten aus und hatte 1975 einen Umsatz von 265 Millionen DM. Außerdem betreibt der Konzern in Brasilien die Ferteco Mineracao S.A. mit 1975 1251 Arbeitern und Angestellten und einem Umsatz von 95 Millionen DM. Auf der vorletzten Hauptversammlung hat der Vorstandsvorsitzende dann festgestellt:

„Unsere neuen Auslandsaktivitäten in Europa und in Übersee gewinnen Gestalt. Die erste Ausbaustufe der Cosigua (Stahlwerk) in Brasilien ist abgeschlossen. Auch beim französischen Küstenstahlwerk der Solmer ist die Produktion inzwischen angelaufen. Außerdem stehen wir unmittelbar vor einer ersten Beteiligung an einem Kokskohlevorkommen in Übersee. Schließlich erweitern wir unsere Erzgewinnung. Denn nach unserem Konzept beginnt die unternehmerische Aufgabe im Stahl mit dem Aufsuchen und Fördern von Rohstoffen. Der Zusammenschluß mit Rheinstahl ist vollzogen. Damit verfügt die Thyssen-Gruppe nunmehr über eine wesentlich breitere Unternehmensbasis."

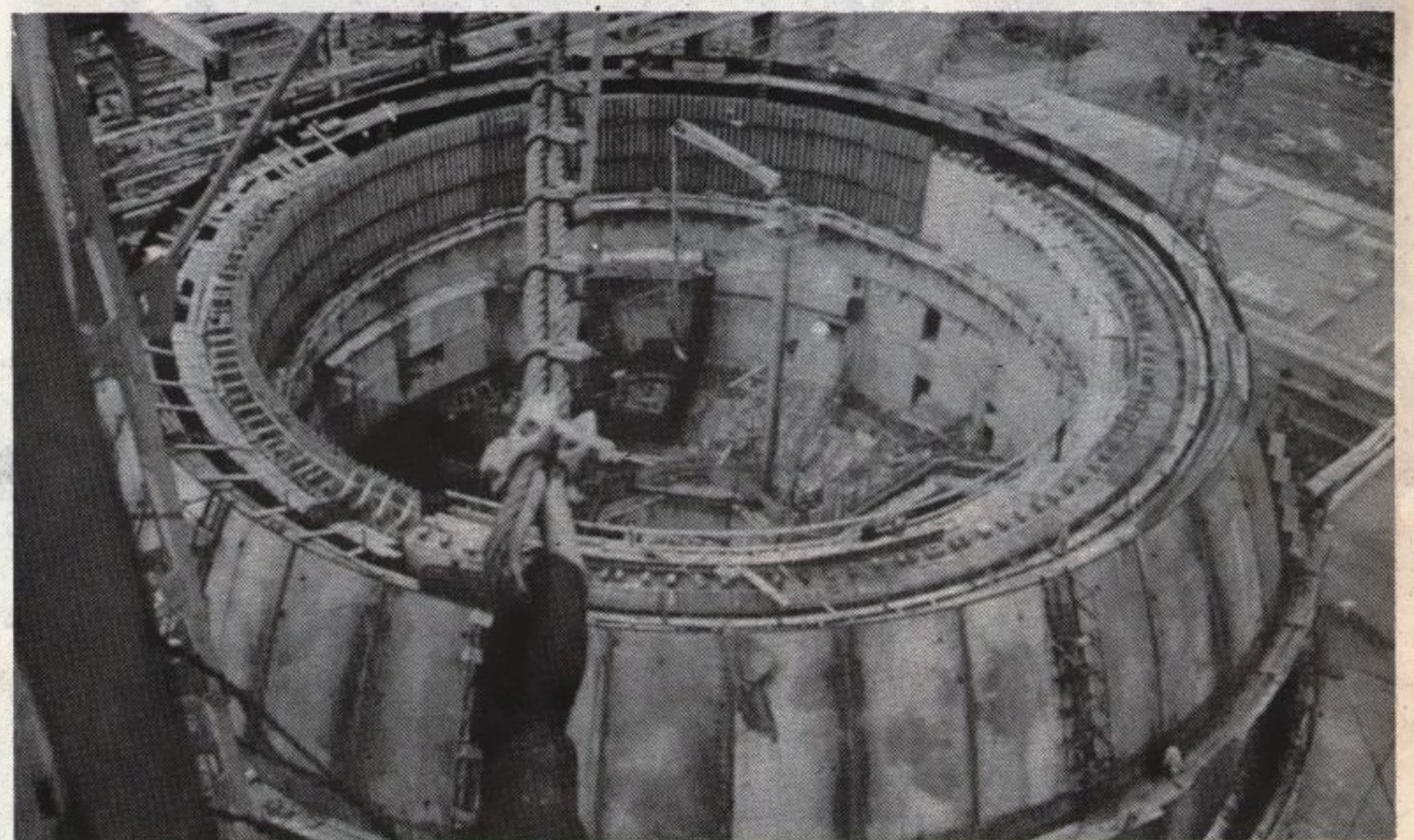
Diese breitere Unternehmensbasis soll nun genutzt werden, um in der imperialistischen Konkurrenz und gegen die Völker an der Aufteilung der Welt teilzunehmen. Der frühere Vorstandsvorsitzende Sohl, bis vor kurzem Chef des BdI, jetzt Aufsichtsratsvorsitzender des Thyssen-Konzerns, hat sich gegenüber der Regierung in dieser Hinsicht ganz deutlich ausgelassen und die Regierung an ihre Pflicht gemahnt, die imperialistischen Raubzüge der Konzerne nicht zu hemmen, sondern zu unterstützen. Es gibt da einen Widerspruch zwischen den Stahlkonzernen und dem imperialistischen Staatsapparat, der der geschäftsführende Ausschuß nicht einer Branche und eines Konzerns, sondern des Finanzkapitals

Konzerns, sondern des Finanzkapitals

insgesamt ist. Die westdeutschen Stahlkonzerne sind verpflichtet, der 1969 geschaffenen Ruhrkohle AG die Kokskohle abzunehmen. Diese Kokskohle ist vergleichsweise teuer. Die Stahlkonzerne laufen deshalb regelmäßig gegen die Abnahmeverpflichtung Sturm, obwohl sie selber an der Ruhrkohle beteiligt sind. Thyssen z.B. mit 12,7 %. 1972 hatte Sohl an die Regierung geschrieben und verlangt, daß entweder eine hohe Subvention für die Abnahme der Ruhrkohle dauerhaft zugesagt werden müsse oder dem Konzern freie Hand gelassen werden müsse, sich die Kokskohle zu holen, wo sie zu greifen ist. Das „Handelsblatt" vom 2.1.73 zitiert aus diesem Brief: „Die politische Entscheidung, die hiernach fallen muß, ist nicht weiter aufschiebbar." Das „Handelsblatt" schreibt weiter:

„Die Thyssen-Verwaltung wird in ihrem Aide Mémoire dann recht massiv, wenn sie darauf hinweist, sie könne es im Interesse der Erhaltung der Lebenskraft des Unternehmens und seiner Arbeitsplätze nicht mehr verantworten, erst zu einem Zeitpunkt mit einer eigenen Brennstoffpolitik im internationalen Bereich zu beginnen, in dem die namhaften Konkurrenten sie bereits praktizieren. Grubenfelder und Zechenbeteiligungen in Übersee, auf deren Förderung man mit großer Wahrscheinlichkeit in den nächsten Jahren zurückgreifen müsse, stünden nicht dauernd zum Erwerb an, und der Thyssen-Konzern habe sich darum zu kümmern, bevor ‚die Welt aufgeteilt ist'. Würden ihm auf die Dauer die Hände gebunden werden, ohne daß ein gesicherter Ausgleich zugesagt werde, so bedeutet das für den Thyssen-Konzern die Notwendigkeit, ihren inländischen Standort für die Stahlerzeugung zu überprüfen und alle aus einer solchen Prüfung sich ergebenden notwendigen Konsequenzen zu ziehen."

Der Thyssen-Konzern hat sich in Westdeutschland eine beherrschende Position erobert, und er will sie nutzen, um an der Aufteilung der Welt teilzunehmen. Dabei stützt er sich auf den Staatsapparat. Den Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen, Heinz Kühn, hat er im Aufsichtsrat, damit der rechtzeitig weiß, was los ist, und spurt.



Thyssen-Rheinstahl baut Sicherheitshüllen für Kernkraftwerke. Die Stahlkonzerne sind in doppelter Weise am Bau von Kernkraftwerken interessiert. Der Bau sichert ihnen Millionenprofite. Von den fertigen Kernkraftwerken versprechen sie sich billigen Strom. Die Stahlindustrie ist nach der Chemieindustrie der größte Stromverbraucher.

Natürlich sitzen auch die Sozialdemokraten aus dem Vorstand von IG Metall und DGB dort rum. Sie haben die Aufgabe, durch chauvinistisches Zeug die Arbeiter den Raubzügen der Thyssen-Kapitalisten zu unterwerfen. Sie werden für die Erfüllung ihrer Aufgabe auf jeder Hauptversammlung gelobt. So konnte Vetter auf der Hauptversammlung im März 1976 ein Lob des Couponschneiders Fiebich einstecken, weil er die Einverleibung des Rheinstahl-Konzerns ideologisch abgesichert hatte:

„Ich kann mich nur dem Dank meiner Vorredner für die hervorragende Unternehmensführung anschließen. Man muß den Aufsichtsrat einschließen, die Arbeitervertreter, und gerade auch Sie, Herr Vetter; denn man hat damals aus einer Kurzsichtigkeit in der breiten Öffentlichkeit, in den Medien gegen die Elefantenhochzeit Thyssen-Rheinstahl opponiert. Heute sehen wir, daß diese sogenannte Elefantenhochzeit – warum sollen Elefanten eigentlich nicht ab und zu Hochzeit machen? – durch das Ja der Gewerkschaften ermöglicht worden ist, und dafür bedanke ich mich."

licht worden ist, und dafür bedanke ich mich."

Auf derselben Hauptversammlung Frühjahr 1976 wurde der Vorstand von einem Aktionär gefragt, warum der Konzern noch keine „Weltbilanz" erstelle. Das Vorstandsmitglied Kuhn antwortete ihm:

„Sie haben nach der Weltbilanz gefragt und nach näheren Angaben einer gedachten Weltbilanz. Sie wissen, daß wir bisher davon abgesehen haben, eine Weltbilanz aufzustellen, weil die Größenordnungen – Umsatz, Belegschaften, Vermögen, die sich im Ausland befinden – nicht so bedeutend bisher bei Thyssen waren, daß sich hierdurch ein anderes Bild des Konzerns ergeben hätte. Das ist auch jetzt noch der Fall. Wir meinen, daß wir jetzt zu einer Weltbilanz übergehen sollen. (...) Der übernächste Abschluß wird bestimmt ein Weltabschluß sein. (...) Ich will ihnen aber einige Zahlen aus einer internen Weltbilanz sagen. Die Bilanzsumme würde sich um 900 Millionen erhöhen, das ist 6,7 Prozent der jetzigen Bilanzsumme. (...) Die Gesamtumsätze der ausländischen Gesellschaften, die sich in Mehrheitsbesitz befinden, sind 2,8 Milliarden DM, nach Eliminierung der Konzern-Innenumsätze bleibt ein zusätzlicher Umsatz von 1,5 Milliarden DM. Bei diesen Gesellschaften – es sind achtzig Gesellschaften – wurden am 30. September 9 000 Mitarbeiter beschäftigt."

Um in einer solchen Weltbilanz in Zukunft Erfreuliches lesen zu können, setzen die Monopolkapitalisten auf

Zukunft Erfreuliches lesen zu können,

den imperialistischen Staatsapparat und auf Vorschläge wie den von „Investitionsgarantiezonen". Lange wird das nicht gehen. Die historische Bilanz steht in den roten Zahlen. Die Haupttendenz in der Welt ist Revolution. Um so mehr werden die Imperialisten noch um sich schlagen. – (gs)

Belegschaften des Thyssen-Konzerns

	30.9. 1974	30.9. 1975	Veränderung in Prozent
August Thyssen Hütte	36 450	35 550	– 2,5
Thyssen Henrichshütte	8 812	8 728	– 1,0
insgesamt	45 262	44 278	– 2,2
Rheinstahl-Kreis	48 478	46 248	– 4,6
Thyssen Niederrhein-Kreis	17 384	16 611	– 4,4
Thyssen Edelstahlwerke-Kreis	17 429	16 341	– 6,2
Thyssen Handelsunion-Kreis	10 634	9 904	– 6,9
Übrige Gesellschaften	8 192	8 067	– 1,5
Thyssen-Gruppe	147 379	141 449	– 4,0

Die lebendige Arbeit von weit über hunderttausend Arbeitern und Angestellten ist der Springquell all der Milliardenprofite des Thyssen-Konzerns. Sie bezahlen nur den Teil der Arbeit, der notwendig ist, um die Lebensmittel der Arbeiter zu reproduzieren. (Tabelle: Geschäftsbericht August-Thyssen-Hütte 1974/75)

Alle Angaben im Monatsdurchschnitt	Geschäftsjahr 1974/75	1. Vierteljahr 1975/76	2. Vierteljahr 1975/76
Produktion			
Rohstahl .... 1000 t	1 130	958	1 036
Walzstahl .... 1000 t	935	791	875
Erzeugnisse der Stahlweiterverarbeitung* . 1000 t	73	64	75
Gießereierzeugnisse ...... 1000 t	45	38	42
Stahl- und Waggonbau ... 1000 t	16	17	15
Maschinenbau .... Mill. DM	71	73	69
Schiffbau ... 1000 Fertigungsstd.	332	331	287
Kundenumsatz .... Mill. DM	1 793	1 536	1 678
Exportanteil .... %	35	32	31
Belegschaft am Ende des Berichtszeitraumes ...	143 580	141 228	139 026

* Erzeugnisse der Schmieden, Ziehereien und Kaltwalzwerke sowie der Stahlverformung.

Der Thyssen-Konzern windet sich aus der Krise. Erhöhung der Produktion durch weniger Arbeiter, also verschärfte Ausbeutung, ist das Mittel dazu. (Tabelle: Thyssen aktuell, Juni 1976)